

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 333/334 · 28. JAHRGANG · AUSGABE SOMMER/2023 VOM 21. JUNI 2023 · 2 EURO

7 | **Friedensappell
nicht gewollt**

Maulkorb für die Stadtverordneten

17 | **Bangen
um die Existenz**

Interview mit Landwirt Peters (2)

28 | **Der letzte
Fußgänger**

Prominenter Nr. 28: Steffen Peltsch

Wir wollen, daß der Wald bleibt!

Auf dem Gelände des ehemaligen Treib- und Schmierstofflagers der NVA (TSL-22) zwischen Oderberg und Hohensaaten soll ein Solar- und/oder Windpark entstehen. Die Fläche hat durch die jahrzehntelange Isolation auf etwa 75 ha einen inzwischen auf natürliche Weise verjüngten Baumbestand und wertvolle Tier- und Pflanzenarten.

Inzwischen hat die Lindhorst-Gruppe, der Eigentümer und Investor, den Stadtverordneten von Bad Freienwalde erste konkrete Pläne vorgelegt. Wir haben als Einwohner bei mehreren Versammlungen deutlich gemacht, daß wir mit dem Vorhaben nicht einverstanden sind. Einzig der Hohensaatener Ortsvorsteher unterstützte das Vorhaben in der Hoffnung auf einen Job im ursprünglich avisierten Rechenzentrum. Seit das vom Tisch ist, stören auch ihn die geplanten Windkraftanlagen.

Vorliegende Gutachten sprechen, so hört man, ebenfalls gegen eine Solaranlage. Vom gesunden Menschenverstand mal ganz abgesehen! Aufgrund der geänderten Gesetzeslage schwenkt Lindhorst inzwischen auf Windkraft um.

Am 3. Juni haben wir mit der Bürgerinitiative (BI) Pro Wald Hohensaaten, dem NABU, dem Naturpark Unteres Odertal, der Kirche und weiteren Vorhabengegnern nochmals auf dem Platz vor der Kirche von Hohensaaten unserer Ablehnung deutlich Ausdruck verliehen, da am 9. Juni eine entscheidende Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung von Bad Freienwalde anstand. Dabei ging es um die »Billigung des Vorentwurfes zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes«. Bestandteil der Änderungen ist auch die Darstellung des Hohensaatener Waldes nicht mehr als Wald, sondern als »Sondergebiet



Photovoltaik sowie Gewerbe«. Zwei Vertreterinnen der BI nutzten die Stadtverordnetenversammlung, um zu dem Ansinnen Stellung zu nehmen.

FRANK HÖPPNER
(Seiten 3 und 4)

Medienvielfalt durch gemeinnützigen Journalismus

Die Medienminister aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen, Nathanael Liminski und Oliver Schenk, fordern die Bundesregierung auf, angesichts der sich ausdehnenden »Zeitungswüsten« eine direkte Staatsförderung für die flächendeckende Zustellung periodischer Pressezeugnissen einzuführen.

Das Forum Gemeinnütziger Journalismus kritisiert die verkürzte Debatte. Nach Ansicht des Forums Gemeinnütziger Journalismus ist die Forderung der Minister zwar verständlich, denn die Zeitungszustellung werde durch hohe Preise für Papier und Energie in weiten Teilen des Landes unwirtschaftlich. Allerdings dürfe die Debatte um Gegenmaßnahmen nicht auf Subventionen für Printerzeugnisse reduziert werden. Stattdessen braucht es weitere Maßnahmen.

David Schraven, Vorstand des Forums, sagt: »Zu den notwendigen Instrumenten gehört die Einführung des gemeinnützigen Journalismus in Deutschland. Mit diesem Werkzeug kann Medienvielfalt vor Ort gesichert und Demokratie gestärkt werden. Statt allein die Zustellung von Papier zu unterstützen, fördert der gemeinnützige Journalismus neue bürgernahe und nachhaltige Finanzierungsmodelle moderner digitaler Angebote - und das staatsfern.«

Die Vielfalt der Unterstützung ist notwendig, da vor allem Lokalmédien wichtig für den Erhalt der Demokratie sind. Das zeigen alle Studi-

en. Wenn lokale Medien wegbrechen, nehmen Korruption und Machtmißbrauch zu, während die Beteiligung an der Gesellschaft abnimmt.

Mehrere bundesweit aktive Verlage haben bereits Modelle entwickelt, um Chancen aus der Gemeinnützigkeit zu nutzen. »Zeit Online« hat eine gemeinnützige Tochter, der »Spiegel« greift auf Stiftungsfiananzierung zurück.

Susanne Stiefel, Vorständin des Forums: »Lokale Medienhäuser und Start Ups müssen die gleichen Chancen wie Großunternehmen bekommen, die Gemeinnützigkeit zu erproben. Wir brauchen im Journalismus neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem klassischen Journalismus eine dritte Säule, die strikt auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Sollte die Debatte nicht um den gemeinnützigen Journalismus erweitert werden, kann das einseitige Eingreifen des Staates im Extremfall zur Zementierung überholter Geschäftsmodelle führen und die dringend notwendige digitale Modernisierung blockieren.«

Anne Webert, Vorständin des Forums, sieht die Bundesregierung in der Pflicht: »Die Gestaltung der Rechtssicherheit des gemeinnützigen Journalismus ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Sie muß jetzt so schnell es geht, in der Abgabenordnung umgesetzt werden.«

Forum Gemeinnütziger Journalismus e.V.

Innehalten und Nachdenken

Hatten Sie in den vergangenen drei Jahren auch viel Zeit zum Nachdenken? Klitzekleine Viren zwangen uns zum Innehalten. Manche wollten das nicht wahrhaben und haben gegen die Viecher demonstriert. Geholfen haben Selbstdisziplin, neuartige Impfstoffe und Gedankenaustausch. Im Gedächtnis und der näheren Umgebung ließ sich einiges finden. Da waren Wege, auf denen seit Jahren niemand unterwegs war, großartige Aussichten, freundliche und aufgeschlossene Menschen und unheimlich viel Getöse, Unfug, Lügen, Überheblichkeit, Gewalt und sogar Auswege.

Haben Sie in die Stromrechnung geschaut, Menschen zugehört und bemerkt, wie empfindlich, verletzlich und trotzig die Gesellschaft auf ihrem vorgeblichem Recht beharrt?

Unsere multiple Selbsttäuschung erzeugt Stillstand und emotionale Erschöpfung. Verbissen glauben wir an die Unendlichkeit der Erde und ihrer Vorräte, an unsere Allwissenheit und an gerechte Regeln der gesellschaftlichen Beziehungen. Die Realität sieht leider anders aus. Ein Blick in die Umgebung, die Geschichte, in die Augen des Nächsten oder in eine Amtsstube öffnen die Augen.

Pazifisten führen in Kriege, denn Panzer und Raketen bringen Frieden. Autos werden immer dicker und umweltfreundlicher. Händler überschütten uns mit Werbung, um unnützes Zeug zu verkaufen. Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet verbreiten Angst und Schrecken. Junge Menschen drängen in virtuelle Welten. Verwaltungen drehen sich im Kreis und spielen Dienstleister. Der Sinn vieler Gesetze entzieht sich dem Verstand. Polizisten und Staatsangestellte haben immer Recht. Wir reden übereinander und nicht miteinander. Viele verdienen ihren Lebensunterhalt mit unnötigen, überflüssigen Beschäftigungen und sinnlosen Berichten. Wir rasen durch unser Leben, regen uns auf und wollen Zeit und Raum überlisten.

Sieht so gutes Leben aus? Lohnt sich der ganze Aufwand, die Verschwendung der natürlichen Vorräte und unserer Zeit und Kräfte? Warum und wofür unterwerfen wir uns dem Sachzwang und dem vorgeblichen Fortschritt? Haben wir Bewußtsein und Verstand an das Wachstum, die künstliche Intelligenz oder andere Schlauberger abgegeben? Dämmert Ihnen etwas? Soll die Geschichte so weitergehen? Brauchen wir noch mehr Zeug und Regeln? Sollte sich das nicht ändern lassen? Wollen Sie so leben?

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, reden Sie miteinander. Nehmen sich Zeit. Sie konnten sicherlich innehalten und nachdenken. Schreiben Sie Ihre Erkenntnisse auf und teilen Sie diese mit. Auch wenn es altbekanntes Wissen ist. Oder gerade deswegen. Gerne auch mehrmals und öfter. Denn soviel Zeit muß sein!

Dr. MANFRED PFAFF

82 Jahre nach »Barbarossa«

Am 12. Juni begann die bisher größte NATO-Luftübung Air Defender 23. Zehntausend Soldaten und 250 Flugzeuge aus 25 Bündnisstaaten nehmen an den Manövern teil, die in der BRD stattfinden und bis zum 23. Juni andauern sollen. Neben NATO-Mitgliedern nehmen auch die Luftstreitkräfte von zwei Partnerländern, Schweden und Japan, an der Kriegsübung teil.

In zeitlichem Zusammenhang wurde bekannt, daß in Norwegen derzeit Vertragssanitäter und Ärzte für die norwegische Armee rekrutiert werden. Mit ihnen seien Verträge mit einer Laufzeit von sechs Monaten abgeschlossen worden. Laut Vertragsbedingungen, heißt es, dürfen die Unterzeichner keine Einzelheiten, einschließlich des genauen Ziels, bekannt geben. Vertragsbeginn sei für die meisten der 23. Juni, der Tag, an dem Air Defender 23 offiziell enden soll. Auch in anderen NATO-Ländern sollen Ärzte rekrutiert worden sein. Wozu wohl?

Zeitgleich zum Air Defender-Manöver sind alle mit strategischen Atomraketen bestückten U-Boote des 20. US-U-Boot-Geschwaders in den Atlantik ausgelaufen. Die USS West Virginia habe am 12. Juni als letztes U-Boot die King's Bay verlassen und fuhr in den Westatlantik ein, heißt es. Zuvor hatte das U-Boot einen Waffensatz geladen, was zwei Wochen dauerte.

Es gibt sogar Spekulationen, die aus all den Hinweisen schließen, daß von der NATO-Luftübung zur direkten Luftunterstützung der derzeitigen Offensive der ukrainischen Streitkräfte, denen es genau daran mangelt, übergegangen werden könnte (t.me/tsargradtv/46735). An der Luftübung nehmen auch zahlreiche F-16 teil, deren Übergabe von der Ukraine seit längerem gefordert wird.

Übrigens: Am 22. Juni vor 82 Jahren begann die Operation »Barbarossa«, der deutsche Überfall auf die Sowjetunion.

GERDA HENKEL

Wir, für den Weltfrieden

Mit dem Beginn des Versuchs der Konfliktlösung am 24.02.2022 begann ein erneuter Krieg, der menschenverachtender nicht sein kann. Die sogenannte Friedenslösung im Ukraine-Konflikt wurde global durch globale Kriegsführung gegen ein Land hofiert. Durch einseitige Unterstützung für die Ukraine seitens der USA und Mißbrauch der sogenannten Friedensmission durch die NATO und die EU. »Hand in Hand« geführt durch die Anleitung deutscher Rüstungslobby und der Regierung der BRD. Es wird für immer mehr Unverständnis für eine Friedenslösung gesorgt. Und immer mehr Kriegsmaterial und Sanktionen werden gegen ein Land eingesetzt. Das kann und darf nicht sein.

Seit dem Beginn dieser Kriegsführung begannen Friedensaktivisten aus Eberswalde, Bernau und Berlin dagegen noch lauter und sichtbarer zu protestieren.

Kurz nach Beginn dieser Kriegsaktivitäten bildete sich eine Gruppe, die ihren Unmut darüber mit Hilfe von Protestschildern an den Straßen in Eberswalde zeigten und zeigen. Diese Gruppe ist nicht zu verwechseln mit dem Bündnis für Frieden Barnim. Die Gruppe ist frei und es gibt nur einen Verantwortlichen und Anmelder, Andreas Gerke.

Die Schilderaktion wird seitdem jeden Sonnabend ab 10 Uhr an der Friedensbrücke in Eberswalde durchgeführt. Sie findet auch bei Wind und Wetter statt, bis es endlich Frieden wird. Nicht nur dort, sondern in der ganzen Welt!!!

ANDREAS GERKE

PS: Danke an jeden, der da ist. Meine Friedensideologie »Menschen versteht doch: Nie haben Kriege und Ausgrenzung zu Frieden geführt, Frieden für alle mit allen«. Dafür lebe und dafür sterbe ich.

Keine Schweigeminute für die Toten

Eberswalde (bbp). »Bürger aus Barnim«, zum Teil identisch mit dem Bündnis für Frieden Barnim, hatten im April und Mai Unterschriften für einen Appell gesammelt (BBP 5/2023, Seite 1). Bereits am 2. Mai hatten sie die Einwohnerfragestunde der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) genutzt, um die Stadtverordneten für das Friedensthema zu sensibilisieren.

Am 30. Mai überreichten sie nun in der StVV zu ihrem Friedensappell eine Liste mit

230 Unterzeichnern. Zugleich bedankten sie sich bei der Fraktion Die Linke, die einen eigenen Appell eingereicht hatten und baten die Stadtverordneten, sich für eine Schweigeminute für die Menschen, die in der Ukraine sinnlos sterben, von ihren Plätzen zu erheben. Mit Verweis auf die Geschäftsordnung lehnte der StVV-Vorsitzende Martin Hoeck dieses Ansinnen ab. Während die Einwohner auf der Empore sich erhoben, blieben die Stadtverordneten auf ihren Stühlen sitzen.

»Das ist einfach nur verrückt!«

Redebeitrag der BI Pro Wald Hohensaaten am 8. Juni in der StVV Bad Freienwalde

Wir, die Bürgerinitiative Pro Wald Hohensaaten stehen für den Erhalt des großen Waldes zwischen Oderberg und Hohensaaten. Wir sehen es als unsere Aufgabe, zu informieren und damit beizutragen, daß ein umfassendes Bild entsteht und bei politischen Entscheidungen alle Aspekte Berücksichtigung finden.

Wir verstehen die Wälder als eine wichtige Lebensgrundlage für uns Menschen. Ein Mischwald wie bei Hohensaaten ist nicht nur ein preiswerter Klimaschützer durch die CO₂-Bindung. Er speichert Wasser und holt auch Wasser aus tieferen Bodenschichten nach oben. Er kühlt durch die Transpiration der Bäume die umliegende Landschaft. Durch die dabei entstehende Luftfeuchtigkeit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Bildung von Regenwolken, um nur ein paar der vielfältigen Ökosystemdienstleistungen von Mischwäldern zu nennen – für uns heute und für die kommenden Generationen unentbehrlich. Abgesehen davon verstehen wir unsere Umwelt nicht nur als Ressource für die Menschen, sondern auch als Habitat für unsere heimischen Pflanzen und Tiere. Dieser Wald, selbst wenn seine Wurzeln Konversionsflächen umwachsen, ist Teil der natürlichen Lebenskreisläufe von Luft und Wasser und grundlegend von Bedeutung für alle hier Anässigen egal welcher Generation. Besitzer von Waldflächen haben deshalb eine besondere Verantwortung. Ihr Besitz ist Teil unserer gemeinsamen Lebensgrundlage. Als Forst ist diese Verantwortung für das Gemeinwohl realisierbar, als Photovoltaik-Anlage nicht, denn Geld kann man weder trinken noch atmen.

Wie Sie vermutlich wissen, gehört der Landstrich des nördlichen Oderbruchs zu den trockensten Regionen Deutschlands. Die Trockenheit der vergangenen sechs Wochen macht bereits jetzt der Landwirtschaft in der Region zu schaffen und die extrem heißen und trockenen Sommer der letzten Jahre uns allen. Wie im Vorentwurf des Flächennutzungsplans beschrieben, handelt es sich bei dem Wald bei Hohensaaten um ein Kalt- und Frischluftentstehungsgebiet. Auf gerade solche Gebiete sind wir jetzt und zukünftig besonders angewiesen.

Wir befürchten, daß es aufgrund der zusätzlichen Erwärmung der Luft – verursacht durch die Wärmeabgabe der Panele auf mindestens 200 ha – zu einer weiteren Austrocknung unserer Region kommt und zu einer noch größeren Verschlimmerung der Hitze im Sommer. Das schadet dann dem noch bestehenden Restwald, der als Sichtschutzgürtel stehen bleiben soll, wie der ehemals dort tätige Förster Eccarius voraussagt. Wir sorgen uns um die Lebensqualität in unserer Region durch Trockenheit, Hitze und den Verlust unserer schönen Landschaft.

Das Planungsgebiet wird als Konversionsfläche bezeichnet und damit argumentiert die Lindhorst Gruppe. Allerdings bedeutet der Begriff »Konversionsfläche« nach der Auskunft der Regionalen Planungsgemeinschaft, daß es eine vergangene Nutzung der Fläche gab, die noch heute erkennbar ist. Der Begriff bedeutet nicht, daß die Fläche belastet ist.

Laut dem Umweltamt gibt es dort sechs Altlastenverdachtsstandorte. Nur ein Verdacht! Wir möchten darauf aufmerksam machen: Sollte die Lindhorst Gruppe diese Standorte aus ihrem Vorhaben ausklammern, braucht sie diese auch nicht zu sanieren.

Es gäbe dann hinterher nicht eine sanierte Konversionsfläche, sondern auf der Hälfte der Fläche wäre die Natur beseitigt und die andere Hälfte wäre noch genau so eine Art von Konversionsfläche wie jetzt.

Weiterhin argumentiert die Lindhorst Gruppe mit der Belastung des Gebietes mit Fundmunition. Dafür gibt es keine Belege.

Wir haben begründete Zweifel an der Seriosität der Lindhorst Gruppe. Einem der beiden Vorbesitzer wurde beim Verkauf zugesichert, daß das Gebiet ausschließlich für die Jagd und forstwirtschaftliche Zwecke genutzt wird. Der illegale Kahlschlag im Planungsgebiet zeigt uns, daß das geltende Recht für die Lindhorst Gruppe nicht so wichtig ist. Auch bei anderen Vorhaben zeigt sich die Lindhorst Gruppe von einer unberechenbaren Seite.

In dem Thüringer Naturschutzgebiet »Hohe Schrecke«, wurde die Lindhorst Gruppe für die unrechtmäßige Abholzung von über 100 Jahre alten Buchen zu einer Strafzahlung von 130.000 Euro verurteilt.

Die Teilnehmer der Einwohnerversammlungen äußerten Kritik an dem Vorhaben der Lindhorst Gruppe und stehen dem Vorhaben mit einer ablehnenden Haltung gegenüber. Wir haben inzwischen 10.000 Unterschriften gesammelt von Menschen, die für den Erhalt des Waldes sind und gegen das Vorhaben der Lindhorst Gruppe.

Laut der Landesregierung gibt es genügend Fläche, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, ohne daß dafür Wälder oder gute Ackerstandorte geopfert werden müssen, wie beispielsweise Ränder von Autobahnen, Mülldeponien und Dächer.

Wir wünschen uns eine nachhaltige Zukunft. Daher befürworten wir ganz klar den Ausbau erneuerbarer Energien. Allerdings kann der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zur Folge haben, daß ein gesunder, klimastabiler Wald gerodet wird. Das ist einfach nur verrückt.

Anfrage im Landtag

Bad Freienwalde (bbp). Der Landtagsabgeordnete Dr. Philip Zeschmann (BFB/Freie Wähler) hat sich am 31. Mai mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Der Titel lautet »Waldrodung für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen – klimapolitischer Unsinn«. Dr. Zeschmann will damit versuchen, Auskünfte zum geplanten Großprojekt der Lindhorst-Gruppe zu erhalten.

Im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen der Lindhorst-Gruppe aus Niedersachsen, so der Landtagsabgeordnete, zeichne sich »ein besonders krasser Fall von Desinformation und Nichtbeteiligung der Bürgerschaft ab«. In dem Konfliktfeld »Solarfeld im Wald bei Hohensaaten« stünden sich Gemeinwohl und privates Profitstreben konträr gegenüber.

Dr. Zeschmann hinterfragt, »warum das Verfahren für eine so riesige PV-Anlage mit einer Fläche, die 517 Fußballfeldern entspricht und somit als eindeutig raumbedeutsam in die Hoheit des Landes fallend, nicht von den zuständigen Raumordnungsbehörden an sich gezogen und geführt wird«. Insgesamt hat der Landtagsabgeordnete 17 Einzelfragen formuliert (Landtags-Drucksache 7/7805).

Keine Geheimhaltung

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten am 30. Mai hatten mehrere Fraktionen im nichtöffentlichen Teil die »Verhängung eines Ordnungsgeldes« wegen einer »schuldhaften Verletzung der Verschwiegenheitspflicht« beantragt.

Wenig später outete die lokale Tageszeitung den von ihr als »Whistleblower« bezeichneten Stadtverordneten Carsten Zinn als den vermeintlichen Übeltäter und die Öffentlichmachung des in nichtöffentlicher Sitzung beschlossenen Verkaufs der Immobilie »Am Stadtsee« an den Landkreis als Corpus Delicti.

In diesem Zusammenhang hatte der sachkundige Einwohner im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen Gerd Markmann bereits in der Ausschußsitzung am 11. Mai darauf verwiesen, daß oftmals in nichtöffentlicher Sitzung auch öffentliche Informationen zur Kenntnis gegeben werden.

Genau diesen Fall identifizierte er auch in der nichtöffentlichen Sitzung vom 11. Mai. Hier wurde die Antwort zu einer Anfrage des Stadtverordneten Parys (Die Mitte) vom März zum Thema »Spendenmittelgeber und Spendenaufkommen seit 2020 für den Zoo Eberswalde« in der nichtöffentlichen Sitzung verteilt. Dies veranlaßte den sachkundigen Einwohner zu einer Anfrage.

Laut dieser Information, so Gerd Markmann, gab es für den Tierpark Eberswalde seit 2020 ausschließlich Spenden von dem Verein »Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e. V.«. Seines Wissens wurde die Annahme sämtlicher aufgeführten Spenden dieses Vereins durch die Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung beschlossen. Zuletzt habe die Annahme solcher Spenden auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.05.2023 gestanden.

Gerd Markmann fragte: »1. Welche Gründe liegen vor, daß diese Antwort in nichtöffentlicher Sitzung gegeben wurde? 2. Unterliegen die Inhalte dieser Antwort der Geheimhaltung, obwohl die Sachverhalte an anderer Stelle in öffentlicher Sitzung behandelt wurden? 3. Falls ja, bitte ich um Darlegung der detaillierten Rechtsgrundlagen.«

Der Wirtschaftsdezernent Prof. Dr. Jan König antwortete unverzüglich und stellte klar, daß es sich »bei diesen Informationen natürlich grundsätzlich um öffentliche Informationen« handelt. Die Antworten wurden im nichtöffentlichen Teil gegeben, weil die Anfrage am 16. März im nichtöffentlichen Teil gestellt wurde. Prof. König kündigte an, daß die zur Antwort ausgegebenen Tischvorlagen im Bürgerinformationssystem öffentlich bereitgestellt werden und betonte nochmals, daß »keine Nichtöffentlichkeit« besteht »und somit keine Geheimhaltung«.

Zum Wald zwischen Oderberg und Hohensaaten:

Fragen an die Stadtverordneten



FOTO: BI/PRO WALD HOHENSAAATEN

– Prof. Ibsch von der HNE in Eberswalde hat in mehreren Studien die Temperaturen von Flächen mit und ohne Wald verglichen und dabei Temperaturunterschiede von bis zu 20 Grad festgestellt. Innerhalb eines Waldgebiets hat er 17 Grad Unterschied zwischen gerodeten und bewaldeten Flächen gemessen. Im Fall von Hohensaaten soll nicht nur eine sehr große Fläche gerodet werden, sondern mit dunklen PV-Modulen vollgestellt werden. Zahlreiche Studien beschreiben die schädlichen Folgen von Temperatursteigerungen für den Wald. Studien für die Auswirkungen solcher Riesen-PV-Anlagen auf Ortschaften, die wie Hohensaaten in unmittelbarer Nähe und in der Hauptwindrichtung liegen, fehlen bislang. Auch im Planungsverfahren ist so eine Prüfung nicht vorgesehen.

Ist es verantwortbar, Hohensaaten so einem ungewissen Experiment auszusetzen?

– In der MOZ vom 31. Mai war im Interview mit dem Amtsdirektor Birkholz von Barnim-Oderbruch zu lesen, daß sich die Gemeinden bei den Einnahmen aus der erneuerbaren Energie oft verrechnen, weil sie die ganzen Ausgaben für die Umlagen übersehen. Manche Gemeinden zahlen dann unterm Strich sogar drauf.

Haben Sie den Eindruck, daß Ihr Bürgermeister Sie über diese Problematik transparent informiert?

– GICON verweist im Zusammenhang mit der Zahlung der 0,2 Cent/KWh auf das EEG. Herr Lindhorst sagt aber, daß er die Anlage ohne EEG-Vertrag betreiben will.

Wie stellen Sie sicher, daß er sich nicht um die Zahlung drücken wird?

– Außerdem steht im EEG (§6), daß die 0,2 Cent nicht für die erzeugte, sondern nur »für die tatsächlich eingespeiste Strommenge« gezahlt werden soll.

Was ist, wenn Herr Lindhorst sich darauf beruft, daß er nur kleine Mengen ins Netz ein-

speist und den Hauptteil direkt an Gewerbe auf dem Gelände liefert?

– Wir haben überall Fachkräftemangel, Firmen schließen, weil sie keine Nachfolger finden, auch Handwerker werden rar.

Vertrauen Sie auf Herrn Lindhorst, wenn er 400 Arbeitsplätze verspricht, zumal in einer so abgelegenen Region und ohne, daß er überhaupt schon weiß, welche Gewerbe sich dort ansiedeln wollen?

– Lindhorst wirbt mit der Energiesicherheit für Bad Freienwalde und mit der Möglichkeit von Bürgerstrommodellen (Newsletter Dezember 2022). GICON geht in dem Energiekonzept von einer Stromerzeugung von 213 GWh/Jahr aus. GICON veranschlagt für den Gewerbepark einen mittleren Bedarf von 210 GWh/Jahr (Energiekonzept S. 59). Dabei ist eine eventuelle Wasserstoffproduktion noch nicht mit eingerechnet. Sind Sie sich darüber im Klaren, daß dann bilanziell für Bad Freienwalde praktisch nichts mehr übrigbleibt?

– Lindhorsts PV-Firma Visiolar verkauft im großen Maßstab PV-Strom aus dem Berliner Umland nach Österreich. 1400 Hektar PV-Fläche wurden dafür schon festgelegt, 2000 Hektar möchte man erreichen.

Wie stellen Sie sicher, daß hier nicht am Ende 200 Hektar Wald für Österreichs Stromversorgung vernichtet werden?

– Jürgen Lindhorst senior hat letztes Jahr gesagt, daß ER die Fläche gekauft hat. Im Kaufvertrag steht aber nicht er, auch nicht die Lindhorst-Gruppe, sondern sein Sohn, Jürgen Lindhorst junior. Die Stadt erhält bislang also Zusagen und Versprechungen von jemandem, der gar nicht der Eigentümer ist.

Mit welchen juristischen Fallstricken muß Bad Freienwalde rechnen? Gehen Sie davon aus, daß Bürgermeister und Verwaltung auf Augenhöhe mit dem Lindhorst-Konzern verhandeln?

Bürgerinitiative Pro Wald Hohensaaten

Impressionen aus der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung

Diskussion nicht erwünscht

Wie man online und audio verfolgen konnte, gab es auf der Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten am 2. Mai einige kritische Themen zu besprechen, zum Beispiel die Rettung des Kranbaus, die Zukunft des Einkaufszentrums »Kleiner Stern«, die geplante Wasserbewirtschaftung in der Altstadt oder die Planungen zum Oberschulstandort an der Eberswalder Straße.

Zu letzterem gab es zwei Wortmeldungen, bevor der Beschluß mehrheitlich gefaßt wurde. Oskar Dietterle aus der Clara-Zetkin-Siedlung, Stadtverordneter, gab sich mit der Erklärung von Anne Fellner, Baudezernentin, nicht zufrieden, daß den Gesetzesvorgaben zum Abstand der Schule zur 380 KV-Hochspannungsleitung genüge getan wurde und bestand darauf, sich nicht das kritische kümmern um die Gesundheit der Schüler aus den Händen nehmen lassen zu wollen. Carsten Zinn, ebenfalls Stadtverordneter, aber einer anderen Fraktion, bemängelte den Standort Eberswalder Straße überhaupt und prognostizierte ein gehöriges Verkehrschaos, wenn die Schule in Betrieb geht.

Herr Dietterle kritisierte ebenso ein geplantes Wasserkraftwerk an der Schwärze als unökologisch und schädlich für die Wasserfauna, sprich die Fische und Enten. Die Bauderzentin versicherte, es werde darauf geachtet, keine naturschädliche Technik einzubauen und außerdem seien die Planungen dazu erst ganz am Anfang. Mit der Wasserbewirtschaftung in der Altstadt soll auch das Problem der regelmäßigen Überflutungen der Ruhlaer Straße angegangen werden.

Ein anderes Thema, nämlich eine Resolution der Stadtverordneten zum Erhalt des Kranbaus, kam gar nicht erst zur Diskussion bzw. zur Abstimmung, da die einreichende FDP/BFB-Fraktion bestimmte Änderungswünsche anderer Fraktionen nicht befürwortete bzw. darüber keine Diskussion wünschte. Dies waren unter anderem die Forderung nach einer Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze und tarifgerechte Entlohnung. Das war also indis-

kutabel. Der Bürgermeister wollte sich zum Thema noch nicht konkret äußern und bat um Verständnis, da alles noch in der Schwebe sei und man keine Investoren vergraulen wolle. Wie die MOZ dann am 13. Mai mitteilte, bewegt sich mittlerweile etwas zur Rettung des Traditionsbetriebes, aber, so wurde der Betriebsratsvorsitzende zitiert, die »Kuh ist noch nicht vom Eis«.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates Dr. Charlotte Canditt nahm die Gelegenheit wahr, eine Anfrage zur Zukunft von KAUF LAND am Kleinen Stern an die Stadtverwaltung zu richten, das, so rumort es unterm Volk, im Oktober nach Finowfurt umziehen will. Angeblich soll es den Beschäftigten so kommuniziert worden sein. Professor Dr. Jan König, Wirtschaftsdezernent, konnte leider keine konkreten Auskünfte geben, außer, daß KAUF LAND sich jegliche Spekulationen verbeten habe und selber kommunizieren werde, was wann wo erfolgen wird. Zum Mietverhältnis bekam Dietmar Ortel (CDU) zur Auskunft, daß es sich um einen befristeten Vertrag handele, der noch einige Jahre am Kleinen Stern laufe, aber, so Professor König, ein Mietvertrag verpflichte nicht automatisch zur Vorhaltung eines Lebensmittelangebots. Viele Kunden aus Finow werden nur den Kopf schütteln, wenn sie eines Tages vor verschlossenen Türen stehen. Die Stadtverwaltung jedenfalls ist völlig hilflos.

Offenbar hilflos ist die Stadtverwaltung auch bei Auftragsvergaben an Baufirmen, die über Ausschreibung erfolgen. Während der eine Stadtverordnete (Carsten Zinn) kritisiert, daß zu weit entfernte Firmen oft Pfusch am Bau betreiben und nicht sanktioniert werden können, hält der andere Stadtverordnete (Götz Trieloff) die Einhaltung von Recht und Gesetz bei der Vergabe für wichtiger. Am Ende funktionieren weder die Flutlichtanlage im Westendstadion noch die an der Waldsportanlage. Immerhin sind die Fehlfunktionen gesetzeskonform.

JÜRGEN GRAMZOW

OPORA heißt Unterstützung

Eberswalde (bbp). Am 31. Mai haben ukrainische Einwohner in Eberswalde den Verein OPORA gegründet, teilte die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark mit. Der Verein verfolge u.a. die Förderung der Jugend- und Altenhilfe und der Volks- und Berufsbildung, von Kunst und Kultur, des bürgerschaftlichen Engagements, der Entwicklungszusammenarbeit und der Hilfe für Flüchtlinge und Kriegsoffer.

Vorsitzende des Vereins OPORA ist YULIJA NIKITCHENKO, die außerordentliche Professorin

an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde ist und dort zur digitalen Transformation der Umweltbildung arbeitet.

Seit Frühjahr 2022 unterstützt die Stiftung aktiv Menschen in der Ukraine und die Ukrainerinnen und Ukrainer, die in die Region Barnim-Uckermark gekommen sind.

In Eberswalde, so die Stiftung, ging es von Beginn an um eine Hilfe zur Selbsthilfe. Die Sorge um das Aufwachsen ihrer Kinder brachten Ukrainerinnen und Ukrainer zusammen.

Ohnmächtige Farce

Eberswalde (bbp). Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai stritten die Fraktionen heftig um eine Resolution, in der es um den Erhalt des Traditionsbetriebs Kranbau Eberswalde ging.

Zum ursprünglich von der Fraktion FDP/Bürgerfraktion eingereichten Resolutionentwurf, bei der die Fraktion SPD|BFE zunächst als Miteinreicher fungierte, brachten Die Linke, CDU und die Bündnisgrünen einen inhaltlich ähnlichen Alternativentwurf ein, dem sich dann auch SPD|BFE anschlossen. Der FDP gefiel das überhaupt nicht. Der Fraktionsvorsitzende Götz Trieloff beendete dann zur Stadtverordnetensitzung das Schauspiel, indem er einfach die ursprüngliche Vorlage zurückzog, womit dann natürlich auch der Änderungsantrag der vier Fraktionen wegfiel.

An der konkreten Situation in Sachen Kranbau änderte das Theater aber ohnehin nichts. Die Absprachen zwischen Insolvenzverwalter und neuen Investoren waren zu dem Zeitpunkt bereits weitgehend abgeschlossen. Darüber wurden die Stadtverordneten dann wie üblich durch die Stadtverwaltung im nichtöffentlichen Teil informiert, was ihnen einmal mehr ihre Ohnmächtigkeit verdeutlichte. Meist können sie die Informationen dann kurze Zeit später in der lokalen Tageszeitung nachlesen, die in diesen Fällen offenbar nicht auf »Wittheblower« aus der Stadtverordnetenschaft angewiesen ist, sondern nicht selten die Information direkt vom Wirtschaftsdezernenten bezieht.

Zweierlei Maß?

Anders als bei dem von Ihnen an die Stadtverordneten übersendeten Appell der »Bürger aus dem Barnim« an die Bundesregierung liegt bei den von Ihnen angesprochenen Bannern in den Farben der ukrainischen Flagge am Rathaus ein konkreter ortsspezifischer Bezug vor. Insbesondere in der Anfangszeit des Krieges wurden Geflüchtete aus der Ukraine durch die leicht verständlichen Banner anschaulich nonverbal darauf hingewiesen, daß ihnen im Rathaus durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ukraine-Stabes sowie die Anlaufstelle Ukraine-Hilfe geholfen wird.

Auch heute hilft im Rathaus eine Ukrainisch sprechende Muttersprachlerin bei Bedarf nach Kräften und verweist an die zuständigen Stellen.

GÖTZ HERRMANN, Bürgermeister

Das Internet-Archiv unserer unabhängigen Leserzeitung finden Sie auf www.barnimer-buergerpost.de

Mehr Demokratie

Anfang des Jahres hatte sich unsere Fraktion darauf verständigt, an Vorschlägen zu arbeiten, mit denen die Struktur der Ortsteile der Stadt Eberswalde verbessert und die demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Ortsteilvertretungen erweitert werden können. Inzwischen fanden dazu mehrere konstruktive Beratungen mit dem Bürgermeister statt.

Die vor dreißig Jahren erfolgte Einteilung der Ortsteile entspricht nur teilweise den Vorgaben der Kommunalverfassung. So gibt es ausreichend große und räumlich getrennte sowie auch städtisch und dörflich geprägte Gemeindeteile, die jeweils in einem Ortsteil zusammengefaßt sind. Das stört nicht nur die Identifikation der Einwohner mit ihrem Ortsteil, sondern erschwert auch ihre demokratische Teilhabe an der Kommunalpolitik.

Die räumliche Neustrukturierung der Ortsteile erfordert ein vergleichsweise aufwendiges formales Verfahren. Hingegen kann eine Erweiterung der demokratischen Mitsprachemöglichkeiten für die bestehenden Ortsteile relativ einfach erreicht werden, wenn die gesetzliche Mehrheit der Stadtverordneten dafür votiert. Unsere Fraktion schlägt vor, daß alle Ortsteile eine Ortsteilvertretung in Form eines Ortsbeirates erhalten. Bezüglich der Rechte der Ortsbeiräte sollten die Möglichkeiten der Kommunalverfassung ausgeschöpft werden.

Wir danken allen Stadtverordneten, die unserem Vorschlag zustimmten, am Eberswalder Hauptbahnhof die Einrichtung von zusätzlichen barrierefreien Zugängen von der Bahnstrecke zu den beiden Fernbahnsteigen zu prüfen. Häufige Störungen der Aufzüge machen zeitweise die Nutzung der Bahn für Menschen mit Bewegungseinschränkungen unmöglich. Wir hoffen sehr auf Lösungen, die solche Mißstände künftig ausschließen.

Der Stadtkämmerer hat am 25. Mai eine Haushaltssperre erlassen. Zwei Wochen vorher tagte der Finanzausschuß ohne jeden Hinweis auf die schwierige Finanzlage. Dies ist befremdlich und wird von uns kritisiert. Notwendige Schritte sind zu tun, aber bitte nicht ohne die Stadtverordneten. Gerade, wenn die finanzielle Lage derart schwierig ist, braucht es Transparenz und Ehrlichkeit.

Wir hatten in der Vergangenheit mehrfach auf die Notwendigkeit einer konstruktiven Aufgabenkritik hingewiesen. So können strukturelle Reserven innerhalb der Stadtverwaltung aufgedeckt und gegebenenfalls Doppelstrukturen aufgelöst werden. Auch verschiedene Prestigeprojekte früherer Bürgermeister sollten auf den Prüfstand. Die Bereiche Soziales, Bildung und Bürgerdemokratie sollten hingegen nicht dem Rotstift preisgegeben werden.

MIRKO WOLFGGRAMM,

Das Zahlenwerk der Exekutive

Polizeihauptkommissar STEPHAN LAMPE, stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Barnim, berichtete auf der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am Abend des 30. Mai den Stadtverordneten von der Arbeit der Barnimer Polizei, die sich zusammengefaßt im Kriminalitätsbericht von 2022 niederschlug.

Die wichtigste Nachricht des Vortrages war, daß sich der Schwerpunkt der erfaßten Straftaten im berlinnahen Raum befindet, wo Gewalt- und Eigentumsdelikte ca. dreimal mehr vorkommen als im Bereich Eberswalde und wenn man im Vergleich zur Uckermark schaut, dort noch einmal eine deutliche Abnahme der Kriminalität stattfindet. Traurige Ausnahmefälle des Jahres 2022 waren eine Brandserie in der Eberswalder Innenstadt, wo ein Verdächtiger jetzt in Untersuchungshaft sitzt, das Auffinden eines leblosen Babys im Brandenburgischen Viertel, ein versuchtes Tötungsdelikt in der Friedrich-Ebert-Straße sowie die Tötung einer unbeteiligten Frau, die bei einem Familienstreit im Leibnizviertel helfen wollte.

Die Polizeiinspektion Barnim veranstaltet, so Stephan Lampe, zweimal im Jahr sogenannte »Dis-Tage«, wo in großen Kontrollen verstärkt auf Drogen im Straßenverkehr ge-

achtet wird. Jährlich stellt die Polizei im Barnim über 300 Drogenverstöße und über 200 Alkoholfahrten fest. Die Tendenz bei den Drogen gehe eindeutig nach oben und es handle sich um ein »Kontrolldelikt«, das nur bei Kontrollen festgestellt werde. Ein weiterer Schwerpunkt der Polizeiarbeit sind die täglichen Kontrollen im Sommer an neuralgischen Punkten wie der Seestraße am Werbellinsee, in Altenhof und im Bereich Niederfinow, um die Motorradfahrer vom Rasen abzuhalten.

Stark belastet waren die polizeilichen Einsatzkräfte durch die vielen Demonstrationen, die in den letzten Jahren drastisch zunahm, sei es wegen der Coronapolitik oder der Beteiligung an Waffenlieferungen für die Ukraine. Dadurch, so der Polizeihauptkommissar, fehle es an Kräften zur Kriminalitätsbekämpfung.

In den letzten Jahren zeigen die Zahlen der polizeilichen Statistik eine positive abnehmende Tendenz, die aber nicht auf verringerte Polizeiarbeit zurückzuführen seien, wie Bürgermeister Herrmann bei einer Nachfrage vermutete. Die Augen und Ohren der Beamten könnten nicht überall sein, schloß der Vortragende, sondern sind immer auf Mithilfe der Bevölkerung angewiesen.

JÜRGEN GRAMZOW

Kloster Chorin als Kulturstätte sichern

Landkreis muß politische Verantwortung übernehmen

Chorin (bbp). Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim hat eine Prüfung beantragt, ob der Landkreis das Kloster Chorin ab 1. Januar 2024 als Eigenbetrieb übernehmen kann, um so das Kloster als bedeutende Kulturstätte für den Barnim zu erhalten.

Im vergangenen Jahr hatte die Gemeinde Chorin mit der Brandenburger Landesregierung über die weitere finanzielle Unterstützung der Klosteranlage für die kommenden Jahre verhandelt. Anfang 2023 wurde klar, daß die Verhandlungen scheitern. Daraufhin forderte die Gemeindevertretung Chorin den Amtsdirektor von Britz-Chorin-Oderberg auf, den Eigenbetrieb der Klosteranlage zum Ende des Jahres aufzulösen. Damit einhergehend würden auch die 10 Angestellten ihren Arbeitsplatz verlieren.

»Ein landesweit derart wichtiges Kulturgut, das weit über den Landkreis Barnim hinaus als Leuchtturm im Denkmalschutz und Kulturbereich bekannt ist, steht nun nach vielen Jahren intensiver Arbeit vor dem Aus«, stellt Péter Vida, Kreistagsabgeordneter von BVB/Freie Wähler und Vorsitzender der Landtagsfraktion fest. »Es liegen zwei unstrittige Tatsachen vor: Zum einen ist das Kloster Chorin eine überregional bekannte und bedeutende Kulturstätte, zum anderen kann die Gemeinde Chorin natur-

gemäß nicht mit der Finanzierung der Klosteranlage alleingelassen werden.«

Der Eigenbetrieb schilderte auf Einladung des Ausschußvorsitzenden Sven Weller (BVB/Freie Wähler) im kreislichen Ausschuß für Bildung und Kultur am 25. Mai im Kloster Chorin direkt vor Ort nochmals die dringliche Lage. Die Idee von BVB/Freie Wähler ist nun, daß der Landkreis den Eigenbetrieb von der Gemeinde Chorin übernimmt oder einen solchen gründet und Verhandlungen mit der Landesregierung zur langfristigen Sicherung und Übernahme der Verluste eines solchen Eigenbetriebes aufnimmt.

»Der Landkreis kann die Klosteranlage als Eigenbetrieb leistungsstark sichern«, ist sich Vida sicher. »Er steht nicht wie die kleine 2.000-Seelen-Gemeinde Chorin vor einem möglichen Haushaltssicherungskonzept. Auch kann er bis zu einem Jahresabschluß Verluste mit seinem Haushalt besser abfangen, bevor diese ausgeglichen werden. Dazu muß er die Landesregierung beim Wort nehmen, daß sie die Verluste des Eigenbetriebs vollständig ausgleicht. Daß jedoch weder das Land noch wir als Kreistag gar nichts machen, ist für das Kloster Chorin mit all seiner Bedeutung für uns und unsere Menschen im Barnim keine tragbare Option. Wir müssen jetzt politisch Verantwortung übernehmen!«

Friedensappell nicht gewollt

Eberswalde (bbp). In der Mai-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« wurde auf der Seite 1 über den Appell an die Eberswalder Stadtverordneten zum Krieg in der Ukraine informiert. Die Initiatoren hatten sich dazu auch in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 2. Mai zu Wort gemeldet.

Die Fraktion Die Linke griff das auf und brachte für die StVV am 30. Mai eine Beschlussvorlage ein, nach dem sich die StVV Eberswalde mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung wenden sollte. Die Formulierungen der Linkspartei wichen in einigem von dem Appell ab, enthielt jedoch die Kernforderungen, **sofort mit diplomatischen Bemühungen zu beginnen, um zeitnah einen Waffenstillstand zu erreichen, Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien aufzunehmen und Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete zu stoppen.** Nur die Forderung nach einem Stopp von Sanktionen gegen die Russische Föderation fehlt. Ihr Offener Brief, so die Einreicher, sei auf der Grundlage des Appells in der StVV Bernau entstanden. Die StVV Eberswalde sollte sich ebenfalls klar positionieren, so Die Linke.

Dazu kam es dann aber nicht. Die Stadtverwaltung hatte den Stadtverordneten einen »Vermerk des Rechtsamtes« vorgelegt, der aber nicht vom Amtsleiter STEFAN MÜLLER, sondern von dem juristischen Sachbearbeiter Andrej Wincierz unterzeichnet wurde. Der Sachbearbeiter, der seit Ende 2021 mit der Entgeltgruppe 13 im Rechtsamt angestellt ist, hatte sich zuvor schon wegen dem Bürger-Appell an die untere Kommunalaufsicht des Landkreises gewandt und eine auf den 3. Mai datierte Antwort der dortigen Sachbearbeiterin MELANIE BENDITZ erhalten: »Im Ergebnis teilen wir Ihre Rechtsauffassung, daß eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung, einen derartigen Appell an die Bundesregierung zu richten, wegen fehlender Zuständigkeit unzulässig wäre. Es fehlt an der Verbandskompetenz der Stadt Eberswalde.«

Darauf bezugnehmend behauptet Wincierz: »Sofern die StVV sich mit der Beschlussvorlage befaßt, verstößt sie gegen Art. 32 Abs. 1 GG. Sie ist sachlich unzuständig. Eine Gemeinde überschreitet die ihr gesetzten rechtlichen Schranken, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen faßt oder für oder gegen eine Politik Stellung nimmt, die sie nicht als einzelne Gemeinde betrifft, sondern der Allgemeinheit eine Last aufbürdet oder sie allgemeinen Gefahren aussetzt. Insoweit sind alle Gemeinden in ihrer Gesamtheit gleich betroffen. Die Außen- und Verteidigungspolitik obliegt jedoch dem Bund.«

Der Vorsitzende der Linksfraktion Sebastian Walter antwortete sehr diplomatisch, »daß



COLLAGE: BUNDNIS FÜR FRIEDEN BARNIM

wir als Einreicher diesen Vermerk in dieser Schärfe nicht teilen«. Um dem Thema gerecht zu werden und »nicht schon zu Beginn Rechtsstreitigkeiten hervorzurufen«, zog er die Vorlage zurück mit dem Hinweis, für die Juni-StVV eine geänderte Vorlage einzureichen.

Dies wurde inzwischen realisiert. Die neue Vorlage, über die am 27. Juni in der StVV verhandelt wird, hat die Überschrift »Diplomatie statt Eskalation - Friedensappell durch Mayors for peace initiieren«. Nunmehr soll nicht mehr die StVV handeln, sondern sie »bittet den Bürgermeister, eine Initiative unter den Mayors for Peace' zu starten, mit dem Ziel eines Friedensappells an die Bundesregierung«. In ihrer Symbolpolitik ist diese Vorlage gleichwertig mit der im Mai zurückgezogenen. In der Formulierung wurde noch größerer Wert darauf gelegt, unter Ausblendung der Vorgeschichte auch die herrschenden Narrative zu bedienen. Aus dem »Angriffskrieg der Russischen Föderation« wurde der »von Putin vom Zaun gebrochene Krieg«. Eine Stellungnahme der subalternen Verwaltungssachbearbeiter zu dieser neuen Vorlage liegt noch nicht vor.

Kommentar:

Die Sachbearbeiterin der Unteren Kommunalaufsicht MELANIE BENDITZ, die für sich selbst jede Öffentlichkeit scheut, kehrt mit ihrer Aussage, der Stadt Eberswalde fehle es »an der Verbandskompetenz« das wichtige Prinzip der in der BRD geltenden Subsidiarität schlicht ins Gegenteil um. Statt größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Gemeinden zu gewährleisten, wollen die verbündeten Sachbearbeiter den Stadtverordneten den Mund verbieten.

So führt auch der Verweis des Eberswalder Rechtsamtsmitarbeiters ANDREJ WINCIERC auf den Grundgesetzartikel 34 Absatz 1 in die Irre. Dort heißt es: »Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes«. Aber mit dem Offenen Brief wenden sich die Stadtverordneten ja gar nicht an auswärtige Staaten, sondern an die Bundesregierung. Und das ist gemäß Grundgesetzartikel 17 das Recht für »jedermann«, der das »einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich« tun will. Dieses Recht gilt also auch für die Stadtverordnetenversammlung. Zumal es in der Beschlussvorlage ausdrücklich hieß, daß es angesichts der gegenwärtigen Situation erforderlich sei, daß die »Mandatsträger der gewählten Volksvertretungen aller Ebenen ... in besonderem Maße die Stimmungen, Meinungen und Forderungen aus der Bürgerschaft aufnehmen und in den politischen Diskurs einfließen« lassen. Warum soll das »nicht zulässig« sein?

Verwunderlich ist zum einen, wie hier die Anmaßungen von einzelnen subalternen Verwaltungsmitarbeitern, die sich über verschiedene Verwaltungsebenen miteinander verbandeln, zu realen Auswirkungen auf das Agieren der gewählten Volksvertreter führt.

Verwunderlich ist zum anderen, wieso die verantwortlichen Amtsleiter und Dezernenten quasi meinungslos bleiben und das Feld untergeordneten Angestellten überlassen.

Noch verwunderlicher ist, daß die gewählten Volksvertreter sich darauf einlassen, daß ihnen die subalternen Verwaltungsangestellten mit ihren unausgegorenen Auslassungen ihr Handeln vorgeben.

GERD MARKMANN

SUPERNOVA im Heidekrug in Joachimsthal

Am Freitag, dem 23. Juni, um 19.30 Uhr läuft im Heidekrug in Joachimsthal das berührende britische Liebesdrama SUPERNOVA von Harry Macqueen mit Colin Firth und Stanley Tucci.

Handlung: Zwanzig Jahre sind Sam und Tusker ein Paar. Um wieder mehr gemeinsame Zeit verbringen zu können, hat Sam seine Karriere als Pianist aufgegeben. In ihrem alten Wohnmobil brechen die beiden zu einer Reise durch den idyllischen Lake District auf, um Freunde, Familie und wichtige Orte ihrer Vergangenheit zu besuchen. Allerdings beginnen unterwegs ihre Vorstellungen von der gemeinsamen Zukunft zu kollidieren.

Der Eintritt kostet 6 Euro. Ein Reservierung ist nicht erforderlich.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Demokratieförderung

Ideenwettbewerb in Bernau

In Rahmen des Projekts Partnerschaft für Demokratie Bernau versucht sich die Regionalvertretung Nordost des Humanistischen Verbands Deutschland bereits in dritter Runde mit einem Ideenwettbewerb in Bernau. Die Bürgerbeteiligung vor Ort braucht grundsätzlich Unterstützung für alle Projekte, die helfen, eine demokratische und vielfältige Alltagskultur in der Gemeinde zu fördern. Gerade auch 2023 bleibt es wichtig, sich aktiv für Menschenrechte für alle zu positionieren. Gerade unsere Region hat eine hohe Zuwanderungsrate. Daher gilt in diesem Jahr das Motto »Beteiligung leben vor Ort«. Die zur Vergleichbarkeit angebotenen Schwerpunkte sind:

Politische Bildung: gesellschaftliche Sensibilisierung gegen aktuelle demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Phänomene.

Dialog und Partizipation: Dialogfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Raum für Diskussionen bieten. Kinder- und Jugendbeteiligung stärken.

Teilhabe und Inklusion: Teilhabeformate für alle entwickeln und gezielt Hürden abbauen.

Antidiskriminierung: Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie z.B. Antisemitismus, Rassismus oder Antiziganismus.

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt: Sensibilisierungsprozesse anstoßen und Sichtbarkeit vor Ort stärken.

Interessierte und Initiatoren können ihre Projektideen bis Freitag, den 23. Juni, bei der Regionalstelle Nordost in Bernau einreichen. Die Überbringung erfolgt vorzugsweise online. Alle weiteren Informationen sowie das Antragsformular ist zu finden unter »demokratieleben-bernau.de/foerdermittel«.

THOMAS TOBLER



Neue Innovationen in der Kommunalpolitik:

Nicht vorhandene Anträge diskutieren

In der Eberswalder Kommunalpolitik ereignen sich zuweilen seltsame Sachen. So stand zur Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai ein »Antrag auf Verhängung eines Ordnungsgeldes nach § 25 Abs. 5 i.V.m. § 21 BbgKVerf« auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung. Eingereicht hatten diesen Antrag die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD|BFE.

Da beantragen also Stadtverordnete die Verhängung eines Ordnungsgeldes gegen einen anderen Stadtverordneten, faktisch also gegen sich selbst.

Folgt man den aufgeführten Paragraphen, dann hat nach Auffassung der Antragsteller ein Stadtverordneter die Verschwiegenheitspflicht nach § 21 der Kommunalverfassung verletzt, was nun mit dem in § 25 Absatz 5 angedrohten »Ordnungsgeld bis zu 1 000 Euro geahndet werden« soll. Wie zu erfahren war, gab es zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt des nichtöffentlichen Teils aber gar keine Vorlage. Die Stadtverordneten wurden also nicht nur im Unklaren darüber gelassen, um wen und was es in diesem nur angekündigten Fall gehen soll. Daß sie schließlich über einen nicht existierenden Antrag diskutierten, muß noch mehr verwundern.

Wie in den meisten nichtöffentlich behandelten Angelegenheiten bleibt dem Beobachter nur das Schlußfolgern aus öffentlich bekannten Informationen, was man auch als logische Spekulation bezeichnen kann.

So gab es in der öffentlichen Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 11. Mai vom Ausschußvorsitzenden den Hinweis auf einen aktuellen Artikel in der lokalen Tageszeitung. Thema ist der erfolgte Verkauf des Hauses am Stadtsee durch die Stadt Eberswalde an den Landkreis Barnim. Darin denunziert der Lokalredakteur den Stadtverordneten CARSTEN ZINN als »Wistleblower« und unterstellt ihm, daß er wisse, »daß er mit seiner Wortmeldung gegen die Geschäftsordnung der Stadt Eberswalde und die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg verstößt.« Was genau Carsten Zinn dem Lokalredakteur verraten haben soll, bleibt indes im Dunkeln. Über den Verkauf der Immobilie vom Stadt an den Landkreis konnte jeder, der die Tagesordnungen von Stadtverordnetenversammlung und Kreistag bzw. Kreisausschuß studierte, auch ohne Kenntnis der Vorlagen Bescheid wissen. Woher das Lokalblatt Einzelheiten der städtischen Beschlussvorlage kennt, geht aus dem Beitrag nicht hervor. Zinn selbst nennt beispielsweise zum Kaufpreis keine Zahlen, sondern bezeichnet selbigen lediglich als »Spottpreis«, was nicht mehr als eine Meinungsäußerung darstellt.

Zur beabsichtigten Nutzung der Immobilie durch den Landkreis steht laut Lokalblatt gar nichts in der Verkaufsvorlage. Darüber informierte demnach die Kreisverwaltung. GÖTZ

TRIELOFF (FDP) hatte noch versucht, das »Tribunal« gegen den Stadtverordneten Zinn in die öffentliche Sitzung zu holen. Dem widersprach die Miteinreicherin KAREN OEHLER (Bündnis 90/Grüne) vehement und unter Verweis auf die Hauptsatzung § 4 Absatz 3 Nr. 4, nach dem die Öffentlichkeit auszuschließen »ist«. Allerdings geht es dort um »Personal- und Disziplinarangelegenheiten einzelner Bediensteter«. Ein Stadtverordneter ist zweifellos kein Bediensteter der Stadtverwaltung – auch wenn sich manche Stadtverordnete nicht selten so verhalten.

Sofern es in der »verratenen« Angelegenheit tatsächlich um den Verkauf der Immobilie am Stadtsee von der Stadt an den Landkreis geht, dann ist dies ein weiterer Aspekt, der nur verwundern kann. Denn bei Geschäften zwischen Stadt und Kreis handelt es sich zweifellos um eine öffentliche Angelegenheit.

Weder »überwiegende Belange des öffentlichen Wohls« noch »berechtigte Interessen Einzelner« – die es hier gar nicht gibt – erfordern den Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Sache hätte demnach in öffentlicher Sitzung behandelt werden müssen. Die Stadtverwaltung vertritt hierzu freilich eine andere Meinung, wie die Antwort auf eine entsprechende Anfrage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen vom 15. Juni ergibt.

GERD MARKMANN

Neulich im Bundestag

Der 17. Juni 1953: Ist es nicht ein wundervolles Geschenk für die politischen Eliten, daß man sich im Westen mit solchen Gedenken immer wieder posthum seine moralische Überlegenheit über den Osten und all seine dummen linken Experimente beweist? Wo Aufständische gegen sozialistische Experimente gefeiert werden, steht die Demokratie ganz eng beieinander in der reproduzierten Angst vor Wiederholung. Das bei der Leine gehaltene Wahlvolk schaut zu und freut sich, nicht selbst betroffen zu sein. Eine Verbundenheit, die mein Herz kotzen läßt.

THOMAS TOBLER

Rentensprechstunde

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 12.7., 10-12 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 19.7., 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

Bürgermeister-Abwahl in Wandlitz

Im Zuge des vor kurzem angestoßenen Abwahlverfahrens gegen OLIVER BORCHERT, Bürgermeister von Wandlitz, wird dem SPD Ortsverein Wandlitz bzw. einzelnen Mitgliedern eine Kooperation mit Personen des rechten politischen Spektrums vorgeworfen. Der SPD Ortsverein Wandlitz distanziert sich geschlossen von jeglichen rechten politischen Bewegungen und weist die Anschuldigungen auf das Schärfste zurück.

Warum unterstützt der SPD Ortsverein Wandlitz das Abwahlbegehren?

Wir sind überzeugt, daß Oliver Borchert dem Amt des Bürgermeisters in vielerlei Hinsicht nicht gerecht wird. Für uns ist deutlich zu erkennen, daß Herr Borchert die eigenen Interessen über die der Gemeinde und deren Einwohner stellt. Sein politisches Agieren führt zu nachhaltigen Belastungen für die Gemeinde. Belege dafür gibt es vielfältig:

- Beharrliche Weigerung, Gemeindevertreterbeschlüsse, die juristisch bindend sind, umzusetzen, insbesondere im Bereich des Bauwesens
- Förderung einer konzeptlosen Verstärkung der Gemeinde Wandlitz
- Erzeugung von massiven Infrastruktur-Brennpunkten
- Zusätzliche Belastung des Gemeindehaushalts in Millionenhöhe durch Zuzug
- Extremer Personalverschleiß auf mittlerer Verwaltungsebene
- Nichteinhalten und Konterkarieren von Wahlversprechen
- Bewusstes Vorenthalten von Informationen, die im öffentlichen Interesse liegen.

Das Handeln des amtierenden Bürgermeisters hat bereits unabhängig vom jetzigen Ab-

wahlverfahren zu einer Vielzahl von Dienstaufsichtsbeschwerden geführt.

Bei dem Abwahlverfahren gegen den Bürgermeister steht nicht die Frage im Raum, ob rechts oder links. Es geht darum, ob im Rathaus Wandlitz demokratisches Handeln oder Machtmißbrauch vorherrschen soll. Ob die Gemeinde Wandlitz eine aufrichtige Führungspersönlichkeit oder weitere Dienstaufsichtsbeschwerden benötigt.

Wir und unsere gewählten Vertreter der Gemeinde Wandlitz können und wollen uns nicht von unserer politischen Verantwortung lösen, immer im Interesse der Einwohner zu handeln. Deswegen sehen wir uns in der Pflicht, das Abwahlbegehren zu unterstützen.

Solch ein Begehren ist von der Kommunalverfassung den Bürgern bewußt an die Hand gegeben. Allein in Brandenburg konnten sich auf diese Weise in den letzten beiden Jahren zahlreiche Gemeinden erfolgreich gegen Amtsmißbrauch schützen. Der Initiator des Abwahlbegehrens ist weder Mitglied der SPD noch sympathisiert der SPD Ortsverein Wandlitz persönlich mit ihm. Auch vertreten wir keine seiner politischen Ansichten oder arrangieren uns mit ihm. Wir verbitten uns jegliche Gleichmacherei und wenden uns klar

Scherbenhaufen in Wandlitz

Wandlitz (b90). Zu dem in Wandlitz gestarteten Bürgerbegehren zur Abwahl des Bürgermeisters erklärt der Sprecher des Kreisverbands Barnim von Bündnis 90/Die Grünen, SEBASTIAN GELLERT: »Mit dem Bürgerbegehren zur Abwahl des Bürgermeisters Oliver Borchert stehen wir in Wandlitz vor einem Scherbenhaufen. Eine funktionierende Zusammenarbeit ist in der Gemeindevertretung nicht mehr gewährleistet. Die derzeitige Gemengelage ist chaotisch, teils unsachlich und von Vorwürfen geprägt.«

Die Gemeindevertreter von Bündnis 90/Die Grünen sehen die Entwicklungen mit Sorge. Seit der letzten Kommunalwahl engagierten sie sich tatkräftig, um die Gemeinde voranzubringen. Zahlreiche Beschlußvorschläge wurden vorbereitet und über die gemeinsame Fraktion mit Linken, SPD und UWG eingebracht. Viele davon sind jedoch leider von der Gemeindeverwaltung bis heute nicht umgesetzt worden.

KATJA HOYER, grünes Mitglied der Gemeindevertretung und des Ortsbeirats Basdorf,

äußert dazu: »Mit großer Sorge bemerken wir an vielen Stellen, daß unsere Bemühungen, das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner von Wandlitz besser und nachhaltiger zu gestalten, schlichtweg verpuffen. Warum, würden wir den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung gern fragen.«

PHILIPPE GARDUNO DIAZ, Sprecher des Regionalverbands Mittelbarnim, ergänzt: »Auch wir stellen uns deshalb die Frage: Wie weiter? Eine gute Antwort darauf haben wir noch nicht gefunden. Jedoch möchten wir zwei Sachverhalte klarstellen. Erstens: Wir setzen uns weiterhin, trotz aller Widrigkeiten, bis zum Ende der Legislaturperiode tatkräftig für ein besseres und nachhaltigeres Wandlitz ein. Zweitens: Bündnis 90/Die Grünen wird sich dem derzeit laufenden Bürgerbegehren nicht anschließen, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß ein Teil der Initiatoren keinen ausreichenden Abstand zu rechtem Gedankengut hat. Auch wenn wir einige Punkte des Bürgerbegehrens inhaltlich teilen, ist für uns eines klar: die Brandmauer nach rechts steht für uns an erster Stelle.«

gegen derartige politische Nebelkerzen! Wandlitz hat eine niveauvollere Diskussionskultur verdient. Ein Abwahlverfahren initiiert durch die Gemeindevertretung hätte es nur mit AfD-Stimmen gegeben, dies galt es in erster Linie zu verhindern.

Außerdem sehen wir ideologiefreie und stichhaltige Gründe für eine Abwahl von Oliver Borchert. Würden wir das Verfahren nicht unterstützen, hieße das gegen die Interessen der Gemeinde zu handeln. Das ist nicht unser Anspruch. Ein »Weiter so« ist für unsere Vertreter in der Gemeindevertretung und in den Ortsbeiräten schlicht nicht aushaltbar.

Wir scheuen uns nicht, für unsere Überzeugung und Verantwortung Ihnen gegenüber einzustehen.

ASSOL URRUTIA-GROTHE

Kriegsopferhilfe

05.07.2023



Wandlitz (bbp). Im Mai fand der 60. Transport humanitärer Hilfsgüter von der Friedensbrücke in den Donbass statt. Der Wandlitzer Verein FRIEDENSBRÜCKE – KRIEGSOPFERHILFE E.V. unterstützt seit 2015 die Menschen in Kriegsgebieten. Seitdem gehört der Donbass zu den Zielgebieten für die Hilfe des Vereins.

Inzwischen wird der Verein und ihre Vorsitzende LIANE KILINC in der BRD weiterhin übel diffamiert. So verbreitete der Autor ANDREJ STEINBERG in der aus »antideutschen« Zusammenhängen entstandenen Wochenzeitung JUNGLE WORLD die Lüge, der Verein beliefere »bis heute die russisch besetzten Gebiete in der Ukraine - offenbar auch mit Kriegsgerät«. Steinberg, der bei der AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG zu »prorussischer Propaganda und Desinformation, ihrer Verbreitung in Deutschland und ihrem demokratiegefährdenden Potential« arbeitet, unterstellte außerdem der Vereinsvorsitzenden, sie arbeite in Rußland »mit Rechtsextremen zusammen«. Auf der Internetseite der Friedensbrücke (www.fbko.org) findet sich die Stellungnahme des Vereins zu den Anwürfen Steinbergs.

Dort findet sich auch die Information, daß am 5. Juli in Moskau der nächste Hilfstransport in den Donbass startet.

Spenden via Überweisung: OKV e.V. - IBAN DE68 1005 0000 0190 5097 40, BIC BELA-DEBEXXX, Verwendungszweck: Friedensbrücke; via Paypal: friedensbruecke@gmx.de

»Mehr als 100 Prozent«

Wo stehen wir in Eberswalde in Sachen Klimaschutz? Und welche Bausteine sind nötig, um die Stadt klimaneutral zu machen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Klimaschutzforums von Bündnis 90/Die Grünen am 16. Mai im Paul-Wunderlich-Haus.

In einem Impulsvortrag schilderte die Klimaschutzmanagerin der Stadt, SEVERINE WOLFF, die aktuelle Situation. Eberswalde ist bereits auf einem guten Weg. Aber vor allem im Verkehrssektor und im Wärmebereich gibt es noch viel zu tun. Während die Stadt im Strombereich ihren eigenen Bedarf bereits zu mehr als 100% aus erneuerbaren Energien decken kann, stützt sich die Wärmeversorgung noch zu großen Teilen auf Erdgas. Dazu gab es viele Anregungen und Hinweise auf bereits in der Vergangenheit ausgearbeitete Konzepte, z.B. zur Abwärmenutzung aus dem HOKAWÉ.

Ein spannender Vortrag von LOUISE BEICHLER vom VCD Bundesverband führte die Zuhörer:innen in das Thema fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt ein. Ein Schwerpunkt lag dabei auf sicheren Schul- und Kitawegen. Die Forderung des VCD lautet: Nicht Kinder müssen »verkehrsgerecht« werden, sondern der Verkehr »kindgerecht«.

Die anschließenden Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum drehten sich hauptsächlich um Mobilität und die Radwegesituation in Eberswalde, aber auch die Anbindung des ländlichen Raums kam zur Sprache. Auf die drängende Frage, wann Eberswalde tatsächlich klimaneutral sein wird, soll die anstehende Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes Antworten geben.

KAREN OEHLER stellte heraus, daß vor allem die Kommunalpolitik ein wichtiges Instrument ist, um den Klimaschutz lokal voranzutreiben. Einige Erfolge in diesem Bereich, wie die Erstellung des ersten Klimaschutzkonzeptes und die Schaffung einer zweiten Personalstelle im Klimaschutzmanagement gehen maßgeblich auf Anträge der grünen Fraktion zurück. Der Vorschlag von Karen Oehler, einen Abschnitt der Friedrich-Ebert-Straße probeweise autofrei zu gestalten, stieß auf großen Anklang im Publikum.

In der Abschlußrunde der eingeladenen Expertinnen hob Louise Beichler vom Projekt »Fuß- und fahrradfreundliche Schule« des Verkehrsclub Deutschland (VCD), die selbst nicht in Eberswalde lebt, die positiven Entwicklungen und die aktive Stadtgesellschaft in Eberswalde hervor. Dies sei nicht selbstverständlich. Durch Veranstaltungen wie diese, Aktionen und politische Anträge gilt es, die Arbeit des Klimaschutzmanagements der Stadt weiter zu unterstützen und im Klimaschutz noch schneller voranzukommen.

LYDIA VOGLER, JULIAN REIMANN
und KAREN OEHLER

Licht und Schatten bei der Wohnungssuche

In einer tagesaktuellen Stichprobe (12. Juni) bei einem großen Immobilienportal erhielt man 42 Wohnungsangebote unter einer Kaltmiete von 730 Euro in einem Radius von 20 km um Eberswalde herum. Die Kaltmiete pro Quadratmeter bewegte sich dabei von 5,77 Euro (Melchow) bzw. 5,63 Euro (Bad Freienwalde) bis 10,48 Euro (Eichhorst). Für eine frisch sanierte Altbauwohnung in der Schöpfer Str. in Eberswalde verlangt die städtische WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft aber auch schonmal 12,55 Euro pro Quadratmeter kalt. Dies sind aber absolute Ausreißer im Angebot. Die Quadratmeterpreise (kalt) bewegen sich sonst zwischen sechs und sieben Euro, wenn man auf große Gesellschaften schaut, wie die TAG im Brandenburgischen Viertel (unter 7 Euro) oder ebenda und in Finow die Wohnungsgenossenschaft 1893 (auch unter 7 Euro), wobei die Genossenschaft im Leibnizviertel auch eine 54 Quadratmeter große Wohnung für 510 Euro kalt anbietet, was nach Adam Riese 8,36 Euro pro Quadratmeter ergibt. Sogenannte »Citylage«.

Die hochwertigen Altbauten der WHG Eberswalde befinden sich in Bahnhofsnähe,

ein Pluspunkt der sich im Preis widerspiegelt. Dazu frisch saniert, ruhig gelegen und für Berliner ein Schnäppchen, so das Kalkül, das oft aufgeht.

Bei privaten Angeboten sowie von solchen exotischer Immobilienfirmen muß man schon tiefer in die Tasche greifen. So geht eine 3-Zi-Wohnung in der Erich-Mühsam-Straße im Eberswalder Villenviertel nur über 9 Euro kalt weg oder zum Beispiel eine 2-Zimmer-Wohnung in der Triftstraße in Westend für 9,55 Euro (Stadtvilla) bei 66 qm. Etwas für den gehobeneren Geldbeutel. Wohltuend fällt auf, daß offenbar in Bad Freienwalde der Markt noch nicht so überhitzt ist und man für einen kleinen Geldbeutel doch eine größere Wohnung mieten kann. Dies kann man übrigens auch bei der 1893 eG in Eberswalde, allerdings unter der Bedingung eines Wohnberechtigungsscheines. Dort im Brandenburgischen Viertel saniert die Genossenschaft gerade fünf Plattenbauten des Hallenser Typs (Baujahr 1979) und hat zum Teil jeweils zwei Wohnungen zusammgelegt und im Grundriß verändert. Für Familien mit Kindern.

JÜRGEN GRAMZOW

Schwellen für den »Schönow Dorfgraben«

Im Bernauer Ortsteil Schönow befindet sich der Entwässerungsgraben »Schönow Dorfgraben«. Dieser Entwässerungsgraben sammelt das Niederschlagwasser aus einem großräumigen Gebiet in Schönow. Sobald es regnet, führt der Graben das Regenwasser schnellstmöglich in Richtung des Fließgewässers Panke ab. Aufgrund der zunehmend trockenen Sommer einerseits und der schnellen Fließgeschwindigkeit im Graben andererseits bleibt immer weniger Niederschlagwasser im Graben zurück. Dadurch kommt es seit einigen Jahren zu stetig sinkenden Schichten- und Grundwasserspiegeln im Dorfgraben.

Eine ergiebige Wasserversorgung in Schönow ist nicht mehr gegeben. Das ist daran erkennbar, daß bereits die Bausubstanz einiger älterer Häuser gefährdet ist sowie die umliegende Vegetation in Schönow nicht ausreichend versorgt wird. Der Schichten- und

Grundwasserspiegel im Schönow Dorfgraben muß dringend wieder erhöht und stabilisiert werden. Damit würde zu einem natürlichen Wasserhaushalt beigetragen werden.

Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler fordert die Bernauer Stadtverwaltung daher mit einem Antrag auf, daß sie Muldenschwellen oder andere Hindernisse in den Dorfgraben einbaut, die zu einer Reduzierung der Fließgeschwindigkeit im Graben führen. Das Niederschlagwasser soll auch in Zukunft nachhaltig und zuverlässig unsere Region versorgen und darf nicht einfach abfließen.

PÉTER VIDA

Über diesen Antrag sowie weitere Themen rund um die Zukunft unseres Trinkwassers lädt Péter Vida zu einer Bürgerversammlung ein. Diese findet statt am Montag, den 26.06., um 18 Uhr im Gemeindezentrum Schönow, Schönerlinder Straße 25a statt.

Im Rahmen einer Infotour zum Thema »Grundsteuer noch teurer? Wohin führt die Reform?« gastierte die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler am 31. Mai in Panketal. 120 Gäste kamen. Ob Eigentümer oder Mieter, alle zahlen die Grundsteuer entweder direkt oder indirekt über die Nebenkosten. Durch die Reform werden alle Grundstücke neu bewertet und für viele ist unklar, was das konkret bedeuten wird. Vida informierte auch über Möglichkeiten von Land und Kommunen, um die Auswirkungen auf die Bürger abzumildern. Die Reform dürfe nicht zur Steuererhöhung durch die Hintertür werden.



FOTO: BVB/FREIE WÄHLER

Größenwahn im Wunderlichhaus

Eberswalde (bbp). Der Landkreis Barnim ist als Aufgabenträger für den überörtlichen Brandschutz und die überörtliche Hilfeleistung gemäß Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz auch für die weitergehende Ausbildung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen zuständig. Zu diesem Zweck will die Kreisverwaltung am Standort der Feuerwache Finow ein »Zentrum für Brand- und Katastrophenschutz (ZfBK)« errichten. Am 11. Mai wurde das Projekt durch JENS LEMME und THOMAS HAHLWIG vom Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt des Landkreises Barnim im Eberswalder Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) vorgestellt.

Für das ZfBK ist das Gelände hinter der bestehenden Feuerwache vorgesehen. Der überwiegende Teil davon ist gegenwärtig Wald, der für dieses Projekt gerodet werden müßte. Zur Belastung der Anlieger können keine Erfahrungen vorgelegt werden, weil »es bundesweit keine vergleichbaren Übungsstätten gibt«. Eine

ähnliche Übungsfläche existiert zwar in Eisenhüttenstadt, aber auch hier konnte der Landkreis keine belastbaren Angaben in Erfahrung bringen.

Laut der Vorstellung sollen in dem Zentrum u.a. Übungsanlagen für Einsätze auf Autobahnen, Bahnstrecken und in Hochhäusern entstehen. Inwieweit solche umfangreichen Übungsanlagen allein für die Feuerwehren im Landkreis notwendig sind, wurde nicht erläutert. Angesichts der geplanten Dimensionen handelt es sich eher um ein Projekt, das landesweit zu nutzen wäre, um einen halbwegs akzeptablen Auslastungsgrad zu erreichen. Allerdings gibt es, wie dargestellt, bereits eine ähnliche Anlage in Eisenhüttenstadt.

Von der Stadt Eberswalde wird die Änderung ihres Flächennutzungsplans erwartet. Insbesondere geht es um die Umwandlung von 1,2 Hektar Wald in Baufläche mit großflächiger Veriegelung. Wieder ein Stück »Waldstadt« weniger.

Hort »Kinderinsel« bekam Außenanlage

Eberswalde (bbp). Seit Ende Mai sind nun auch die Außenanlagen des neuen Hortes »Kinderinsel« fertig. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, dauerte der Bau insgesamt, einschließlich der halbjährigen Planungsphase und dem Gestaltungswettbewerb, nur 33 Monate. Nach der offiziellen Eröffnung im Februar kamen noch vier Monate hinzu, in denen die 4.660 Quadratmeter große Außenanlage hergestellt wurde. Die Gestaltung des großzügigen Außenbereichs stellte den letzten Bauabschnitt des Neubauprojekts dar.

»Dieser neue Hort in Holzbauweise«, so die städtische Pressestelle, »bietet Platz für 150 Hortkinder plus zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die modernen und hellen Innenräume haben den Kindern verschiedene Möglichkeiten der Beschäftigung zu bieten. So gibt es unter anderem eine Kinderküche, einen Sport- und Bewegungsraum, einen Forscherraum sowie einen Entspannungsraum. Die Einrichtung zeichnet sich durch ein bewegungsorientiertes Profil aus.«

Dies können die Kinder seit Ende Mai nun auch im Freien, um nach Herzenslust zu spielen, zu toben und ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachzugehen. »Bewegung ist gesund und Kinder brauchen sie ganz besonders, um sich adäquat entwickeln zu können, sagte Bürgermeister Götz Herrmann zur Übergabe der Außenanlage am 25. Mai, zu der er einen brandneuen Easy Rider-Roller im Gepäck hatte, den die Hortkinder sofort auf ihrer neuen Rollerbahn ausprobierten.

Neben genügend Raum zum »auspowern« finden sie auf dem Gelände auch Rückzugs-

und Ruheorte an der frischen Luft. »Ich bin begeistert und stolz, daß wir dieses Bauvorhaben so erfolgreich und zufriedenstellend abschließen konnten. Allen Beteiligten möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen«, so das Stadtoberhaupt.

Bei der Planung und Gestaltung des Außenbereichs wurden die Wünsche der Kinder erfragt und weitestgehend berücksichtigt. So finden sich dort nun eine Kletterinsel, ein Wasserspielplatz, eine Rollerstrecke, eine Spielwiese, ein »Strand« mit Spielsand, Hängematte und Holzdeck sowie geschützte Pergolagärten.

»Die Anmutung der neuen Außenanlagen lädt nicht nur zur Bewegung ein, sie beflügelt auch die kindliche Fantasie«, meint die Baudezernentin und Erste Beigeordnete Anne Fellner. »Durch ihre suggestive Beschaffenheit liefert die Anlage spannende Motive und ein inspirierendes Umfeld für die Spiele der Kinder. So besticht der Hort 'Kinderinsel' nicht nur durch seine generell nachhaltige Bauweise sowie die Stärkung der sozialen Infrastruktur im Viertel, auch für die geistige Entwicklung der Kinder wird buchstäblich spielerisch ein Beitrag geleistet.«

Durch die unmittelbare Nähe zur Grundschule Schwärzensee bilden Hort und Schule eine räumliche und funktionale Einheit. Das finanzielle Auftragsvolumen der Außenanlagen liegt bei rund 735.000 Euro. Auftragnehmer war die Firma Brodmann Garten- und Landschaftsbau aus Biesenthal. Die Fachplanung oblag der Kubus Freiraumplanung GmbH & Co. KG Berlin.

Frei für alle

Eberswalde (bbp). »Free 4 All - Mobile Kinder- und Jugendarbeit im BBV« lautet der Titel eines Projektes, für das die Stiftung Waldwelten jetzt einen Förderantrag an den Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel gestellt hat.

Das Projekt hat bereits ein halbes Jahr hinter sich und das Team habe viel Freude bei der Arbeit, heißt es im Antrag. Es gebe viele positive Rückmeldungen von Teilnehmern und von sogenannten Akteuren aus dem Viertel. Dies veranlaßte die Waldwelten-Stiftung, eine Verlängerung des Projektes für das zweite Halbjahr 2023 zu beantragen. Der Sprecherrat stimmte dafür auf seiner Sitzung im Mai der Bereitstellung von 7.500 Euro zu.

Im Kiez halten sich viele Kinder und Jugendliche auf Straßen und Freiflächen auf. »Diese Freiflächen zu nutzen und den Kindern ein sinnvolles Freizeitangebot außerhalb von Schule und Elternhaus zu ermöglichen«, ist für die Antragsteller oberstes Ziel. »Nachhaltigkeit, Naturverständnis und Umweltschutz werden zu immer wichtigeren gesellschaftlichen Themen. Gleichzeitig nimmt die Nutzung von digitalen Medien im Alltag der jungen Generation einen immer höheren Stellenwert ein. Ein reflektierter Umgang mit dem Smartphone und anderen Medien ist nicht in jeder Familie gewährleistet, genauso, wie Zeit in der Natur zu verbringen. Dadurch fehlt das Verständnis dafür, wie Ökosysteme funktionieren, welche Pflanzen und Tiere in unserer unmittelbaren Umgebung existieren und welche Bedeutung sie für unser Leben haben. Durch fehlenden Naturbezug fehlt auch die Motivation, nachhaltig zu handeln. Mit unserem Projekt wollen wir diese Verbindung stärken und durch naturpädagogische Bildungsarbeit einen Ausgleich schaffen. Außerdem wollen wir die Kinder und Jugendlichen dabei begleiten, sich selbst und ihre Fähigkeiten und Talente besser kennenzulernen.«

Es sollen Grundschulkinder und Jugendliche angesprochen werden, die rund um den Märkischen Park unterwegs sind. Inzwischen kennen viele Kinder das Projekt und die Macher und nehmen gerne und regelmäßig das Angebot wahr. Mittels Spielen, Experimenten und Gruppenaufgaben werden ihnen ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten bewußt gemacht. Die Gruppenaktivitäten stärken die sozialen Schlüsselfähigkeiten. Teamgeist, Kommunikation, Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit und das Respektieren von menschlichen Unterschieden gehören dazu. Das Spielen in und mit der Natur fördert zudem motorisches Geschick, Selbstbewußtsein und ein intuitives Begreifen der Natur. Der Märkische Park hat sich als Treffpunkt des wöchentlichen Angebots etabliert. Von vielen Kindern liegt inzwischen eine Erlaubnis der Eltern vor, so daß es künftig auch Ausflüge in den umliegenden Wald geben kann.

Ganzheitliche Ernährungs (28)

Manchmal neigen wir dazu, Müdigkeit und Abgeschlagenheit nicht ernst zu nehmen. Dabei können die Symptome ein wichtiger Hinweis auf eine Erkrankung sein. So ist eine bleierne Müdigkeit und eine dauerhafte Erschöpfung, die plötzlich beginnt und mindestens sechs Monate andauert, ein Hinweis auf das *Chronische Erschöpfungssyndrom (CFS)*.

Die dauernde Erschöpfung führt früher oder später zu einer verminderten Leistungsfähigkeit. Oftmals kommt es auch zu körperlichen Beschwerden, z.B. zu Einschlafstörungen, aber auch zu Durchschlafstörungen, so daß die Betroffenen den Schlaf nicht mehr als erholsam empfinden. Es können aber auch Magen- und Darmbeschwerden oder Kopfschmerzen auftreten. Als Folge eines CFS kann es dann auch zu einer depressiven Verstimmung oder gar einer Depression kommen, die ihrerseits wieder entsprechend behandelt werden sollten.

Ein CFS ist schwer zu diagnostizieren, da die Beschwerden sehr vielfältig sind und sich oftmals sehr diffus äußern, z.B. in einer starken Müdigkeit tagsüber, aber auch in Gedächtnisproblemen und Konzentrationsproblemen. Es können auch grippeähnliche Symptome auftreten oder Darmprobleme. Oftmals führen schon Tätigkeiten, die wir früher problemlos erledigen konnten, zu tagelangen Beschwerden. Und Pausen bewirken oftmals keine Erholung mehr. Wenn die beschriebenen Beschwerden über Monate andauern, kann dies im schlimmsten Fall bis zu einer Berufsunfähigkeit führen. Auch Schwindelgefühle können ein Symptom eines CFS sein. Weiterhin kann es zu schmerzhaften Schwellungen der Lymphknoten, zu Gelenkschmerzen und zu Muskelschmerzen kommen. Viele Betroffene leiden auch an Allergien und/oder einer gesteigerten Infektneigung. Auch diese müssen mitbehandelt werden, da sonst eine Verschlimmerung droht.

Behandelt werden meist die Beschwerden, die den Patienten am stärksten einschränken. Eventuell vorhandene Mangelzustände an Vitaminen, Spurenelementen oder Mineralien sollten rasch ausgeglichen werden.

Was können Sie für sich tun? Machen Sie ganz bewußt Feierabend und tun Sie sich etwas Gutes. Regelmäßige Bewegung baut Stress ab. Es muß aber nicht unbedingt ein Besuch im Fitneßstudio sein, kurze Spaziergänge reichen vollkommen aus. Das Abendessen sollte nicht zu spät eingenommen werden und nicht zu üppig sein. Auf koffeinhaltige Getränke sollten Sie verzichten. Auch ein Alkoholverzicht ist sinnvoll, da Alkoholgenuß zu einem unruhigen Schlaf führt und somit den Schlafrhythmus stört. Ein heißes Bad macht dagegen angenehm müde.

FALK HINNEBERG

Tag des Cholesterins am 3. Juni:

Die besten Köche gesucht

Gesunde Ernährung schützt vor Krankheiten

Altenhof (am/bbp). Hohe Cholesterinwerte gelten gemeinhin als eine der Hauptursachen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im »Haus am Werbellinsee« in Altenhof steuert man dem mit gesunder, leichter und leckerer Kost entgegen. Beim »Tag des Cholesterins« am 3. Juni war dies ein Hauptthema und die Einrichtung verriet Tips, wie jeder einzelne seine Blutgefäße schützen kann.

Dr. STEFFEN HEHNER ist der Geschäftsführer der bundesweit agierenden Trägergesellschaft Alloheim Senioren-Residenzen. Er weiß, wie gefährlich zu hohe Cholesterinwerte sind: »In Kombination mit anderen Risikofaktoren wie zu wenig Bewegung, Diabetes oder Bluthochdruck kann das Cholesterin Ablagerungen in den Blutgefäßen verursachen. Diese Ablagerungen sind verantwortlich für viele Schlaganfälle, Herzinfarkte und Durchblutungsstörungen. Daher achten wir in unseren Einrichtungen darauf, diese Gefahr so stark wie möglich zu senken.«

Wie das praktisch funktioniert, erläutert die Leiterin der Altenhofer Einrichtung »Haus am Werbellinsee« Angela Matthes: »Viel Gemüse, wenig Fleisch sowie ein hoher Anteil an Vollkornprodukten wirken gefäßschützend. Deshalb hat unser Küchenteam schon längst klassische gutbürgerliche Gerichte durch energiereiche, vitaminhaltige und leichte Gerichte mit vielen Mikronährstoffen ersetzt.« Auch Bewegung sowie der Verzicht auf Stress und Nikotin helfen dabei, die Gefäße gesund zu halten.

Wie hoch der tatsächliche Cholesterinwert ist, kann ein Arzt über eine Bestimmung der Blutfettwerte feststellen. »Das tückische ist,



Foto: ALLOHEIM

daß Ablagerungen der Blutgefäße keine Schmerzen verursachen. Man merkt es also erst, wenn es zu spät ist. Daher ist aktive Vorsorge umso bedeutender«, so Angela Matthes.

Wie wichtig den Alloheimen die gesunde Ernährung ist, zeigt ein eigener Wettbewerb zu diesem Thema. Noch bis zum 14. September läuft bundesweit die »Alloheim Küchenolympiade«. Küchenteams und Hauswirtschaftsabteilungen der rund 250 Häuser sind aufgerufen, moderne und leichte Gerichte zu kochen. Eine Jury unter Leitung des Starkochs Holger Stromberg wird die leckeren Ergebnisse bewerten. Auch die Residenz »Haus am Werbellinsee« ist mit dabei und hofft, möglichst weit vorne auf dem Treppchen zu landen.

9-Euro-Ticket für Schüler?

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Barnim wird an dem Thema deutschlandweites 9-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler dranbleiben.

Im Barnim haben wir zwar inzwischen erreicht, daß alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Entfernung ihres Wohnorts zur Schule den ÖPNV für den Schulweg kostenlos nutzen können. Zufrieden sind wir mit dem Erreichten aber noch nicht. Unser Ziel bleibt weiterhin eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV im gesamten Landkreis für alle Kinder und Jugendlichen. Das heißt, die Schulkinder sollen den Bus oder die Bahn nicht nur für den direkten Schulweg, sondern auch für Freizeitaktivitäten und am Wochenende kostenlos nutzen können.

Wenn das neu eingeführte 49-Euro-Ticket in angepaßter Form als ein Schritt in diese Richtung angewandt werden könnte, wäre es natürlich ideal. Kinder- und Jugendliche könnten dann den Regionalverkehr sogar bundesweit nutzen, könnten selbständiger unterwegs sein und würden von Kindesbeinen an mit dem öffentlichen Nahverkehr vertraut. Daher verfolgen wir die Einführung des 9-Euro-Tickets in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel sehr genau. Bei der Kreisverwaltung in Eberswalde haben wir die durchgeführten Berechnungen zu den finanziellen Auswirkungen einer solchen Lösung für den Barnim zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema angefordert.

HEIKE WÄHNER, Fraktionsvorsitzende

Foodsharing-Stadt Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Eberswalde ist »Energie+Stadt« und »Fairtrade-Stadt«. Informell ist sie auch als »Waldstadt« bekannt. Im Frühjahr ist nun vielleicht der sprichwörtliche Grundstein für eine zukünftige »Foodsharing-Stadt Eberswalde« gelegt worden.

Einem Vorschlag aus der Stadtverordnetenversammlung folgend unterzeichnete Bürgermeister GÖTZ HERRMANN eine entsprechende Motivationserklärung zwischen »Foodsharing Eberswalde«, vertreten durch MILAN TOUCHÉ und der Stadt Eberswalde. Die Eberswalder sind Teil der europaweiten Initiative »Foodsharing«, die sich für die Wertschätzung von Lebensmitteln sowie den Wandel unserer Gesellschaft zu mehr bewußtem und nachhaltigeren Konsumverhalten einsetzt. Man will »für die Problematik der Lebensmittelverschwendung sensibilisieren und einen nachhaltigen und bewußten Umgang mit Lebensmitteln fördern«, wie es unter anderem in der Motivationserklärung beschrieben ist. Jährlich landen weltweit etwa 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel im Müll.

»Foodsharing ist ein moderner und nachhaltiger Weg gegen die ‚Wegwerfmentalität‘ unserer Gesellschaft. Die Stadt Eberswalde möchte hier eine Vorbildfunktion einnehmen, um Inspiration und Denkanstoß für andere zu sein. Ich bedanke mich ausdrücklich für den weit-sichtigen Vorschlag aus der Stadtverordnetenversammlung und das große Engagement von

Foodsharing Eberswalde«, so Götz Herrmann. Im Jahr 2022 waren insgesamt 102 Personen ehrenamtlich für »Foodsharing Eberswalde« aktiv. Dabei werden Lebensmittel, die von den teilnehmenden Betrieben nicht mehr verkauft werden dürfen oder sollen, von sogenannten »Food-Savern« abgeholt und entweder privat über ein eigenverantwortliches Netzwerk oder im extra dafür installierten »Fairteiler« im Haus 2 auf dem Stadtcampus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, verteilt.

»Etwa 50 bis 60 Kilogramm Lebensmittel landen täglich im Fairteiler«, berichtet Milan Touché. »Über die E-Mail-Adresse eberswalde@foodsharing.network sind mitunter auch spontane Abholungen möglich. Zum Beispiel, wenn man nach einem großen Fest oder einer sonstigen Veranstaltung bemerkt, daß man noch Lebensmittel übrig hat. Für registrierte Teilnehmende gibt es aber fest vereinbarte Abholzeiten, um zum Beispiel die Betriebe zu entlasten«, so Touché weiter. So kommen jährlich über tausend Abholungen zusammen.

Durch die Kooperation mit der Stadt Eberswalde hofft die Initiative auf mehr Sichtbarkeit und den Ausbau des eigenen Netzwerks. Wer sich als »Food-Saver« oder darüber hinaus engagieren möchte, kann sich unter www.foodsharing.de anmelden. Außerdem kann man online über die Freiwilligenagentur Eberswalde in Kontakt treten.

Behindertenbeauftragter ist zulässig

Eine offizielle Anfrage an die Brandenburger Landesregierung bringt Klarheit: Die Schaffung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten ist auch bei einem parallel bestehenden Behindertenbeirat schon nach jetziger Rechtslage zulässig. Dies teilte das Innenministerium auf Anfrage der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler mit. Die Bernauer Stadtverwaltung hatte hieran Zweifel angemeldet und erklärt, daß dies angeblich nicht ginge, obwohl mehrere Kommunen exakt diese Konstellation in ihren Hauptsatzungen geregelt haben. Der Tenor der Bernauer Stadtverwaltung damals: All die Kommunen sowie Kommunalaufsichten, die die Hauptsatzungen akzeptierten, handeln rechtswidrig. Wie sich nun zeigt: Dies stimmte nicht. So teilt die Landesregierung mit: »Es ist daher zulässig, daß sowohl ein Beirat als auch eine Beauftragte oder ein Beauftragter zur Vertretung derselben Interessengruppe berufen wird.«

Wir freuen uns, daß unsere Position so klar bestätigt wurde. Es gibt nun keinen Grund mehr für Verzögerungen. Ein Beauftragter kann die Belange der Menschen mit Behinderung wirkungsvoll vertreten und auf eine um-

fassende Barrierefreiheit in allen Bereichen hinwirken. Zudem soll er die ehrenamtliche Arbeit des Beirates unterstützen und diesem eine Hilfe bei der Gremienarbeit sein. So teilt die Landesregierung auch mit, daß nahezu alle Kommunen über 30.000 Einwohnern über einen solchen Beauftragten verfügen, dessen Funktion oft in Kombination mit der des Seniorenbefragten steht. Dies ist auch im Bernauer Antrag so vorgesehen.

BVB/Freie Wähler Bernau wird zusammen mit den miteinreichenden Grünen den Antrag weiter qualifizieren. Mit der aktuellen Information der Landesregierung im Rücken verbleibt für die rechtlichen Zweifel der Stadtverwaltung kein Raum. Erneut hatte diese eine Rechtsauffassung vertreten wie kein anderer, die sich nun als unzutreffend erweist.

Es ist schade, daß durch die fehlerhafte Rechtsauskunft der Stadt Menschen unbedeutend verunsichert wurden. Es handelt sich um eine Frage der sozialen Teilhabe. Wir setzen darauf, daß nun alle an einem Strang ziehen, um dieses überparteiliche Anliegen zum Wohle nachhaltiger Inklusion umzusetzen.

ANETTE KLUTH

Ganzheitliche Ernährung (29)

Welche Lebensmittel können uns dabei helfen, das Chronische Erschöpfungssyndrom zu lindern?

Trinken sollten Sie vor allem ungesüßten Kräutertee oder Früchtetee, sowie Mineralwasser. In Maßen können Sie Schwarztee und Kaffee genießen. Auf alle anderen Getränke sollten Sie verzichten.

Bei frischem Gemüse haben Sie fast die freie Auswahl. Verzichten sollten Sie lediglich auf Süßkartoffeln und Mais. Ansonsten können Sie gerne das essen, was Sie gerne mögen. Sämtliche Arten von Kohl sind empfehlenswert, auch bei Salat gibt es keine Einschränkung. So können Sie sich ganz nach Ihrem Geschmack von »A« wie Artischocke bis »Z« wie Zucchini durchprobieren.

Bei frischem Obst sollten Sie vor allem auf zuckerarmes Obst wie Äpfel, Aprikose, sämtliche Arten von Beeren, Pflaumen, Pfirsiche und Nektarinen zurückgreifen. Verzichten sollten Sie auf jegliche Art von Trockenfrüchten. Auch gezuckerte Obstkonserven sollten wie Fruchtsäfte nur in äußerst geringen Mengen konsumiert werden.

Bei Nüssen und Samen habe Sie die volle Auswahl, insofern diese naturbelassen sind. Gesalzene oder schokolierete Nüsse sind absolut nicht zu empfehlen.

Gerne können Sie Vollkornbrot und -brötchen genießen. Auch Haferflocken und ungezuckertes Müsli sind empfehlenswert, ebenso wie Vollkornreis, Vollkornnudeln oder Pellkartoffeln. Verzichten sollten Sie dagegen auf Weißbrot, Pommes Frites, Kroketten, Kartoffelbrei und auch sämtliche süße Backwaren wie Kuchen, Torten, Kekse sind absolut tabu.

Fette und Öle wie Leinöl, Olivenöl, Walnussöl und auch Butter sind zu empfehlen. Verzichten sollten Sie dagegen auf jegliche Art von Schmalz, Palmfett, Sonnenblumenöl und auch auf Mayonnaise.

Bei Milch und Milchprodukten sollten Sie Naturjoghurt bis 1,5% Fett bevorzugen. Auch bei Milch sollten Sie die 1,5%ige bevorzugen. Ebenso ist Käse bis 45% Fett in der Trockenmasse empfehlenswert. Auch bis zu fünf Hühnereier in der Woche sind empfehlenswert. Verzichten sollten Sie auf alle Fruchtzubereitungen und auch auf Kakaozubereitungen.

Magere Fleisch- und Wurstwaren wie Pute, Kalber oder Schinken dürfen Sie gerne genießen. Fettiges Fleisch und fette Wurst wie Bratwurst, Mettwurst, Salami oder Fleischkäse sollten nicht auf Ihrem Einkaufszettel stehen.

Haben Sie Fragen zum Thema? Schreiben Sie diese an: willkommen@hinneberg.info

FALK HINNEBERG,
(www.hinneberg.info)

Das Dorf der sieben Seen

Wanderung rund um Brodowin

GU DRUN JÄGER von den NaturFreunden Oberbarnim-Oderland e.V. führt die Wanderfreunde am Sonnabend, den 24. Juni, von der Buswendeschleife in Brodowin über die Brodowiner Karpaten auf einem Rundweg zuerst nach Pehlitz. Von Pehlitz aus machen wir einen kleinen Abstecher zum Pehlitzwerder. Es besteht die Möglichkeit, kurz baden zu gehen (Eintritt Campingplatz). Danach wandern wir zurück nach Pehlitz, folgen dem Rad-/Fußweg Richtung Brodowin und erreichen über die Dorfstraße unseren Ausgangspunkt.

Die durch die Eiszeit geformte Landschaft hält viele Überraschungen für uns bereit. Wer möchte, kann unterwegs zwei Aussichtspunkte ersteigen, von wo aus wir alle sieben Seen entdecken können. Eine Anmeldung unter Telefon 03344-3002881 oder eMail oderland@naturfreunde.de ist unbedingt erforderlich.

BERND MÜLLER,

Die NaturFreunde Deutschlands, RG
Oberbarnim-Oderland e.V. (www.berg-frei.de)

Treffpunkt: 13.30 Uhr Buswendeschleife am Ortsende Brodowin in Richtung Liebe, Brodowiner Dorfstraße 42

Kultur nur mit Smartphone

Berlin (bbp). Die Bundesregierung will Jugendliche animieren, Kultur vor Ort zu erleben und die Vielfalt der Kultur in den Regionen der BRD zu entdecken. Dafür sollen alle Jugendlichen, die 2023 ihren 18. Geburtstag feiern, ein Budget von 200 Euro erhalten.

Gleichzeitig sollen durch den KULTURPASS die vielen lokalen Kulturanbietenden gestärkt werden, die weiterhin unter den Nachwirkungen der Corona-Pandemie leiden. So sieht das zumindest der hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke: »Die KulturPass-App steht am 14.06.2023 für iOS und Android in den entsprechenden App-Stores kostenfrei zur Verfügung«, freut er sich. »Für die Freischaltung des Budgets müssen in der App Alter und Wohnort in Deutschland per Online-Ausweis (deutsche Staatsangehörige), eID-Karte (EU-Staatsangehörige) oder elektronischem Aufenthaltstitel (Drittstaatsangehörige) nachgewiesen werden. Unterstützung hierbei bieten die Webseite kulturpass.de und die Kontaktmöglichkeiten in der App.«

Was Zierke nicht mitteilt, ist, daß die 200 Euro ausschließlich über diese App abgerufen werden können. Ohne Smartphone geht nichts. Außerdem funktioniert die Anmeldung nur, wenn die Online-Funktion des Personalausweises aktiviert ist. Wer also kein Smartphone besitzt oder aus Datenschutzgründen die Onlinefunktion an seinem Personalausweis nicht aktiviert hat, geht leer aus.

Tag des Hundes 2023:

Vier Pfoten sorgen für Lebensfreude

Therapiehunde im Haus am Werbellinsee in Altenhof

In der Alloheim Senioren Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof ist nicht nur am Tag des Hundes (4. Juni) tierisch etwas los, sondern auch in regelmäßigen Abständen an anderen Tagen! Denn ganz regelmäßig im Monat statten die Therapiehunde vom MoglyHof den Seniorinnen und den Senioren einen Besuch ab und die Vorfreude darauf ist immer riesig!

Tiere sollen bei Menschen einen positiven Einfluß auf das Wohlbefinden und die psychische sowie physische Genesung haben. Wie sehr die Bewohnerinnen und Bewohner in unserer Residenz aufleben, sobald der Hund auftaucht, ist deutlich zu sehen. Es wird gestreichelt, gefüttert und in Erinnerungen an vergangene Tage geschwelgt. Selbst sonst zurückhaltende oder ängstliche Bewohner blühen auf und suchen den Kontakt zu dem Vierbeiner.

Teilweise hatten die Seniorinnen und Senioren früher eigene Hunde und erinnern sich gern. Der Kontakt mit den »Feltnasen« regt zum Austausch an, fördert aber gleichzeitig auch die Aktivierung der Sinne. »Wissenschaftlich ist es erwiesen«, weiß unser Pflegedienstleiter Heiko Gießmann, »daß Körperkontakt, Spielen und Lachen mit Tieren zur Entspannung der Muskulatur sowie zur Verringerung des Schmerzempfindens führen«.

Daher sind nächsten Besuche der Therapiehunde schon jetzt im Kalender fest eingeplant.



FOTO: ANGELA MATTHES

Damit auch nicht mobile Bewohner in den Genuß der Hunde kommen, dreht der Hund Fietje auch gern mal eine Runde über die Wochenbereiche und Zimmer und besucht einzelne Bewohnerinnen und Bewohner gern.

Tiere sind für unsere Bewohner immer etwas Besonders. Daher werden wir an unserem TAG DER OFFENEN TÜR am 1. Juli Alpakas zu Gast haben.

ANGELA MATTHES

Kriegsbedingte Mehrbelastungen

Lychen (bbp). In der Tierschutz-Soforthilfebillichkeitsrichtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz heißt es »krisenbedingte Mehraufwendungen«. Die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete KARLA KNIESTEDT aus Lychen sprach hingegen Klartext und legte die Ursachen offen. Denn die Krise, durch die unter anderem auch Tierheime in Schwierigkeiten geraten, ist natürlich letztlich kriegsbedingt.

Die Landtagsabgeordnete freut sich, daß die Tierheime in Brandenburg 500.000 Euro Soforthilfe aus dem »Brandenburg-Paket« bekommen können. »Bezuschußt werden« so Kniestedt, »kriegsbedingte Mehrbelastungen für Sachkosten wie Strom-, Heiz- und Wasserkosten, Miete sowie Futter- und Tierarztkosten. Pro Antrag können bis zu 10.000 Euro bewilligt werden. Davon profitieren auch die Tierheime und Tierschutzorganisationen im Barnim.«

Karla Kniestedt schildert die schwierige Situation der Tierheime. Viele Einrichtungen arbeiten personell und vor allem finanziell an der Belastungsgrenze. Die Trägervereine finanzieren sich im Wesentlichen durch Spenden. Zuletzt seien nicht nur die Energieko-

sten, sondern auch die Kosten für Tierfutter und tierärztliche Versorgung deutlich gestiegen. »Die Tierschützerinnen und Tierschützer, die ich kenne«, so Karla Kniestedt, »wollen sich vor allem um das Wohlergehen der felligen und gefiederten tierischen Schützlinge kümmern. Die Mehrbelastung durch zusätzliche Spendensammelaktionen auszugleichen, ist keine leichte Aufgabe. Und sie kostet Zeit, die dann an anderer Stelle fehlt. Deshalb ist es gut, daß die Tierheime zum Ausgleich der krisenbedingten Härten unbürokratisch schnelle Hilfe erhalten. Diese Soforthilfe kann beispielsweise auch dem Tierheim Ladeburg zugutekommen. Das freut mich sehr.«

In Brandenburg gibt es 16 Tierheime, die dem DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUND e.V. zugeordnet sind. Eines davon ist das Tierheim Ladeburg im Bernauer Ortsteil. Auch andere Tierschutzorganisationen können die Hilfen beantragen. Zuständig für die Antragsprüfung, Bewilligung und Auszahlung ist das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG). Der Antrag ist auf der LAVG-Internetseite eingestellt: lavg.brandenburg.de/lavg/de/antraege/.

Wildtiere unerwünscht

Eberswalde (bbp). Die Fraktion die **PARTEI Alternative für Umwelt und Natur** hatte im April das Thema »Wildtierquerungen in Eberswalde« in die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) geholt (BBP 4/2023).

»Die Bandstadt Eberswalde und die dominierend in West-Ost-Richtung verlaufenden Verkehrsachsen (B167alt, B167neu, Finowkanal, Oder-Havel-Kanal) stellen eine bedeutende Barriere für den Wildwechsel zwischen den großräumigen Wäldern im Gebiet nördlich des Oder-Havel-Kanals und im Naturpark Barnim südlich von Eberswalde dar«, schrieb MIRKO WOLFGGRAMM zur Begründung des Fraktionsantrages, das Thema auf die Tagesordnung des ASWU zu setzen. Er verwies dabei auf den gültigen Landschaftsplan der Stadt Eberswalde von 1997, in dem mehrere »Grün-Zäsuren (Nord-Süd-Grünzüge)« vorgesehen sind. »Um diese Nord-Süd-Grünzüge auch für den notwendigen Austausch zwischen den Wildtier-Populationen in den Waldgebieten nördlich und südlich von Eberswalde und den Wanderungen des zunehmend auftretenden Großwildes (Elche, Wisente) zu ertüchtigen und damit zu regulieren«, seien weitergehende Überlegungen insbesondere bezüglich von Querungshilfen über die West-Ost-Verkehrsachsen nötig. Im Ausschuß sollte nun erörtert werden, »welche Möglichkeiten seitens der Stadt Eberswalde bestehen, hier in zielführender Weise aktiv zu werden«.

Für die Einreicherfraktion erläuterte im Ausschuß zunächst OSKAR DIETTERLE das Anliegen. Anschließend informierte die sachkundige Einwohnerin PEGGY SIEGEMUND über die Wegeführungen der Elche, von denen in den vergangenen Jahren im Stadtgebiet bereits mindestens zwei aufgrund der unzureichenden Querungsmöglichkeiten zu Tode kamen. Künftig sei zudem damit zu rechnen, daß weitere Großwildarten, wie Wisente, den Elchen folgen werden. Mittels geeigneter Querungshilfen sollte das Großwild ohne Gefahr für Mensch und Tier durch das Stadtgebiet in die



Der Landschaftsplan der Stadt Eberswalde von 1997 sieht mehrere Nord-Süd-Grünkorridore zur landschaftlichen Auflockerung der Bandstadt zu erreichen. Viele Bereiche dieser vorgesehenen Grünzäsuren sind inzwischen zersiedelt. Für weitere Flächen, wie im Bereich Wolfswinkel, werden derzeit Pläne für eine Bebauung ausgearbeitet (Bebauungsplan Nr. 530 »Schulcampus«), durch die ein weiterer Gründkorridor für die Zukunft dauerhaft verschlossen wird.

Wälder südlich von Eberswalde geleitet werden. Wichtig dafür sei die Sicherung und der Ausbau der Nord-Süd-Zäsuren, wobei insbesondere die bestehenden Grünkorridore vor weiterer Zersiedelung und Bebauung geschützt, geeigneter Bewuchs gefördert und geeignete Flächen zur Erweiterung der Grünkorridore gesichert werden müssen.

Demgegenüber stellte die Baudezernentin und Erste Beigeordnete ANNE FELLNER klar, daß sie keinerlei Notwendigkeit sieht, bezüglich der geforderten Wildtierquerungen in irgendeiner Art und Weise aktiv zu werden. Um dies zu begründen, hatte sie beim Eberswalder Thünen-Institut für Waldökosysteme eigens eine Stellungnahme angefordert, die selbstverständlich die gewünschten ablehnenden Argumente lieferte. Verfaßt hat die Stellungnahme Dr. FRANK TOTTEWITZ, der zunächst pflichtgemäß betonte, daß der Vernetzung von Lebensräumen für Wildtiere »grundsätzlich« eine hohe Bedeutung zukomme. Solche Maßnahmen seien aber außerhalb von Siedlungsgebieten, die selber »naturgemäß keinen Wildnis-Lebensraum für größere Wildarten« darstellen, umzusetzen. »Wildtiere in Städten sind vor allem aus Tierwohl- und Tierschutzgründen nicht gewollt und sollten ... sogar verhindert werden.« Zur Bekräftigung wies Dr. Tottewitz hierbei auf »die Wildschweinproblematik in verschiedenen Großstädten« hin. Die »Verhinderung der Ansiedlung von größeren Wildsäugern im Stadtgebiet« setzt er in Verbindung mit dem Thema »Querungshilfen für gelenkte Wanderbewegungen«, obwohl diese so eine Ansiedlung gerade verhindern sollen. Der Vertreter des Thünen-Instituts schätzt ein, daß in der Peripherie um die Stadt Eberswalde der Populationsaustausch derzeit gegeben ist. Denn sowohl »der Finowkanal als auch der Oder-Havel-Kanal stellen für Rot-, Dam- und Schwarzwild keine Barriere dar... Auch die nicht-gezäunten Verkehrsstraßen stellen keine Lebensraumzerschneidung dar.« Ob das auch für Großwild wie Elche und Wisente zutrifft, erläuterte Dr. Tottewitz nicht. Aber natürlich vergaß er nicht, darauf hinzuweisen, daß »die Problematik der Schaffung von Wanderkorridoren für Elche ... eine Landesaufgabe« ist. Für die Stadt Eberswalde, so das Fazit der Stellungnahme, ergebe sich aus der derzeitigen Situation »kein Handlungsbedarf zur Errichtung von Querungshilfen im Stadtgebiet für Wanderbewegungen von größeren Wildtieren... Der Zuzug bzw. das Einwechseln von Elchen in das Stadtgebiet sollten aus Gründen der Gefahrenabwehr nicht gefördert, sondern verhindert werden.«

Alleebäume vertrocknen

Eberswalde (bbp). Der als Baumschützer und -experte bekannte Dr. ANDREAS STEINER aus Lichterfelde hat jüngst die Eberswalder Baudezernentin und Erste Beigeordnete ANNE FELLNER darauf aufmerksam gemacht, daß in der Altenhofer Straße in Finow, linksseitig in Richtung Lichterfelde, etliche der vor etwa drei Jahren neu gepflanzten Baumhasel infolge Trockenschäden eingegangen sind.



FOTO: ANDREAS STEINER

»In dieser Allee ist es jetzt bereits der zweite Versuch, Alleebäume zu etablieren«, so Dr. Steiner. »Der erste Versuch war die sogenannte Dellmann-Allee, bestehend aus Sandbirken, die im Beisein des damaligen Infrastrukturministers gepflanzt wurden. Bereits hier hat man nach der Pflanzung nicht genügend Sorgfalt walten lassen, rechtzeitig und ausreichend in den Trockenzeiten zu gießen. Viele der dann abgestorbenen Birken wurden durch Baumhasel ersetzt. Man wollte eine gemischte Birken-Baumhasel-Allee schaffen, was meinerseits begrüßt wurde. Doch jetzt macht man den gleichen Fehler noch einmal durch nicht ausreichende Pflege!«

Es liege nicht am trockenen Standort, so der Baumexperte. Dies sei »eine Ausrede, die hier immer gern benutzt wurde«. Die Ursache sei aber unstrittig, daß zu wenig gewässert wurde. »Die Baumhasel weisen vertrocknete Blätter auf, es gab demnach einen Austrieb in diesem Frühjahr, doch jetzt in der Trockenperiode sind sie eingegangen.«

Dr. Steiner fragt deshalb die Dezernentin: »Wer ist für die Pflege, nicht nur Baumschnitt, sondern auch das Wässern, zuständig? Wer kommt für den Schaden auf? Nach meiner Information kostet ein Alleebaum in der entsprechenden Größe einschließlich Pflegemaßnahmen über drei Jahre mittlerweile etwa 1.000 Euro. Die Preise hierfür sind in den letzten Jahren horrend gestiegen. Mich ärgert es sehr, wenn durch solche Nachlässigkeit Steuergelder verschwendet werden.«

Zu den Zielen gehört, möglichst viele Menschen für das Thema Klimaanpassung zu sensibilisieren und für eine Mitarbeit zu gewinnen. Im Rahmen der Konzepterarbeitung gab es daher zwischen Juli 2022 und Februar 2023 drei Expertenworkshops sowie eine digitale Bürgerbeteiligung im Juni/Juli 2022.

Inzwischen liegt der Entwurf für das Leitbild vor mit dem Titel »Gemeinsam für ein lebenswertes grünes Eberswalde - auch in Zukunft«. Demnach soll die Stadt im Rahmen der Klimaanpassung »Strukturen und Prozesse schaffen, die eine stetige und dauerhafte Anpassung an aktuelle sowie sich abzeichnende Klimaveränderungen und deren Folgen ermöglichen. Negative Auswirkungen sollen bestmöglich minimiert, sich ergebende Chancen genutzt werden. Damit sollen die hohe Lebensqualität in der Stadt erhalten und die Widerstandsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner, der Ökosysteme, der Infrastruktur und der Wirtschaft gegenüber dem Klimawandel erhöht werden.«

Im Kiez-Kino im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde läuft am 3. Juli LITTLE MISS SUNSHINE (Tragikkomödie, USA 2006). Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, Eintritt frei. Beginn ist um 18 Uhr.

Klimainitiativen vorgestellt (1): *Bürgerinitiative Pro Wald Hohensaaten*

Seit Mai 2022 engagiert sich diese Bürgerinitiative (Bİ) sehr intensiv für den Erhalt des großen Walgebietes zwischen Oderberg und Hohensaaten nördlich der Alten Oder. Es handelt sich um einen ökologisch sehr wertvollen Wald, der sich in den letzten Jahrzehnten auf einer einstigen militärischen Liegenschaft ungestört entwickeln konnte. Dieser Wald ist so zu einem bedeutenden Lebensraum für viele bedrohte Arten wie Schwarzstorch und Seeadler geworden und hat einen großen Wert als CO₂- und Wasserspeicher sowie als kühlendes Element in dem trockenen Gebiet. Durch ein geplantes Gewerbegebiet mit einem Solarpark sind 370 Hektar des Waldes von Abholzung bedroht.

Die Bürgerinitiative recherchiert die Hintergründe, informiert die Bevölkerung und versucht gemeinsam mit den Verbänden Widerstand zu organisieren. Dabei kommen unterschiedlichste Menschen zusammen, die die Region im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mitgestalten wollen. Durch fachlichen Austausch und die Einbeziehung von Experten ergeben sich vielfältige Lerneffekte in Bezug auf das Waldökosystem sowie den Arten- und Klimaschutz.

Die BI wurde mit einem der beiden dritten Preise des 2022er Umweltpreises von Bündnis 90/Die Grünen Barnim bedacht.

THORSTEN KLEINTEICH

Klimaanpassungskonzept

Eberswalde (bbp). Im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) am 9. Mai stellte Dr. Mady Olonscheck von der B.&S.U. - Beratungs- und Servicegesellschaft Umwelt mbH den aktuellen Stand des »Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Eberswalde« vor. Mit diesem Konzept, das bis Herbst 2023 vorliegen soll, will sich die Stadt Eberswalde angemessen auf Klimaveränderungen vorbereiten.

higkeit der Einwohnerinnen und Einwohner, der Ökosysteme, der Infrastruktur und der Wirtschaft gegenüber dem Klimawandel erhöht werden.«

Zur Umsetzung des zuvor formulierten Leitbildes wurden gemeinsam mit den beteiligten Akteuren die vier Handlungsfelder Umwelt, Mensch, Wirtschaft und Infrastruktur sowie die zwei Querschnittsthemen Bevölkerung und Katastrophenschutz und Informieren & Beteiligen identifiziert und für diese Leitlinien erarbeitet.

Als Leitlinie für das **Handlungsfeld UMWELT** schlägt die Beratungsgesellschaft vor, funktionstüchtige Ökosysteme zu erhalten, auszuweiten und als Lebensgrundlage zu würdigen. Hierzu sind als Anpassungsziele formuliert: die Biodiversität erhöhen, die Biotopvernetzung fördern, Gewässer und Feuchtgebiete schützen, klimaresiliente Wälder schaffen, einen ausgeglichenen Wasserhaushalt sicherstellen, die Bodenfruchtbarkeit erhalten und mehren sowie den Stellenwert von Ökosystemen im Stadtgebiet erhöhen.

Im **Handlungsfeld MENSCH** geht es darum, die Gesundheit der Einwohner zu erhalten und besonders vulnerable (verletzliche) Bevölkerungsgruppen besser zu schützen, nicht zuletzt vor Extremwetter. Ziele sind zudem, ein gesundes Wohnumfeld im Klimawandel zu schaffen, die Widerstandsfähigkeit der Einwohner zu stärken, die Bevölkerung bezüglich klimatischer Gesundheitsrisiken zu informieren und zu sensibilisieren, Gefahren durch invasive Tier- und Pflanzenarten zu verringern sowie die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens sicherzustellen.

Für das **Handlungsfeld WIRTSCHAFT** wird vorgeschlagen, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit ihrer regionalen Unternehmen zu erhalten und klimaangepasste Betriebe zu fördern, um sich ergebende Chancen zu nutzen. Dazu sollen die Unternehmen für Klimafolgen sensibilisiert und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden, die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Extremwetter, Schädlinge, Waldbrände etc.) minimiert, nachhaltige Industriezweige und Branchen gefördert sowie Infrastrukturen für Tourismus und Freizeit geschützt werden.

Schließlich soll im **Handlungsfeld INFRASTRUKTUR, BAUEN UND PLANEN** die städtische Infrastruktur und die sie nutzenden Personen vor Schäden geschützt, die Aufenthaltsqualität und Erholungsfunktion

öffentlicher Flächen erhöht sowie diese als Ausgleichsräume genutzt werden. Hierzu soll die Stadt planerische und bauliche Vorsorge für eine klimaresiliente Stadt betreiben, das Thema Klimaanpassung bei Neubauten berücksichtigen, Bestandsgebäude bestmöglich vor Extremwetter schützen und für Anpassungsmaßnahmen nutzen, die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur im Klimawandel aufrechterhalten und erhöhen, das Grün im öffentlichen Raum multifunktional zu nutzen und im Einklang mit klimaangepasster Innenentwicklung erhalten und qualifizieren, eine funktionierende und ausreichende Wasserversorgung sicherstellen, Flächen als Ausgleichsräume und zur Wasserspeicherung nutzen sowie die Ergebnisse der Stadtklimaanalyse berücksichtigen, um z.B. eine ausreichende Belüftung insbesondere der Innenstadtbereiche sicherzustellen.

Im **Querschnittsthema BEVÖLKERUNGS- UND KATASTROPHENSCHUTZ** geht es um den Schutz von Bevölkerung und kritischen Infrastrukturen vor Extremwetter sowie um die Funktionsfähigkeit des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Hierfür ist beabsichtigt, die Bevölkerung über Gefahren durch Klimawandel und mögliche eigene Anpassungsmaßnahmen aufzuklären, sie während wetterbedingter Gefahrenlagen zu warnen, Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz bei der Bewältigung von Extremwetter zu unterstützen, dafür ausreichende personelle und materielle Kapazitäten sicherzustellen sowie die Zusammenarbeit beim Bevölkerungsschutz zu verbessern.

INFORMIEREN, BETEILIGEN, KOOPERIEREN heißt, die Bevölkerung zu Klimathemen informieren und hierfür sensibilisieren, sie an Aktivitäten zur Klimaanpassung beteiligen und gemeinsam mit weiteren Akteuren der Stadt den Anpassungsprozeß verstetigen. Im einzelnen heißt dies, die Bürger zu motivieren, sich am Anpassungsprozeß zu beteiligen, Multiplikatoren für die Klimaanpassung zu finden und zu aktivieren, die Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren zum Thema Klimaanpassung zu fördern und auszuweiten, Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu Klimaanpassungsmaßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen, Wissen und Erfahrungen zum Thema Klimaanpassung regelmäßig mit anderen Kommunen und Organisationen auszutauschen sowie ihre Rolle als Pionier für die Klimaanpassung zukünftig noch stärker wahrzunehmen.

Peters' Landwirtschaft im Interview (Teil 2):

Bangen um die Existenz

Im März hatten wir Landwirt HANS-CHRISTOPH PETERS aus dem Werneuchener Ortsteil Löhme zur Lage seines Betriebs befragt. Der erste Teil des Interviews erschien in unserer April-Ausgabe. Heute veröffentlichen wir einen weiteren Teil des umfangreichen Gesprächs, das unser Bernau- und Online-Redakteur THOMAS TOBLER mit dem Bauern aus Löhme führte.

Du hast bei den Marktschwärmern vielfach neue Produktangebote gelistet, aber im letzten Jahr auch einige Warenpreise angehoben. Wo liegt das eigentliche Problem?

Ich kann regulär kaum Personal bezahlen und bin auf zusätzliche Hilfe angewiesen. Unser Team profitiert dabei von uneigennützigem Helfern. So habe ich aktuell mit Thomas Knispel (Titelbild BBP 4/2023) einen Helfer gefunden. Er ist total landwirtschaftsbegeistert, ein Kunde, den ich über Marktschwärmer gewonnen hab, der einfach nur Bock hat, mitzuhelfen. Dann gibt es jemanden, der im öffentlichen Dienst arbeitet und noch einen weiteren Helfer, drei Leute insgesamt, die neben ihrer eigentlichen Arbeit einfach Lust haben, ihren Bürostuhl zu verlassen, um direkt mit den Händen was zu machen. Und darüber bin ich sehr dankbar. Diese Helfer sind natürlich nicht immer da, sondern immer nur sporadisch, wenn sie eben mal Zeit haben. Da ist auch mal vier Wochen lang keiner hier, doch dann zwei gleich drei Stunden - und sie sind hochmotiviert. Meine Helfer könnten sowas auch regulär machen, aber das Entgelt, das ich ihnen geben müsste, ist weit weg von dem, was in der Landwirtschaft oder in handwerklichen Berufen überhaupt zu erzielen ist.

Wenn es schon bei der Bezahlung von Helfern eng wird, helfen dann im Absatz erhöhte Verkaufsmengen?

Der Warenabsatz ist seit Februar letzten Jahres extrem eingebrochen. Wir haben teilweise Umsätze, die liegen bei dreißig Prozent des Wertes, den wir ursprünglich hatten. Zum Beispiel die Marktschwärmereien: In Berlin hatten wir pro Woche 70 bis 75 Bestellungen. Wenn wir jetzt an die 25 Bestellungen pro Schwärmerei kommen (März 2023), dann ist das viel. Diese Besteller sind Helden für mich, denn das sind Kunden, die wirklich ganz konsequent regional einkaufen und wissen, daß wir Erzeuger, wenn sie nicht einkaufen, einfach vom Fenster verschwinden. Das ist das Schicksal von jährlich circa zehn Prozent aller kleinbäuerlichen Betriebe, die schließen und nie wieder aufgemacht werden.

Kann dieser Trend gestoppt werden?

Der Trend setzt sich fort, ganz massiv. So verkaufen wir global gesehen gerade unser Handwerk. Ich schaue mir laufend unsere Preise an. Wir steuern natürlich massiv dagegen und machen jede Woche Angebote, um eine Pleite nicht zuzulassen. Wir müssen den Kunden wirklich deutlich entgegenkommen, aber - wir haben

uns wohl über die Jahre einen Ruf erarbeitet, teurer als alle anderen zu sein. Wenn ich einfach mal einen Kilopreis nehme an der EDEKA-Theke und dann bei uns reingucke, da liefern wir für acht Euro fuffzig nur zwei Schnitzel. Aber die passen nicht mal in die Pfanne und die werden auch beim braten nicht kleiner, sind nicht mit Wasser gespritzt. Wenn ich das so gegenhalte, ohne einen direkten Vergleich zu bringen, dann ist das, was wir bringen, letztendlich eine Top-Qualität für mehr oder weniger den gleichen Preis nach Gewicht gerechnet. Da bin ich ein wenig am Verzweifeln.

Welche Handlungsoptionen bleiben dann für einen kleinen Landwirt wie Dich übrig?

Die Frage ist, wie überzeugen wir die Leute, wieder regionaler einzukaufen, um uns kleinbäuerliche Betriebe nicht sterben zu lassen. Es ist übrigens nicht nur ein Problem von Peters' Landwirtschaft. Egal, wer hier regionale Lebensmittel produziert und anbietet. Alle haben mit sich und ihrer Existenz zu tun und das seit einem guten Jahr. Bereits die Osterbestellungen gingen so stark wie noch nie zurück, obwohl die Angebote attraktiv waren. Die Wahrheit ist, es gibt für Kleinanbieter keine staatliche Regulierung und keine Universallösung.

Wie lange also haltet Ihr dann mit eurem Laden so durch wie bisher?

Mein Vater kam Anfang des Jahres zu mir und meinte, er hat sich entschlossen, den Hof sobald es geht abzugeben - verkaufen oder was auch immer. Das ist eine Entscheidung, die für die meisten Bauern irgendwann einmal kommt und nicht zuletzt einen Schlußpunkt zu seinem Lebenswerk setzt. Der Großbrand 2022 sitzt uns noch tief in den Knochen. Diesen Sommer sehen wir nun zu, wie wir uns vielleicht noch anders aufstellen und ob wir hier überhaupt durchhalten. Über den Jahreswechsel zu kommen ist das aktuelle Ziel. Solange werde ich weiterhin die Kunden mit Angeboten in unsere Schwärmereien »locken« und meine Kooperationen prüfen. Ich denke mir dabei auch immer, wir sind schlußendlich nicht ganz allein, sondern umgeben von gleichartig Betroffenen. Im Bürgergut Börnicke beispielsweise engagieren sich ebenfalls tolle Menschen für regionale Landwirtschaft, wie wir sie hier verwirklichen.

Hans-Christoph Peters verkauft aktuell Produkte in 26 Marktschwärmereien (ogy.de/rwbh), darunter in Eberswalde (Thinkfarm, Eisenbahnstr. 92-93, Do 17.30 - 19 Uhr), Bernau (Stadthalle, Hussitenstr. 1, Mi 18 - 19.30 Uhr) und Werneuchen (Am Bahnhof 2A, Fr 17 - 18.30 Uhr).



FOTO: HANS-CHRISTOPH PETERS

26. Mai: H-C Peters holt sich Hilfe durch den Einsatz einer Wärmebild-Drohne für die Heumahd. Im Bild mit Markus Willige vom Verein Kitzrettung Barnim (kitzrettung-barnim.de).

Alt, arm und abgezockt

Erst, wenn der letzte Rentner auf Grundversicherung oder im Pflegeheim ist, wird es Maßnahmen für die Unterstützung zum Überleben geben. Dann wird sich die Regierung damit brüsten, um wiedergewählt zu werden.

Es gibt neue Tarifverträge für öffentlichen Dienst, Post, bald auch Eisenbahn etc.; alle erhalten 3000 Euro steuerfrei, die Beamtgehälter werden der Preisentwicklung laufend angepaßt. Aber die »Zuwendung« von 300 Euro (1/10!) an die Rentner sollen auch noch besteuert werden. Inflation, hohe Energiekosten, neue Heizung im eigenen Häusle bzw. hohe Mieten für Wohnungen (Schwanebecker Chaussee in Bernau: 14-15 Euro/qm).

Wie sagte schon vor Jahren ein Bürgermeister bei gesetzwidrigen kommunalen Forderungen für Wasser und Abwasser: Dann verkaufen Sie doch Ihr Grundstück (CDU, Bernau, 2013). Da wird gemeldet, alle Rentner bekommen ab 1. Juli 540 Euro mehr Rente! Nein, nicht monatlich, sondern jährlich und abzüglich Steuern. Das soll der Ausgleich für 7,3 % Inflation sein. Zugleich plant der olivgrüne Wirtschaftsminister mit seinen »grünen Clan-Strukturen« (Tagesspiegel), der Industrie den Strom zum DDR-Tarif von 6 Cent/kWh kostendeckend zu liefern. Die Bürger zahlen 40 und mehr Cent - damit die Stromkonzerne auch ihren Gewinn machen! Wie bemerkte schon Marx: 100 % Profit und sie stampfen jedes menschliche Gesetz unter ihren Fuß; nicht ohne vorher ihren Verwandten und Trauzeugen lukrative Posten zuzuschancen!

Man merke: In über 30 Jahren Beitritt der neuen Bundesländer in die BRD haben die bisherigen Bundesregierungen eine Gleichstellung der Lebensverhältnisse, des Lohn- bzw. des Rentensystems nicht wirklich fertiggebracht; man wartet wohl lieber auf die biologische Problemlösung!

Auch das ist Diskriminierung!

BERND C. SCHUHMANN | 17

Ukrainische Erfolge

Moskau/Iowa (bbp). Die ukrainischen Streitkräfte haben Ende Mai mehrere Drohnen auf die russische Hauptstadt Moskau abgeschossen. Laut russischen Verlautbarungen sollen alle Drohnen von der Luftabwehr getroffen worden sein oder hätten aus sonstigen Gründen ihre Ziele in Moskau nicht erreicht.

Der US-Fernsehsender NEWSMAX strafte die russische Propaganda Lügen. Sie zeigte Aufnahmen eines eingestürzten Wohnhauses als Folge des ukrainischen Drohnenangriffs auf Moskau. Dabei wurde die ungeheure Leistung der ukrainischen Drohnenkonstrukteure offenbar. Denn dieses eingestürzte Wohnhaus stand gar nicht in Moskau, sondern in Iowa/USA. Die Drohne war zwar etwas fehlgeleitet, das kommt vor, stellte aber zweifellos ihre erstaunliche Reichweite unter Beweis.

Leider entfernte NEWSMAX die Geschichte später aus allen seinen Quellen. Wahrscheinlich unterliegen die überragenden Fähigkeiten ukrainischer Drohnen der militärischen Geheimhaltung. Dies ist zu akzeptieren.

Blumenpanzer in Amsterdam

Amsterdam/Berlin (bbp). Im Zentrum von Amsterdam wurde im Mai der zerstörte russische T-72B-Panzer ausgestellt, der zuvor bereits in Berlin und Groesbeek zu sehen war.

Auch hier schmückten Besucher das 44 Tonnen schwere Kampffahrzeug mit Blumen – wie zuvor in Berlin und Groesbeek. Laut den Veranstaltern symbolisiere das Wrack des russischen Panzers die »Zerbrechlichkeit und Widerstandsfähigkeit der Demokratie in Europa«. Ukrainische Streitkräfte sollen ihn im Dorf Dmitrowka in der Nähe von Butscha, Gebiet Kiew, durch eine Panzermine zerstört haben.

Für die Berliner Aktion wurden die Initiatoren ENNO LENZE und WIELAND GIEBEL inzwischen zur Zahlung einer Geldstrafe von 806,20 Euro für die unerlaubte Nutzung von kommunalem Eigentum verpflichtet. Für ihre Aktion auf 43,08 Quadratmetern Straßenfläche hätten sie eigentlich Gebühren zahlen müssen, was sie versäumten. Die Initiatoren hatten die Aufstellung des Panzers als »Kunstaktion« deklariert und die Umsetzung erst nach einem längeren Rechtsstreit durchsetzen können. Eine Demonstration wäre gebührenfrei gewesen. Allerdings hätte hier das zuständige Bezirksamt Mitte den Ort ändern können. Als »Kunstaktion« war es dann möglich, die Kanone des Panzers provokativ auf die russische Botschaft zu richten. Viele Berlinerinnen und Berliner bestückten den Panzer dann während der vier Aktionstage mit zahlreichen Blumen, um den Opfern des Krieges zu gedenken. Pro-ukrainische Aktivisten versuchten immer wieder, die Blumen abzuräumen, letztlich mit wenig Erfolg.

Normal ist das nicht

Nun gehen die Kämpfe im russischsprachigen Donbass schon in den fünfzehnten Monat (nach den acht Jahren davor) und nach heftigen Kämpfen erklärt der russische Aggressor die Stadt Bachmut für »befreit«. Die Verteidiger, die ukrainische Armee, hielten noch ein paar Siedlungsobjekte und behaupteten, »Teile der Stadt« seien noch unter ihrer Kontrolle. Aber das sind nur noch semantische Fragen.

Durch die Erklärung der Stadt zur Festung hat es Kiew geschafft, die urbanen Flächen in eine apokalyptische Mondlandschaft verwandeln zu lassen. So wie es Hitler mit Königsberg und Breslau geschafft hat. Schuld daran hat und hatte natürlich der Russe!

Man stelle sich vor, die Russen wollten Eberswalde erstürmen, vorneweg mit ihren besten Einheiten, die aus Kriminellen bestünden. Natürlich würde sich die Bundeswehr mit ihren Maschinengewehren und Panzerabwehrstellungen in den oberen Stockwerken der Wohnblöcke einquartieren, meinetwegen in der Brandenburger Allee oder der Robert-Koch-Straße, und die Bewohner zögen freiwillig in den Keller und versorgten die Helden mit warmer Mahlzeit vom Spirituskocher.

Was würde passieren? Wie lange würde es dauern, bis die oberen Stockwerke einige Trefler abbekämen und das Haus abbrennen würde? Natürlich müßte man dann die nächste Stellung aufbauen, vielleicht in der Cottbuser Straße oder der Grabowstraße. Und das schreckliche Spiel würde von neuem beginnen. Wie lange würde es dauern, bis die Stadt komplett zerstört wäre? Einfacher wäre es, gleich die Stadt mit Flugzeugen zu bombardieren, damit nichts für die »Barbaren« übrig bleibt. So würde man deutsche Soldatenleben retten.

Polnischer Umbau des Hauses Europa?

Der polnische Botschafter in Paris, Rosceszewski, kündigte im März in einem Interview an, daß für den Fall einer ukrainischen Niederlage Polen selbst in den Krieg einzutreten beabsichtigt! Ein gefährlicher Nachbar, wenn man bedenkt, daß Polen Nato-Mitglied ist und ein polnischer Krieg ein Nato-Krieg wäre.

Vielleicht sollte die polnische Regierung sich erinnern, daß sie schonmal vergeblich auf die Hilfe ihrer Garantiemächte wartete. Frankreich und Großbritannien sicherten 1939 vollmundig Hilfe gegen Deutschland zu, taten aber nichts. Hier sind wohl suizidale Züge polnischer Politik gegenüber Rußland erkennbar. Dazu gehört auch die polnische Ankündigung, die russische Stadt Kaliningrad (ehemals Königsberg) polnisch umzubenennen: Krolowiec. Okkupation in Planung?

Der Führer der »freien Welt« stellt sich hin und feiert öffentlich den Tod von 100.000 Russen in der Schlacht um Bachmut als einen Erfolg. Abgesehen davon, daß wahrscheinlich davon gut die Hälfte Ukrainer waren, hätte eigentlich sofort ein Krankenwagen erscheinen und nette weißgekleidete Herren den Präsidenten zum Einsteigen bitten müssen.

Ein deutscher CDU-Politiker stellt sich hin und fordert, daß die Regierung, so wie die Briten es tun, Marschflugkörper deutscher Produktion für die »Verteidigung der Ukraine« zur Verfügung stellt. Angenommen, solch ein »Taurus«-Geschoß käme durch die russische Luftabwehr, was soll mit dem Ding passieren? Soll es »irrtümlich« vom Weg abkommen und einen ostukrainischen Kindergarten treffen, in dem 33 unschuldige kleine Kinder spielen? Wer will dann für die 33 kleinen Engel verantwortlich sein, die von ihren Eltern betrauert werden? Der CDU-Mann wüsche seine Hände in Unschuld.

Nein, Krieg ist nicht normal! Und Papst Franziskus mahnt, man darf sich nicht an ihn gewöhnen. Wer hat hier den Verstand verloren? Der, der sich für sofortigen Waffenstillstand ausspricht oder der (besser gesagt die), die sich für die Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine einsetzt? Womit kann man Menschenleben retten? Mit weiteren Mordwerkzeugen? Es geht hier nicht um Leben und Freiheit. Es geht einzig allein um Macht und Machteinfluß. Da wird kein Fußbreit aufgegeben, egal ob Hunderttausende dabei sterben. Die, die weitere Mordwaffen fordern, müßten eigentlich sofort in Behandlung, am besten gleich in eine gut gesicherte Forensikabteilung eines psychiatrischen Krankenhauses. Gut, damit kann Eberswalde dienen...

JÜRGEN GRAMZOW

Die Politik der national-konservativen Regierung zur Schaffung eines eigenen polnischen russophoben militärisch-industriellen Komplexes, verbunden mit einer extensiven Aufrüstung des Militärs bei gleichzeitiger Erhöhung der Personalstärke auf 300.000 Mann, machen diesen »Partner« zu einer tickenden Zeitbombe für das gemeinsame Haus Europa. Beifall kommt aus Washington!

Neben den Zensuren polnischer Regierungsvertreter für deutsche Politik, trotz offensichtlich eigenen rechtsstaatlichen Schwächen, gebärdet sich Polen nicht grad wie ein Bündnispartner, mögen die Reparationsforderungen auch berechtigt sein.

Wer braucht dann noch Feinde, wenn er solche Freunde hat.

BERND C. SCHUHMAN

Leopardensterben in der Ukraine

Im Wehrmachtswochenschauen-Duktus titelte BILD am 8. Juni auf der Internetseite: »Jetzt stoßen deutsche Leopard-Panzer vor«. Die ganze Welt habe darauf gewartet.



FOTO: © SCREENSHOT: TELEGRAM / MINIFOLIVE

Achtzig Jahre nach den Panzerschlachten im Kursker Bogen heißen die deutschen Panzer nicht mehr »Tiger« und »Panther«, sondern »Leopard«. Der Zweck ist der gleiche: »Rußland muß verlieren lernen wie Deutschland 1945«, wie es der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter im November 2022 formulierte.

Die »Schmach der Niederlage« auszuwetzen bleibt für die in schöner Nazitradition stehenden BRD-Politiker aber nur vordergründige Genugtuung, denn auch die dahinter stehenden politischen und ökonomischen Ziele sind ganz die alten: der ungehinderte Zugriff auf die reichen Ressourcen Rußlands, was die Zerschlagung und Beherrschung des russischen Staates voraussetzt.

Wie schon vor achtzig Jahren im Kursker Bogen scheint das nicht ganz so zu klappen, wie sich das die Schreibtischkrieger bei BILD & Co. so vorstellen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums verloren die ukrainischen Streitkräfte allein am 8. Juni bis zu 1.240 Soldaten und 39 Panzer. Wie ein Foto aus dem Gebiet Saporoschje beweisen soll, gehört zu den von den russischen Streitkräften abgeschossenen Panzern auch mindestens ein Leopard 2 der neuesten von der Bundeswehr an die Ukraine abgegebenen Version A6.

Wie viele Leos an diesem ersten Kampfeinsatz an der Front teilnahmen und wie viele davon zerstört wurden, ging aus den vorliegenden Meldungen nicht hervor. Inzwischen soll schon ein Viertel der gelieferten Leopard 2 zerstört oder erbeutet sein. Die ersten »Trophäen« sollen bereits ins russische Hinterland abtransportiert worden sein. Hinzu kommen 15 Prozent des ukrainischen Bestandes an dem modernen US-Schützenpanzer Bradley und, was bedeutsam für künftige Gefechte sein könnte, die Hälfte der von Finnland ge-

lieferten Minenräumpanzer Leopard 2R in einem einzigen Gefecht in der Nähe von Orechow im Gebiet Saporoschje. Die finnische Armee hatte alle ihre auf dem Leopard 2 basierenden Minenräumpanzer an die Ukraine abgegeben. Zyniker könnten behaupten, die Finnen wollten den Schrott günstig loswerden, weil das Zeug nichts taugt. Wahrscheinlicher ist, daß die Dinger von den Ukrainiern ohne den nötigen Schutz aus der Luft und durch Artillerie eingesetzt wurden, schlicht, weil die ukrainische Armee gerade bei diesen Komponenten hoffnungslos unterlegen ist und keine Aussicht besteht, daß sich daran etwas ändert.

Widersprüchliche Angaben gab es dazu, ob die Anfang Juni begonnenen massiven Angriffe bereits zu der lange angekündigten Frühjahrsoffensive der ukrainischen Armee gehören. Sicher ist lediglich, daß die ukrainischen Streitkräfte bei ihren Angriffsversuchen schreckliche Verluste erleiden – was am 9. Juni sogar bei BILD zu erfahren war – ohne daß die Ukrainer auf irgendwelche Erfolge verweisen können (Stand 20. Juni).

Ob die ukrainische Armee bei ihrem brachialen Abtasten der russischen Verteidigungslinien vielleicht doch noch eine Lücke findet und den erhofften Geländegewinn erzielen kann, bleibt offen, scheint aber eher unwahrscheinlich. Sicher ist, daß tausende Soldaten sterben und sterben werden und mit ihnen auch viele der westlichen Waffen, einschließlich der deutschen »Raubtiere« im mörderischen Inferno des russischen Abwehrfeuers ihr Ende finden werden.

Was wird passieren, wenn die angesammelten strategischen Reserven der Ukraine auf dem Schlachtfeld verbrannt sind?

GERD MARKMANN

(vgl. »Die dritte Staffels«, BBP 2/2023)

»Rußland ist kein Aggressor«

ELENA KOLBASNIKOWA ist Ukrainerin. Sie ist vor dem Krieg in ihrem Land geflohen und lebt nun in der BRD. Hier wurde sie am 6. Juni vom Kölner Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 900 Euro verurteilt (30 Tagessätze à 30 Euro). Die aus dem Donbass stammende Ukrainerin billigt nach Auffassung der Richterin DENISE FUCHS-KANINSKI den »russischen Angriffskrieg«. Kolbasnikowa hatte im Mai 2022 in einem Interview mit Bild-TV gesagt: »Rußland ist kein Aggressor. Rußland hilft, den Krieg in der Ukraine zu beenden.«

Diese Aussage ist in der BRD aktuell nicht strittig, sie ist verboten. Sie wird nach Auffassung des Gerichts nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. »Spätestens an dieser Stelle müßten alle Alarmglocken läuten«, meint dazu der Blogger Gert Ewen Ungar¹. »Wer das Urteil und den dahinter stehenden Paragraphen nicht für bedenklich hält, sollte sein Verhältnis zum Begriff der Meinungsfreiheit überprüfen. Das gilt selbst dann und erst recht, wenn man selbst meint, die Auffassung, Rußland hätte die Ukraine überfallen, sei richtig. Man muß sich der Aussage Kolbasnikowas nicht anschließen, aber wenn man sie verbietet, unterbindet man jede weitere Diskussion über die Ursachen des Krieges und damit auch die Suche nach funktionierenden Lösungen.«

Als ehemalige Bewohnerin des Donbass weiß Elena Kolbasnikowa, daß der Krieg der ukrainischen Zentralregierung gegen die mehrheitlich von russischsprachigen Menschen besiedelten Gebiete im Osten und Süden des Landes bereits im Jahr 2014 begann. Etwa 14.000 Menschen fielen diesem Krieg zwischen 2014 und 2022 zum Opfer. Als am 24. Februar 2022 die russischen Truppen die Grenze zur Ukraine überschritten, war das für viele der Donbass-Bewohner eben keine Aggression, sondern die lange erwartete Hilfe zur Beendigung des brutalen Krieges der Kiewer Regierung gegen ihr eigenes Volk im Donbass. Daran ändert auch das Kölner Urteil nichts.

Vor dem Kölner Amtsgericht demonstrierten am Tag der Urteilsverkündung übrigens sowohl Unterstützer als auch proukrainische Aktivisten. Letztere hielten ein Plakat hoch mit der Aufschrift »Putin und seine Nazis töten.«, berichtete der deutsche Staatssender Deutsche Welle (DW)². Sehr wahrscheinlich wird dieser Mordaufruf durch die Meinungsfreiheit gedeckt und muß nicht nach Strafgesetzbuch § 111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten verfolgt werden. In der BRD sei eben nicht erlaubt, alles zu sagen, erläuterte die Richterin laut DW.

G.M.

1 – Gerd Ewen Ungar schreibt u.a. für neulandrebellen.de, nachdenkseiten.de, für RT Deutsch. und lebt seit 2022 in Moskau, weil er sich in der BRD wegen seiner Meinung bedroht fühlte.

2 – <https://www.dw.com/de/wie-putins-fangirl-in-k%C3%B6ln-verurteilt-wurde/a-65852414>

Die Ukraine hat von ihren internationalen Partnern seit der Ausweitung des bis dahin schon acht Jahren in der Ukraine wütenden Krieges infolge des offiziellen Eingreifens Rußlands bis Dezember 28 Milliarden US-Dollar an finanzieller Unterstützung erhalten. Dies gab die Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin der Ukraine Julia Swiridenko bei einem Briefing am 22. Dezember 2022 bekannt.

Zugleich gab sie bekannt, daß das Haushaltsdefizit ihres Landes mehr als 20 Prozent des BIP betrage. Wohlgermerkt, des Bruttoinlandsprodukts, nicht des Staatshaushalts. Um im Jahr 2023 über die Runden zu kommen, müsse die Ukraine nach Auffassung der Ministerin »38 Milliarden US-Dollar aufreiben«. Die Europäische Union habe bereits zugesagt, der ukrainischen Regierung mit 18 Milliarden US-Dollar zu helfen, davon das meiste nicht als Zuschuß, sondern als Kredit. »Wir planen, die Differenz durch Anleihen beim IWF und den Vereinigten Staaten zu überbrücken«, so Swiridenko weiter. Bis Ende 2022 würden die internationalen Finanzhilfen 31 Milliarden

Sing Mit!

Für Gesangsbegeisterte gibt's mit Sascha Lej zum Sommeranfang (Freitag, 23.6., 18 Uhr) im Bildungsbürgerzentrum Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13, Eberswalde) ein offenes Chorsingen: Kreislieder, Kanons und leichte Chorsätze zum zusammen Spaß haben.

Warnstreik in der Pflege

Bernau (bbp). Über 100 Beschäftigte im Pflegebereich beteiligten sich am 19. Juni an dem von der Gewerkschaft ver.di in Bernau organisierten Warnstreikauftakt. Aufgerufen waren die Beschäftigten der Volkssolidarität und der Gemeinnützigen Gesellschaft für Alten- und Behindertenpflege mbH (GGAB), die sich in Bernau zu einer Demonstration und Kundgebung trafen. Mit kämpferischen Parolen zogen die Kolleginnen und Kollegen vom Streikposten der GGAB bis auf den Marktplatz in Bernau, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Unternehmen hatten mit ver.di einen Notdienst verhandelt, um Leib und Leben der Betreuten nicht zu gefährden.

»Wir waren jetzt lange genug ruhig, jetzt ist es an der Zeit, daß wir gehört und ernst genommen werden«, so Sylvia Papendorf, die so vielen Streikenden aus der Seele sprach. Die Gewerkschaft ver.di fordert ab 1. Januar 2024 für die rund 3.500 Beschäftigten eine Angleichung der Tarifregelungen und Entgelte an die Tarifregelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie die Zahlung eines Inflationsausgleiches im Jahr 2024. Eine Tarifeinigung war bislang nicht möglich. Am 13. Juli werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Was wird nach dem Krieg?

von Gerd Markmann

Dieser Text ist schon etwas abgelagert, was bei diesem Thema durchaus nicht negativ bewertet werden sollte, weil so kurzfristige Gefühlsanwandlungen eine geringere Rolle spielen, wie auch das aktuelle Frontgeschehen in der Ukraine. Der Text wurde Ende Januar/Anfang Februar aufgeschrieben und nicht verändert. Die genannten Zahlen sind somit möglicherweise nicht ganz aktuell, was an der prinzipiellen Einschätzung allerdings nichts ändern dürfte.

US-Dollar übersteigen. Ende 2023 wären also mindestens runde 70 Milliarden US-Dollar erreicht, das meiste davon als Kredit.

Ein großer Teil von dem Geld landet am Ende in den Waffenschmieden im Westen, die den großen Reibach machen. Das überrascht natürlich nicht, dürfte vielmehr von den Mächtigen im Westen, die den Krieg in der Ukraine mit den Krediten an die Ukraine am Laufen halten, genau so gewollt sein. Das ist nichts weiter als Wirtschaftsförderung, natürlich nur für die Rüstungswirtschaft.

Problematischer dürften die Folgen der Verschuldung der Ukraine sein. Falls die Ukraine siegt, ist aus westlicher Sicht alles in Ordnung. Für die hochverschuldete Ukraine bleibt auch alles, wie es ist, denn schon jetzt ist sie ein völlig vom Westen abhängiger Vasallenstaat. Die westlichen Geldgeber könnten im Falle des ukrainischen Sieges auf Rückzahlung der Darlehen hoffen oder eben auf Übernahme der immobilien Vermögensgegenstände der Ukraine. Hinzu kommt, daß der Wiederaufbau nach dem Krieg für westliche Unternehmen hervorragende Investitionschancen bieten dürfte – wobei auch dieser zunächst durch westliche Kredite zu finanzieren wäre.

Was aber passiert, wenn Rußland auf dem militärischen Schlachtfeld als Sieger hervorgeht? Dafür spricht aktuell einiges. Was bliebe dann vom ukrainischen Staat übrig? Polen wird ganz sicher die Westukraine um Lwow »heim ins Reich« retten. Die von Ungarn oder Rumänen bewohnten Grenzregionen könnten sich diesen Ländern anschließen. Eine verbleibende Restukraine westlich des Dnjep, nach einem russischen Sieg sehr wahrscheinlich abgeschnitten vom Schwarzen Meer, hätte als eigener Staat keinerlei eigenständige ökonomische Überlebenschancen, zumal die bisherigen Staatsschulden bei diesem völkerrechtlichen Restsubjekt verblieben.

Von einer Rückzahlung der Kredite von zig-Milliarden US-Dollar könnte jedenfalls kaum eine Rede sein. Je mehr Geld in die Ukraine in Form von Darlehen investiert wird, desto größer muß das Interesse der Gläubiger sein, daß die Ukraine siegreich aus diesem Krieg hervorgeht. Je mehr die ukrainische Armee an den Fronten unter Druck gerät, desto höher der Zwang, der Ukraine zu helfen. Zur Not auch militärisch – nicht nur indirekt, wie das zunehmend seit Beginn des Ukrainekriegs 2014 geschieht – sondern vielleicht auch irgend-

wann ganz direkt. Alle aktuellen Entscheidungen der westlichen Regierungen, auch die der BRD-Regierung, laufen darauf hinaus.

Die Gefahr eines III. Weltkrieges ist real.

Allerdings relativiert sich das Gläubigerinteresse, wenn man über die unmittelbaren ukrainischen Verbindlichkeiten hinaus blickt. Allein die BRD stellt für die westliche Rüstungsindustrie via »Zeitenwende« 100 Milliarden Euro per Kreditaufnahmen zur Verfügung. Kürzlich folgte ein »Doppelwumms« im Volumen von 200 Milliarden Euro. All das auf die BRD beschränkt.

Im Vergleich dazu reduzieren sich die 70 Milliarden US-Dollar zu den sprichwörtlichen Peanuts. Zumal das Geld ohnehin größtenteils im Westen verbleibt und die dortige Produktion, insbesondere die Rüstungsproduktion, fördert. Ein tatsächlich direktes Eingreifen in den Konflikt würde diesem Geschäftsmodell nicht unbedingt entsprechen.

Um zu der in der Überschrift formulierten Frage zurückzukommen: Aus der Sicht jener im Westen, die von diesem Krieg profitieren, deren Rüstungskonzerne daran verdienen und die Rußland »im Zaum« halten wollen, sollte es wohl kein »nach dem Krieg« geben.

Die Ukraine als »nachhaltigen« Konflikt her zu erhalten, liegt vermutlich am ehesten im Interesse dieser Mächtigen, die sich um die Vereinigten Staaten scharen. Die Folge sind immer weitere Waffenlieferungen, um eine Niederlage der Ukraine zu verhindern, und den Konflikt langfristig am Laufen zu halten. Daß Rußland von der Ukraine nicht besiegt werden kann, ist ohnehin allen Beteiligten klar.

Rußland wird eine solche Entwicklung verhindern wollen, sich also wohl kaum ohne Zwang auf einen »eingefrorenen Konflikt« einlassen. Und Rußland besitzt sehr wahrscheinlich das militärische Potential und genügend Reserven, den Konflikt in der Ukraine siegreich zu beenden, während die westlichen Nachschubkapazitäten inzwischen an ihre Grenzen kommen. Wobei auch hier mittlerweile gegengesteuert wird.

Der Westen, also die NATO unter Führung der USA, kann das akzeptieren oder in den globalen Krieg übergehen, der letztlich das Ende der menschlichen Zivilisation überhaupt bedeuten wird.

Dann wird es – zumindest für die Menschheit – kein »nach dem Krieg« geben.

An deportierte Sinti erinnert

Bernau (prest-ber). Auf dem Bahnhofsvorplatz von Bernau in unmittelbarer Nachbarschaft zum ODF-Denkmal wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Bernauer Sinti in den Boden eingelassen und in einer feierlichen Zeremonie am 16. Mai eingeweiht.

»Ich bin stolz, daß Bernau als eine von wenigen Städten im Land, einen Erinnerungsort für die Sinti geschaffen hat. Deshalb danke ich den Stadtverordneten, daß sie im Jahr 2019 den Beschlussvorschlag eingebracht hatten, einen Erinnerungsort für Sinti zu schaffen«, so Bürgermeister ANDRÉ STAHL. Gemeinsam mit PETRA ROSENBERG, der Vorsitzenden des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. enthüllte er die Gedenktafel. Anschließend wurden alle 34 Namen der Deportierten verlesen und jeweils eine weiße Rose niedergelegt. Auf der Tafel sind folgende Zeilen zu lesen:

Die Stadt Bernau erinnert und gedenkt der Sinti, die in der Nähe des Bahnhofs wohnten. Kinder, Frauen, Männer wurden in Folge der rassistischen Ideologie und Politik der Nationalisten am 8. März 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.

Die inhaltliche Gestaltung der Tafel koordinierte die Bernauer Verwaltung mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V., den Stadtverordneten und Vertretern der Bürgerschaft. »Ihnen allen insbesondere der Landesvorsitzenden Petra Rosenberg, der Kulturausschussvorsitzenden Dagmar Enkelmann, Dieter Korczak und Sabine Oswald-Görzt danke ich für die Umsetzung des Projektes. Damit erinnern wir mit einem sichtbaren Zeichen. Denn bis heute wird von vielen vergessen, daß dem Völkermord der Nationalsozialisten auch 500.000 Sinti und Roma zum Opfer fielen«, so der Bürgermeister.

Petra Rosenberg erinnerte an den Gedenktag des Widerstands der Sinti und Roma am 16. Mai 1944 gegen ihre eigene geplante Vernichtung im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. »Mein Vater war als 17-Jähriger beteiligt an diesem Aufstand gegen die geplante Ermordung. Ermordung, Ausgrenzung, Deportationen - das alles ist geschehen und Teil unserer Geschichte. Deshalb ist die Einweihung heute ein wichtiges Zeichen der Mahnung. So etwas darf sich nie wieder wiederholen«, so Petra Rosenberg. Sie erinnerte außerdem daran, daß ein Großteil der Bernauer Sinti-Familien im unmittelbaren Umfeld zum Bahnhof lebte. Ebendort wurden sie auch 1943 via Berlin ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo sie wie unfassbar viele andere Menschen starben. »Zum anderen ist der Bahnhofsvorplatz seit vielen Jahren der Ort der Erinnerungskultur in unserer Stadt. Hier am am ODF-Denkmal gedenken wir Jahr um Jahr den Opfern des Faschismus im Allgemeinen und nun auch den Sinti im Besonderen«, so André Stahl.

An der Einweihungsfeier nahm auch Brandenburgs Kulturstaatssekretär Tobias Dünow teil und sprach: »Ich finde es sehr wichtig, daß in Bernau an prominenter Stelle erinnert wird. Der Gedenkort im Zentrum von Bernau erinnert nicht nur eindrücklich an die NS-Verbrechen an Sinti und Roma und deren jahrhundertelange Ausgrenzung - er hat auch eine deutliche und wichtige Botschaft für die Gegenwart: Sinti und Roma gehören zu unserer Gesellschaft, unserer Geschichte, unserer Kultur«.

Die Gedenktafel aus Bronze fertigte der Bildhauer Reinhard Jacob aus Panketal. In einem weiteren Schritt wird daran gearbeitet, die Idee einer Stele mit allen Namen der Opfer am Gedenkort umzusetzen.



Foto: THOMAS TOBIER

Aus der Rede von Dr. Hildegard Bossmann, Stadtverordnete und Mitglied im Stadtvorstand Die Linke Bernau:

»Ich möchte uns einen Aufruf der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz von 2008 mit auf den Weg zu unserem nächsten Gedenken mitgeben: Gedenken bedeutet, sich der Verkehrung von Recht und Unrecht bewußt zu werden, sich der von Vielen begangenen Schuld und des Versagens zu erinnern und sich der Frage nach der eigenen Verführbarkeit und Verwicklung in Unrecht zu stellen. Gedenken fordert dazu heraus, Verantwortung zu übernehmen für die Menschenwürde und das gleiche Recht des Anderen, insbesondere der Schutzlosen, Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen...«

Buchtipp: Dieter Korczak »Sinti und roma in der Stadt Bernau bei Berlin«, 68 Seiten, Stadt Bernau bei Berlin 2019, ISBN 978-3-00-061750-8

Erinnern an die Helden des Warschauer Ghettos

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte anlässlich des 80. Jahrestages der Vernichtung des Warschauer Ghettos die polnische Hauptstadt. Er tat dies gemeinsam mit dem Präsidenten Israels, Isaac Herzog.

Steinmeier hielt dort als erster der bisher zwölf Bundespräsidenten der BRD eine würdige Gedenkrede und bat im Namen der BRD um Entschuldigung für dieses rassistische Kriegsverbrechen der deutschen Faschisten. Glückwunsch, besser zu spät als nie! Eine höfliche, wenig bedeutsame, defizitäre Entschuldigung!

Es fiel gar nicht auf, daß in der Rede eine Entschuldigung fehlte für das jahrzehntelange Schweigen darüber, daß in der Bundesrepublik unter anderen einer der Befehlshaber der faschistischen SS, der »Henker von Warschau«, SS-Gruppenführer und General der Waffen-SS

Heinz Reinefahth nach 1945 straffrei überleben durfte und zwar als Bürgermeister auf Sylt und Abgeordneter des Landtages von Schleswig-Holstein. (BBP 2/2012)

Was hatte Reinefahth getan? Nun, als »Höherer SS- und Polizeiführer Warthe« befehligte er von August bis Oktober 1944 die Truppen zur Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Es waren »nur« 200.000 Polen, die den brutalen Massenmorden seiner Soldateska zum Opfer fielen. Die Altstadt Warschaus wurde dabei dem Erdboden gleich gemacht.

Dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda muß ja wohl bei diesem Treffen ungemütlich

gewesen sein, hat doch seine PiS-Regierung 2021/2022 mehrere Historiker juristisch verfolgt, weil sie die polnisch-nationalistische Geschichtsklitterung über den Holocaust und die Beteiligung polnischer Bürger öffentlich angeprangert hatten. Der polnische Kulturminister, dem die Akademie der Wissenschaften untersteht, hat erklärt, er habe angewiesen, diesen Historikern jede Art von materiellem und finanzieller Förderung zu entziehen.

Wie können wir von der Aktivistin Louisa Neubauer lernen: Doppelmoral ist besser als gar keine Moral!

Aufgespießte Menschenrechte in der »Zeitenwende«

Frau Annalena Charlotte Alma Baerbock, Außenministerin für das Wahre, Schöne und Gute, hat doch recht: »Wir führen Krieg gegen Rußland«. Bundeskanzler Scholz wird beim nächsten Umfallen 4.000 Soldaten ins Baltikum, die ehemals ostpreußische Provinz, schicken. Kriegsminister Pistorius schickt 110 Leoparden (nicht aus dem Tierpark) aus deutschen Rüstungskonzernen in die Ukraine. Und Ex-Botschafter Melnyk meint, nur US-Kampffjets zu brauchen, damit die ukrainischen NATO-Stellvertreter Rußland erfolgreich angreifen können. Voraussichtlich wird die Bundesregierung in Berlin bald TAURUS-Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 Kilometern liefern, die die Tiefen Rußlands erreichen können und damit den »größten ukrainischen Feldherrn aller Zeiten« befähigen, die NATO unmitttelbar in den Krieg gegen Rußland zu führen.

Doch schon fordert Selensky von der BRD Eurofighter-Kampffjets! Und wen wundert es, daß selbst das ZDF meldet, daß es sich bei den »russischen Patrioten«, die ins Gebiet Belgorod einfielen, um russische Neo-Nazis handelt, die mit US-amerikanischer Technik aus der Ukraine in Rußland einmarschierten?

Man stelle sich realistisch vor: die Erben Bonapartes und Hitlers »Seit an Seit« mit den Erben Banderas und deutscher Kriegstechnik gegen Rußland. Frau Baerbock: »Wir führen Krieg gegen Rußland«!

Zeitenwende heißt Systemwechsel, koste es, was es wolle. Wie wir wissen, geht es dabei nur um die Durchsetzung der Menschenrechte. Helmut Schmidt, Bundeskanzler (1974-82), sagte einst: »Menschenrechte sind eine Erfindung des Westens. Ich bin wahrscheinlich stärker am Frieden interessiert als an den Menschenrechten. Wegen meiner Kriegserfahrungen.«

Die Erfindung der Menschenrechte stammt aus dem 18. Jahrhundert und wurde im wesentlichen erfunden von Sklavenhaltern in den entstehenden USA. Sie hießen George Washington und Thomas Jefferson. Letzterer nannte mehr als 600 Menschen sein Eigentum, mehr als jeder andere Präsident. Insgesamt zwölf von den achtzehn US-Präsidenten zwischen 1779 und 1877 besaßen Sklaven, einige sogar noch während ihrer Amtszeit.

Mit der Weisheit des ketterauchenden Altkanzlers kann das derzeitige politische Personal in der BRD-Regierung nichts anfangen. Als die Außenministerin Baerbock jüngst zu Ostern nach Peking reiste, um China zur Verurteilung des Ukraine-Krieges zu bewegen, hielt sie gleichzeitig den Chinesen einen Vortrag über die Menschenrechte und provozierte ihre Gastgeber mit Schulmeistereien zu Taiwan. Die Chinesen schwiegen höflich, aber eisern. Sie behandelten die deutsche Außenministerin wie einen Platzregen auf dem Platz des himmlischen Friedens – ein vorübergehendes Ereignis, ohne weiteren Belang.

Baerbock sollte ihre Amtsbezeichnung als Außenministerin ablegen und sich fortan *Ministerin für das Wahre, Schöne und Gute* nennen. Bei ihrer Standpauke hatte sie den idealistisch gesinnten Teil des deutschen Publikums fest im Blick. Für eine Wirkung, die über bloße Worte hinausgeht, interessiert sich diese Frau nicht. Die Chinesen können sie und ihre feministische Außenpolitik getrost ignorieren, was sie auch tun.

»Zeitenwende« ist laut Scholz die atomare Teilhabe. Und wenn der US-Präsident den Auftrag an die Bundeswehr erteilt, sie solle amerikanische Atomwaffen nach Rußland bringen und dort abwerfen, dann darf Gehorsam erwartet werden. »Zeitenwende und Meilenstein« ist auch, wenn das Klimaministerium Habecks feststellt, daß es doch noch einen »Vetter mit Trauzeugen« gibt, der nicht auf Staatskosten versorgt ist! Übrigens was so ein Staatssekretär oder eine Bildungsministerin als »Ruhegeld« beziehen, das gibt die Ministerin für das Wahre, Schöne und Gute allein schon für ihre Visagistin aus; da hat sie noch nicht mal High Heels oder ein neues Kleid an: Wofür also die Aufregung?

Aus Alternativwolle-Strickpullover tragenden und belächelten Laienpolitikern wurden längst olivgrüne Kriegsbefürworter auf dem Wege zu klimaschonend umerzogenen Neumenschen!

BERND C. SCHUHMAN

Open Air Sommerkino erfolgreich gestartet

Am 17. Juni war es soweit. Auf dem Gelände des Gutes Hobrechtsfelde startete die Veranstaltungsreihe »Open Air Sommerkino Hobrechtsfelde« in ihre erste Saison.

Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten im Frühjahr unter www.kunstbrueckepanketal.de über die Filmauswahl abstimmen (BBP 2/2023). Insgesamt wurden rund 1.800 Stimmen für die dreißig zur Auswahl stehenden Filme in drei Kategorien abgegeben.

In der Kategorie Krimi wurde nun als erster der amerikanische Mystery-Thriller »Shutter Island« mit Leonardo die Caprio gezeigt. Bereits um 20 Uhr trafen die ersten Interessierten ein, um sich einen Platz in der »ersten Reihe« zu sichern. Auch das Wetter hatte ein Einsehen und eine wärmende Sonne am fast strahlend blauen Himmel tauchte das Gutsgelände in ein warmes Licht.

Bevor der Film mit dem Sonnenuntergang gegen 21.45 Uhr begann, konnten sich die Zuschauerinnen und Zuschauer am Imbißstand von Gastronom Christoph Reckert mit Wiener Würstchen und Getränken stärken oder

eine Tüte frisch zubereitetes Popcorn kaufen – Kinofeeling inklusive.

Gegen 0 Uhr machten sich die Teilnehmer dann auf den Heimweg. Das leichte Frösteln, das den einen oder anderen überkam, war wahlweise der zwischenzeitlich abgekühlten Luft oder der schaurig intensiven Krimihandlung zuzuschreiben.

»Wir freuen uns, daß die Premiere unseres neuen Angebots so gut geklappt hat«, sagt Kunstbrücken-Vorstand Niels Templin. »Das Wetter hat uns bis zuletzt im Ungewissen gelassen, ob wir die Veranstaltung durchführen können oder nicht. Gut, daß der Regen pünktlich aufgehört hat. So können wir zuversichtlich auf die nächsten geplanten Filmvorführungen blicken«.

THORSTEN WIRTH

Weitere Termine sind: 15. Juli (Komödie: »Die fabelhafte Welt der Amelie«) und 19. August 2023 (Kultfilm: »Dirty Dancing«). Die Filmvorführungen beginnen um 21.30 Uhr im Gut Hobrechtsfelde (Hobrechtsfelder Dorfstraße 45). Der Eintritt kostet 7 Euro. Nähere Informationen gibt es unter www.kunstbrueckepanketal.de.



Foto: THORSTEN WIRTH

Terror gegen Freiheitstheater

Dschenin, ein palästinensisches Flüchtlingslager im Nordosten des Westjordanlandes mit 14.000 Einwohnern ist seit jeher ein Zentrum des Widerstands gegen das Besatzungsregime. Traurige Berühmtheit erlangte das Lager durch den Einmarsch der israelischen Armee im April 2002, als 52 Palästinenser getötet sowie 140 Häuser völlig zerstört und 200 weitere unbewohnbar wurden. 4.000 Bewohner wurden durch die Aktionen der israelischen Armee obdachlos. Human Rights Watch hatte unmittelbar nach den Kämpfen recherchiert und einen für die israelische Armeeführung verheerenden Bericht veröffentlicht (siehe Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2002).

Die Aktionen der Armee richteten und richten sich aber nicht nur gegen den bewaffneten Widerstand, sondern auch gegen Kultureinrichtungen, wie z.B. das Freedom-Theater, dessen Leiter Bilal Al Saadi im September 2022 ohne Anklage interniert wurde. Die sechsmonatige Administrativhaft ist kürzlich verlängert worden, ohne Anklage oder öffentliches Verfahren. Deshalb ist der Appell des Freedom-Theater noch immer aktuell.

Eine Stellungnahme der Theaterschaffenden und ihrer Unterstützer bezüglich der Festnahme und Inhaftierung ohne Gerichtsurteil von Bilal Al -Sadi, Vorsitzender des Freiheits-Theaters Dschenin (Freedom Theatre, Jenin):

Wir haben davon erfahren, daß BILAL AL-SAAD, der Leiter des Freiheits-Theaters im Flüchtlingslager Dschenin a, 12. September 2022 am Check-Point Za'atara vom israelischen Militär im besetzten Westjordanland festgenommen wurde. Die Festnahme und Inhaftierung verletzt Al Saadis Menschenrechte und das Völkerrecht. Obwohl kein Grund für seine Inhaftierung angegeben wurde und ihm auch keine »geheimen« Beweise vorgelegt wurden, die er hätte widerlegen können, wurde er für sechs Monate interniert. Vor dem Hintergrund zahlloser Angriffe des israelischen Militärs auf das Freiheits-Theater sind die Theaterschaffenden ernsthaft besorgt, das seine Inhaftierung Ausdruck eines fortgesetzten

Angriffs der israelischen Regierung auf die Zivilgesellschaft und Kunstorganisationen in ganz Palästina darstellt.

AL-SAAD werden keine Straftaten vorgeworfen. In den USA wäre diese Festnahme illegal. Gemäß dem Völkerrecht ist seine Festnahme und Inhaftierung rechtswidrig und das sollte auch für das besetzte Territorium des Westjordanlands gelten. Während der vergangenen zehn Jahre sind mehrere Mitarbeitende des Freiheits-Theaters festgenommen und inhaftiert worden, ohne daß gegen sie Anklage erhoben worden ist. AL SAADI ist kein Verbrecher, ganz im Gegenteil, er ist ein hoch angesehenes Mitglied der Gemeinschaft. Offenkundig gefährdet im Westjordanland die Leitung des Freiheits-Theaters die militärische Besetzung. Im Rahmen seiner fortdauernden Übergriffe auf das Freiheits-Theater hat die israelische Armee einen Mann inhaftiert, der sich dafür entschieden hat, mit den Mitteln der Kunst Widerstand zu leisten. Wir sind da-

von überzeugt, daß AL-SAAD im Rahmen einer größeren Kampagne gegen das Freiheits-Theater herausgegriffen wurde. Die Arbeit des Freiheits-Theaters ist für die Flüchtlingsjugend lebenswichtig, um sie in die Lage zu versetzen und zu ermutigen, ihre politischen Ansichten künstlerisch auszudrücken. Wir sind tief besorgt. Für jede gerechte Gesellschaft, die für sich in Anspruch nimmt, eine Demokratie zu sein, in der das Recht das öffentliche Leben regelt, ist es notwendig, daß alle Menschen, die unter dem Gesetz dieser Gesellschaft leben, durch die Grundsätze rechtsstaatlicher Verfahren vor willkürlicher Verhaftung, Folter und Mißhandlung, einschließlich rechtswidriger und willkürlicher Inhaftierung durch das Militär geschützt sind. Damit eine Gesellschaft gedeihen kann, müssen die Künstler die Freiheit haben sich auszudrücken. Aus diesem Grund und aus Solidarität mit unserem künstlerischen Leiter und Freund fordern wir die israelische Regierung auf, den Künsten ihren Respekt zu erweisen und die fundamentalen Menschenrechte zu achten.

Wir, die Unterzeichner verurteilen die Inhaftierung und fordern die unverzügliche Freilassung von BILAL AL-SAAD. Für den Fall, daß seine Inhaftierung fortgesetzt werden sollte, verlangen wir, daß ihm der Rechtsschutz gewährt wird, wie allen Personen, die unter dem Gesetz leben.

Dazu gehört, ein öffentliches Verfahren, in dem die Gründe für seine Inhaftierung bekannt gegeben werden und daß er kontinuierlichen Rechtsbeistand erhält und von seinen Familienmitgliedern besucht werden kann.

Einleitender Text und Übersetzung aus dem Englischen von HARTMUT LINDNER

Kandidaten für die Europawahl 2024

Bei ihrer Landesvertreterversammlung in Falkensee bestimmte die SPD Brandenburg am 2. Juni ihre Kandidatin für die Bundesliste zur Europawahl 2024. Aus fünf Bewerberinnen und Bewerbern setzte sich bereits im ersten Wahlgang die Favoritin der SPD Barnim MARIE GLISSMANN sehr überzeugend durch. Die Aufstellung der Bundesliste erfolgt später. 2019 schaffte es nur eine Bewerberin aus dem Osten ins Europaparlament.

Als SPD Brandenburg sind wir bereit für die Europawahl! Mit Marie Glißmann aus Frankfurt/Oder haben wir am Freitag eine verwurzelte Brandenburgerin und leidenschaftliche Europäerin zu unserer Kandidatin für die Europawahl 2024 gewählt.

Marie hatte bereits nach ihrer Vorstellung auf unserem Parteitag der SPD Barnim am 24. März in Klosterfelde bei dem anschließenden Stimmungsbild sehr deutlich die meiste Unterstützung von den insgesamt fünf Bewerberinnen und Bewerbern um die Kandidatur erhalten. Umso mehr freuen wir uns, daß unsere Barnimer Favoritin die Wahl für sich entscheiden konnte und nun als unsere Europa-Kandidatin feststeht. Im Namen der SPD Barnim gratuliere ich ganz herzlich.

Mit Alisa Trojansky aus Potsdam haben wir außerdem eine sehr überzeugende Ersatzkandidatin gewählt.

In ihren Reden haben Olaf Scholz, Dietmar Woidke und auch Marie Glißmann sehr deutlich gemacht: Brandenburg ist das Tor zum Osten der Europäischen Union. Wir sind eine Region, die viel von der EU profitiert und Europa lebt. Ob Zuzug, Unterstützung bei der Transformation, neue Ansiedlungen oder unser starkes Wirtschaftswachstum: Wir sind das europäische Bundesland im Osten Deutschlands. Insofern ist die EU und die Europawahl 2024 für uns von größter Bedeutung – mit allen Chancen und Herausforderungen.

KURT FISCHER

(Vorsitzender der SPD Barnim)

Tote in Dschenin

Am 19. Juni kam es in Dschenin im israelisch besetzten Westjordanland bei einer Razzia der israelischen Armee gegen palästinensische Widerstandskämpfer zu heftigen Feuergefechten. Dabei wurden mindestens fünf Palästinenser getötet und 91 weitere Personen verletzt, darunter ein palästinensischer Journalist. Auch 7 israelische Soldaten wurden verletzt und ein gepanzertes Militärfahrzeug durch einen Sprengsatz beschädigt. Bei dem Einsatz kamen erstmals seit zwei Jahren Kampfhubschrauber zum Einsatz, die aus der Luft das Feuer auf bewaffnete Palästinenser eröffneten. Dies sei nötig gewesen, um den Rückzug der israelischen Soldaten zu decken, lautete die Erklärung der Armee. Noch während der Gefechte wurden in der ultrarechten israelischen Regierung Rufe nach einem noch härteren Vorgehen in Dschenin und einer »breiten Operation zur Beseitigung der Terrornester« im besetzten Westjordanland laut.

(Quelle: Junge Welt, 20.06.2023) | 23

Zeichen der Demokratie?

In sechzehn Jahren Regierung der CDU hat der Bundestag keine Wahlrechtsreform geschaffen, hat aber gelernt, auch ungeliebte Fraktionen zu ertragen, denn da gibt es doch dieses ungeliebte Grundgesetz!

Nun haben die Ampelparteien den Weg gefunden, wie man die Linke und vielleicht sogar die regionale CSU verdrängen kann. Die Linke zu verdrängen hieße 2,2 Millionen Wähler auszugrenzen, bei der CSU der regionalen Vertretung der Mehrheits-Bayern wären es noch mehr, wenn es gleichzeitig um die Abschaffung der Grundmandatsklausel (3 Direktmandate ergeben mit dem Zweit-Stimmenanteil eine Fraktion im Parlament ohne Beachtung der 5-Prozent-Klausel).

Gäbe es die Linke nicht, man müßte sie erfinden, denn wo findet sich denn sonst noch linke Programmatik? Sie wird gebraucht und das Thema ist nicht geeignet, alte ideologische Rechnungen zu begleichen! Aber die Linken haben selbst noch nicht begriffen, wie sie die Wahlbürger wirklich mitnehmen können. Vielmehr geben auch sie nach und nach immer mehr linke Grundsätze auf. Mit Herrn Schirdewans einseitig antirussischer Beurteilung des Ukraine-Krieges, mit der selbiger leider nicht allein steht, werden die Linken im Osten weder ausreichend Direktmandate und auch keine fünf Prozent einfahren!

Ihr ideologisches Gezänk interessiert nicht wirklich. Sie sollten endlich zu einer tragfähigen und überzeugenden Programmatik finden und dabei von Wagenknecht bis Bartsch alle mitnehmen. Übrigens: wann haben sich die Linken mal wirklich um die Defizite bei der Realisierung der Versprechungen des Einigungsvertrages gekümmert??

Bei der SPD verschwindet linke Programmatik immer mehr, denn wer mit allzu linken Positionen auffällt, der gefährdet seine Wiederwahl und das ist wohl das Schlimmste für einen Abgeordneten.

Und aus den »Villen der grünen Schickeria« (frei nach Franz Josef Strauß) kommt überhaupt keine glaubhaft soziale Komponente, sondern nur soziale Kälte, assistiert von den Regierungspartnern SPD und FDP. Man denke nur an ihre Energiepolitik, an ihre Rüstungspolitik, an ihre unfähige Außenpolitik etc. Von ihrer ursprünglichen angeblichen Friedenspolitik haben sich die grünen Bourgeoislinge doch schon längst verabschiedet, da kommt es auf das bißchen Soziales und Bürgermitbestimmung auch nicht mehr an.

Daß die Politikverdrossenheit der Bürger der AfD in die Karten spielt, nehmen die Ampelparteien einfach nur lächelnd hin. Es ist nützlich, wenn sich keine wirksame Opposition herausbilden kann. Zumindest keine wirksame linke Opposition.

BERND C. SCHUHMANN

Kahlschlag beim Wahlrecht verhindert

Die Landesregierung reichte vor einigen Monaten einen Vorschlag für eine reichlich undemokratische und willkürliche Änderung des Wahlrechts ein. Bei Listenvereinigungen sollten nur noch fünf der einreichenden Wählergruppen auf dem Wahlzettel erscheinen. Hierdurch hätten Wahlzettel größere Listenvereinigungen künstlich kleiner dargestellt als diese sind. Denn selbst wenn dutzende lokale Wählergruppen flächendeckend aus jeder einzelnen Gemeinde eines Landkreises gemeinsam antreten würden, würde der Wahlzettel nur fünf davon erwähnen und den Eindruck erwecken, die Listenvereinigung enthalte nur Wählergruppen aus diesen fünf Orten. Gegenüber den Wählern würde auch verschleiert, welche Wählergruppen eigentlich in der Listenvereinigung gemeinsam zur Wahl antreten. So sähen Bürger dann nicht einmal mehr, daß sie ihre lokale Wählergruppe über die Listenvereinigung auch zur Kreistagswahl wählen können. Auch bliebe ihnen verborgen, ob in der Listenvereinigung vielleicht eine Wählergruppe dabei ist, die sie nicht wählen wollen.

Vorwand für den willkürlichen Vorschlag der Landesregierung: Die Stimmzettel seien zu lang! Dabei sind lange Stimmzettel eher bei der Europawahl anzutreffen, während Stimmzettel bei Kommunalwahlen meist sehr überschaubar sind. Das eigentliche Ziel der Regelung war offensichtlich BVB/Freie Wähler zu

schaden. Denn diese sind als Netzwerk vieler unabhängiger lokaler Wählergruppen organisiert, die zur Kreistagswahl gemeinsam als Listenvereinigung antreten. Fast alle größeren Listenvereinigungen in den vergangenen Wahlen standen daher unter dem Banner von BVB/Freie Wähler.

Nach heftigem Protest der BVB/Freie Wähler Fraktion und einer klaren Ablehnung der geplanten Regelung durch die Sachverständigen in den Anhörungen im Landtag lenkte die Koalition nun ein. In einem Änderungsantrag will sie den Plan, nur noch fünf der Wahlvorschlagsträger von Listenvereinigungen aufzuführen, streichen.

Hierzu Péter Vida, Vorsitzender der BVB/Freie Wähler Fraktion: »Daß Stimmzettel auch zukünftig alle Teilnehmer von Listenvereinigungen vollständig aufführen, ist nicht nur ein Erfolg für BVB/Freie Wähler. Es ist vor allem ein Erfolg für die Demokratie. Die Wahl bleibt weiter transparent - die Bürger sehen weiterhin, wer genau antritt und wem sie ihre Stimme geben.« Der Landtagsabgeordnete Matthias Steffe ergänzte: »Die Anhörungen hatten Erfolg. Auch die Abgeordneten der Koalition haben erkannt, daß diese willkürliche Neuregelung des Wahlrechts das Vertrauen der Bürger in faire Wahlen untergraben hätte. Die Rücknahme dieses Vorschlags war der richtige Schritt.«

Fraktion BVB/Freie Wähler
im Landtag Brandenburg

BigBrotherAwards 2023

Der Verein Digitalcourage e.V. vergibt jährlich Preise für Institutionen, Organisationen und Firmen, die sich besonders in Sachen Datenklau, mangelnden Datenschutz, unnötige Datenspeicherung etc. »verdient« gemacht haben. Der hierfür vergebene BigBrotherAward ging im Jahr 2023 an:

- Das BUNDESFINANZMINISTERIUM, für das Plattformen-Steuertransparenzgesetz. Dieses Gesetz zwingt Plattformanbieter zur umfassenden Vorratsdatenspeicherung über private »Online-Flohmarktverkäufe«.
- Die FINLEAP CONNECT GMBH, für ihren Kontowechselservice. Seit zwei Jahren schickt das Fintech-Unternehmen immer wieder Irrläufer-Briefe mit persönlichen Daten von Bankkunden wahllos an Firmen, die gar keine Geschäftsbeziehung mit diesen Personen haben.
- Das VIDEOKONFERENZSYSTEM ZOOM, das Wirtschaftsspionage und Geheimdiensten aus den USA und China (wo es seine Entwicklungsabteilung hat) Tür und Tor öffnet. Angesprochen sind auch alle Firmen und Organisationen, die Zoom wider besseres Wissen nutzen.
- Die Firma MICROSOFT, die zum zweiten Mal für ihr Lebenswerk ausgezeichnet wurde. Mi-

crosoft nutzt seine Marktmacht aus, um Menschen in die Cloud zu drängen und damit in Echtzeit überwachbar zu machen.

- Die DEUTSCHE POST DHL GROUP, für ausgeübten Digitalzwang. Bei den neuen DHL-Packstationen brauchen Menschen zwingend ein Smartphone, um Pakete abzuholen. Die dafür notwendige »Post & DHL App« überträgt rechtswidrig Daten ohne Einwilligung.

Juristische Auseinandersetzungen, Recherchen, Presse und Politik informieren, Öffentlichkeit aufklären: All dies macht Digitalcourage nicht nur zu den BigBrotherAwards, sondern das ganze Jahr über.

»An den Preisträgern und den damit aufbrachten Themen werden wir dranbleiben«, sagt Rena Tangens von Digitalcourage. »Den Kontowechselservice von Finleap Connect, die beharrlich abstreiten, daß irgend etwas bei ihnen falsch läuft, haben wir bereits der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) gemeldet. Wir werden Post und DHL im Auge behalten und uns weiter gegen Digitalzwang einsetzen. Und wir werden weiter Alternativen zu Microsoft und Zoom voranbringen. Denn wir wollen wirklich etwas verändern.«

Arbeitseinsatz an der Liegewiese



FOTO: SILVIA ZACHARIAS

Am Samstag, den 3. Juni, wurde die Liegewiese am Großen Buckowsee vom Verein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. für den sommerlichen Badebetrieb hergerichtet. Zusätzliche Unterstützung erhielt der Verein von weiteren Lichterfeldern, unter anderem dem Urgestein KLAUS KREBS, der sich bereits etliche Jahre vor Vereinsgründung ehrenamtlich um die Pflege der Badestelle verdient gemacht hat.

Das hohe Gras wurde gemäht und im flachen Ufer- und Strandbereich des Sees faulige Pflanzenreste und Abfallteile entfernt.

Nebenbei stellten Mitglieder des Vereins fest, daß ein mächtiger abgestorbener Baum auf der Liegewiese im unteren Stammbereich einen tiefen und langen Riß aufweist, eine ausreichende Standfestigkeit nicht mehr gewährleistet ist und dieser eine Gefahr für die Badegäste darstellt. Daraufhin wurde der Be-

reich des Baumes mit einem Absperrband gekennzeichnet, die Gemeinde Schorfheide über diese Gefahrenquelle informiert und sie gebeten, den Baum zu entfernen.

In diesem Zuge wurde der Vorschlag unterbreitet, den Stamm des Baumes am Rande der Liegewiese zu belassen, da er zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bänken als weitere Sitzgelegenheit dienlich sein könnte. Bereits am nächsten Werktag kam dann von der Gemeindeverwaltung die prompte Antwort, daß der Bauhof dies unverzüglich angehen wird.

Noch vor Beendigung der Reinigungsarbeiten stellten sich mittags bei sonnigem Frühlingswetter die ersten Badegäste ein. Dabei erhielt der Verein Beifall für seine Tätigkeiten - eine große Motivation für zukünftige ehrenamtliche Arbeiten!

DR. ANDREAS STEINER

Das haben wir hier noch nie gesehen!

Wer derzeit im Panketaler Rathaus zu tun hat, kommt an ihnen nicht vorbei - an den vielen »kreativen Köpfen« im wahrsten Sinne des Wortes ebenso wie an den vielfältigen künstlerischen Arbeiten der vielen kreativen Schülerinnen und Schüler der Kunstklassen des Gymnasiums Panketal im Allgemeinen.

ESTER COPPOLA, Kunstlehrerin am Gymnasium, versucht ihre Schülerinnen und Schüler mit möglichst viel Praxisbezug für ein Thema zu begeistern. Dabei hilft ihr, daß sie an der *Accademia di Belle Arti* in Florenz und anschließend an der *Freien Universität* in Berlin studiert hat und selbst viele Jahre als Textildesignerin tätig war (und ist). Und so verwundert es nicht, daß das Thema »Design« auch in vielen Exponaten der aktuellen Ausstellung durchschimmert.

»Köpfe und Gesichter« sind das bestimmende Thema der ausgestellten Exponate: Ob Da-Da-Anklänge kombiniert mit Ready-Mades, ob modisch anmutende Pop-Art-Köpfe oder venezianische Masken - immer wieder regt Coppola ihre Schülerinnen und Schüler dazu an, sich mit Köpfen und Gesichtern auseinanderzusetzen und zu versuchen, hinter die Fassade, die Maske sozusagen, zu blicken.

Historische Themen erhalten dabei meist einen aktuellen Bezug, so wie beim Thema »Kämpfende Formen« automatisch Assoziationen zum Ukrainekrieg geweckt werden oder die Maske des »Pestdoktors« heute natürlich einen Corona-Bezug erhält. Vergangenheit und Gegenwart mit den Mitteln der Kunst zu verbinden, ist Coppolas Art, ihren Schülern die Beschäftigung mit »klassischer Kunst« schmackhaft zu machen.

Zur feierlichen Vernissage bewunderten sichtlich stolz viele Eltern die künstlerischen Werke ihrer Kinder. Ähnlich begeistert äußerten sich auch Rathausmitarbeitende: »So etwas hatten wir hier noch nie. Toll!«

Nach einem Rundgang durch die zahlreichen und sehr unterschiedlichen Exponate dieser spannenden Werkschau des Gymnasiums Panketal wird man als Betrachter wohl vergessen haben, daß man Kunst aus den Händen von »Kindern und Jugendlichen« vor sich hat. So künstlerisch vielschichtig, so beeindruckend und auch so virtuos sind die ausgestellten Werke. Die Band »Small change« der Musikschule Bernau mit ihrer jungen Sängerin Noemi Schubert spielte zur Eröffnung.

THORSTEN WIRTH

Grünes Sommerfest

Am 9. Juni kamen die Grünen der Kreisverbände Barnim und Uckermark zum Sommerfest zusammen. Im Schloßgut Finowfurt blickten sie in lockerer Atmosphäre auf 30 gemeinsame Jahre »Bündnis 90« und »Grüne« zurück. Unter dem Motto »Wann, wenn nicht jetzt!« nutzten die Anwesenden das Zusammentreffen aber auch, um gemeinsam in die Zukunft zu schauen. Co-Kreissprecherin STEFFI BERNSEE bedankte sich bei den Mitgliedern für ihre ehrenamtliche Arbeit. »Es kann nicht hoch genug angerechnet werden, wenn Menschen sich in ihrer Freizeit für die politische Arbeit in ihren Gemeinden engagieren. Dabei geht es in erster Linie darum, direkt mitgestalten zu können. In den kommenden Monaten werden wir die Kommunalwahl im nächsten Jahr vorbereiten. Viel Arbeit liegt vor uns. Auch deswegen ist es ein toller Anlaß, hier zusammen zu kommen und uns auszutauschen.«

Der zweite Barnimer Co-Sprecher, SEBASTIAN GELLERT, sprach die aktuellen Herausforderungen an: »Viele Menschen haben Angst vor Veränderungen. Das ist vollkommen verständlich. Diese Ängste zu nehmen, ist Aufgabe von Politik und den handelnden Akteurinnen und Akteure. Es braucht diejenigen, die keine Märchen erzählen, sondern die Geschichte schreiben wollen! Und wir haben doch den Text für diese Geschichte schon in unseren Schubladen.«

Der lokale Bundestagsabgeordnete MICHAEL KELLNER nutzte den Sommerabend für Gespräche außerhalb des politischen Berlins. »Mich interessiert immer, was die Menschen vor Ort bewegt. Diese Eindrücke nehme ich mit in meinen politischen Alltag.« Die Landtagsabgeordnete CARLA KNIESTEDT ergänzte: »Um die Menschen zu erreichen, müssen wir kommunizieren. Es ist wichtig, daß wir dort hingehen, zuhören und reden, wo sich die Probleme zeigen.«

INES LEHMANN-GÜNTHER, Co-Sprecherin aus der Uckermark: »Wie wichtig grüne Themen in unserem Land sind, erleben wir jeden Tag. Ob es der Schutz einzigartiger natürlicher Ressourcen, von Mooren und Flüssen, der Umbau unserer Wirtschaft zu einer klimagerechten Wirtschaftsweise oder die ganz private Mobilität ist - überall spüren wir, daß dringend ein Umdenken stattfinden muß.« Zum Abschluß machte sie auf die Probleme der ländlichen Räume aufmerksam: »Es macht eben einen Unterschied, ob man pflegender Angehöriger in einer Stadt oder im ländlichen Raum ist, in dem eben nicht alle Angebote einfach zu erreichen sind. Ja, und wo der ÖPNV eher ein Fremdwort ist als eine wirkliche Alternative zur privaten Mobilität.«

Neben all den angesprochenen alltäglichen Anstrengungen gab es viel Zeit für intensive Gespräche und um Netzwerke zu knüpfen. Ein gelungener Abend, der bereits auf die Neuauflage im nächsten Jahr wartet!

THORSTEN KLEINTEICH | 25

»Zum Teufel auch, ja, wir sind subversiv«*

Teil 2: Zur Kontinuität des Widerstands der Schwarzen in den USA

Der 50. Jahrestag des historischen Freispruchs von ANGELA DAVIS von der Anklage wegen Mordes, Geiselnahme und Verschwörung, Anklagen die sie mit dem Tod bedrohten, ist im Juni 2022 nur wenig beachtet worden, aber ihr Denken mag heute genauso einflussreich sein, wie ehemals. Von den Aufständen in Baltimore und Ferguson, Missouri, bis zu den Protestausbrüchen 2020 war die letzte Dekade eine Ära der Rebellion der Schwarzen und nicht, wie Jaime Harrison der Vorsitzende der Demokraten meinte, eine Periode des schwarzen Pragmatismus und der Anpassung.

Die Erbitterung der jüngsten Demonstrationen, der Schein brennender Häuser und die Brutalität, mit der die Polizei darauf reagierte, beschworen Erinnerungen an den Radikalismus der Schwarzen in den 60er Jahren herauf. Und die Debatten die diese Proteste inspirierten, waren auch Debatten darüber, wie man an eine frühere Epoche des Aktivismus von Schwarzen und des politischen Denkens erinnert und wie man diese Tradition am besten aufgreifen könnte.

Angela Davis trat 1968 einem Zweig der Kommunistischen Partei in Los Angeles bei, der rein schwarz war und dessen Mitglieder als gute und zuverlässige Aktivisten vor Ort bekannt und respektiert waren. In Ihren Schriften bewegte sie sich, wie ihre schwarzen Vorgängerinnen auch, oft weit jenseits der Parteilinie, wenn sie theoretische Überlegungen über die Verflechtung von Rasse, Klasse und Geschlecht mit Blick auf die Lage von schwarzen Frauen anstellte, Jahre bevor dies Thema in Seminaren wurde. Sie kritisierte auch die Partei, diese würde »der Unterdrückung der Schwarzen aus rassistischer Motivation auf nationaler Ebene nicht genügend Aufmerksamkeit widmen, weil sie sie der allgemeinen Ausbeutung der Arbeiterklasse unterordne.« 1991 verließ sie die Partei, wie sie sagte, wegen eines Mangels an innerparteilicher Demokratie. ...

Inzwischen sind es fünfzig Jahre, in denen Davis als produktive Schriftstellerin und Intellektuelle einem breiten Publikum erklärte, wie rassistisch begründete Ungleichheit das Leben der Schwarzen bestimmt.

Ihr bahnbrechender und prophetischer Essay »The Black Women's Role in the Community of Slaves« (1971), der George Jackson gewidmet ist und im Marin County Gefängnis geschrieben wurde, als sie auf ihren Prozeß wartete, beschrieb ausführlich den Widerstand von schwarzen Frauen gegen die Sklaverei und war auch eine Zurückweisung des Moynihan Reports über die Armut der Schwarzen von 1965, der ein verzerrtes Bild eines schwarzen Matriarchats, das die Männer in ihrer Männlichkeit schwäche, offerierte, eine Idee, die auch unter den Männern der schwarzen revolutionären Bewegung Anklang gefunden hatte.

Davis war gegenüber der Frauenbewegung skeptisch gewesen, die sie als eine wesentlich von weißen Frauen der Mittelschicht getragene Bewegung einschätzte. Im Gefäng-

nis erkannte sie, wie Rassezugehörigkeit und Armut mit der Geschlechtsrollenzuschreibung zusammenhängen und dadurch weibliche Insassen, vor allem Schwangere dem Staat ausgeliefert wurden. So kam sie dazu, die Geschlechtsrollenzuschreibung (gender) in ihre politische Analyse einzubeziehen...

Zu jener Zeit waren Davis Schriften notwendige Interventionen, um in der Bewegung eine Einheit von schwarzen Männern und Frauen aufzubauen. Erst später wurde das als Schwarzer Feminismus bezeichnet.

Davis ist jetzt fast 80 Jahre alt. Sie ist politisch aktiv und sichtbar, eine Inspiration für junge Aktivisten weltweit. Sie ist nach ihrem Prozeß weder in die akademische Welt entschwunden (sie war von 1971 bis zu ihrer Emeritierung Professorin an der University of California, Santa Cruz), noch hat sie von ihren radikalen Überzeugungen abgelassen. Ganz im Gegenteil, in den fünfzig Jahren seit ihrem Freispruch hat sie fortwährend Kampagnen gegen das Gefängnisystem und für die Gefangenen organisiert. Sie hat sich auch auf

dem Feld des Internationalismus engagiert, sie ist für die Selbstbestimmung der Palästinenser eingetreten, hat Polizeiwillkür in Brasilien angeprangert und ist gegen den Neokolonialismus in Südafrika aufgetreten.

Knapp fünfzig Jahre nach der Erstausgabe ihrer Autobiographie (1974) hat sie das Buch neu herausgegeben. Es ist der leicht korrigierte Text der ersten beiden Ausgaben, der mit einer ausführlichen neuen Einleitung versehen ist, in der sie einräumt, daß sich ihre Auffassungen weiterentwickelt haben und daß ihre Sprache heute anders ist...

Ihre Autobiographie bleibt ein wichtiges Dokument für das Verständnis des Ausmaßes der politischen Radikalisierung in den 60er Jahren und die Geschichte der Befreiungsbewegung der Schwarzen in den USA vom 2. Weltkrieg bis heute.

übersetzt und gekürzt von HARTMUT LINDNER

*Keeanga-Yamahatta Taylor, »Hell, Yes, We Are Subversive«, New York Review of Books, September 22, 2022

Kranbau-Kindergarten wurde 70

Eberswalde (prest-ew). Am 10. Juni wurde in der Kita »Im Zwergenland« im Eberswalder Stadtteil Westend gefeiert. Grund dafür war das 70jährige Jubiläum der Einrichtung.

Anfang der 30er Jahre von Robert Ardelt als Wohnvilla gebaut, demonstrierte die Umwandlung der Villa zum Betriebskindergarten des VEB Kranbau am 8. Juni 1953 die ideologische Verschiebung der Machtverhältnisse...

Heute gibt es »Im Zwergenland« Platz für 88 Kinder, bei Eröffnung lag die Kapazität noch bei ungefähr 30 bis 33 Plätzen. Diese reichte bereits im September 1953 nicht mehr aus, so daß ein zweites Gebäude eröffnet wurde, der heutige Sitz des »Zwergenland e.V.« in der Heegermühler Straße 69. Nach der politischen Wende gingen beide Häuser unter einer Leitung zunächst in städtische Trägerschaft. 1992 erfolgte die bis heute gültige Namensgebung Kita »Im Zwergenland«. Fünf Jahre später wechselte das vordere Haus in die freie Trägerschaft. Bis heute existieren die beiden Kitas als separate Einrichtungen unter ähnlichem Namen, aber mit verschiedenen Konzepten. 2007 wurde das Haus der Kita »Im Zwergenland« in der Heegermühler Straße 61 saniert.

Bürgermeister Götz Herrmann gratulierte herzlich zum Jubiläum und überreichte einen

beweglichen Basketballkorb als nachträgliches »Geburtstagsgeschenk« an die Kinder, welche zuvor die Gäste des Festes mit einem selbstgeschriebenen Theaterstück begeisterten. »Ich freue mich, über die Langlebigkeit dieser geschichtsträchtigen Kita. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in welchen wir um den Fortbestand unseres Kranbaus kämpfen müssen, liegt für mich in der Stabilität des ehemaligen Betriebskindergartens eine Art hoffnungsvolle Symbolkraft. Ich wünsche den Kindern, Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung alles Gute und danke für ihr großes Engagement«, so Herrmann.



Einst Fabrikantenvilla, wurde das Gebäude in der DDR zum Betriebskindergarten umfunktioniert.

Hussitaler neu aufgelegt

Pünktlich zum Hussitenfest erscheint die zehnte Auflage des Hussitalers. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Buchhandlung »Schatzinsel«, würdigt der Taler in diesem Jahr das besondere Jubiläum. Bei einer Übergabe wurde der Taler von den Mitarbeitern der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH und den Schülern des beruflichen Gymnasiums des OSZ I Barnim an die Buchhandlung »Schatzinsel« übergeben.

Der Hussitaler ist ein geschäftsunabhängiger Wertgutschein in Form einer hochwertig geprägten Kupfermünze. Er hat einen Wert von je zehn Euro und ist wie Bargeld zu verwenden. Der Gutschein hat eine Gültigkeit von drei Jahren ab Kaufdatum und kann gegenwärtig in über 25 Geschäften der Bernauer Innenstadt eingelöst werden. Dabei reichen die Angebote von Gastronomie über Mode und Freizeit bis hin zu Serviceleistungen und Waren des täglichen Bedarfs. Ziel des Projektes ist es, die Attraktivität der Bernauer Geschäfte durch einen unternehmensübergreifenden Gutschein zu steigern und die Kaufkraft in der Bernauer Innenstadt zu bündeln.

Vor 30 Jahren, am 6. Dezember 1993, öffnete die Buchhandlung »Schatzinsel« erstmalig ihre Türen. Seitdem ist die kleine Buchhandlung in der Bernauer Innenstadt ein beliebter Treffpunkt für Buchliebhaber. Klein ist nur die Fläche, nicht aber das Angebot, das von Büchern aller Genres, Hörbüchern, eBooks, Spielen, Filmen bis hinzu zu regelmäßigen Lesungen und anderen Veranstaltungen reicht. Kunden können hier nach Herzenslust stöbern und schmökern. Das Team rund um die



Inhaberin SYLVIA PYRLIK steht mit großer Leidenschaft beratend zur Seite.

Design wurde das diesjährige Talermotiv von Schülerinnen und Schülern des beruflichen Gymnasiums des OSZ I Barnim im Leistungskurs Gestaltungs- und Medientechnik. Talerentwürfe erarbeiteten CELINA DANIELZIK, LUCY DANIELZIK, TIM ERBEN, LUCA FILIGNO, JULIE JOCKISCH, MATTIS KABELLA, ANTONIA KRÜGER, CASSANDRA KÜHN, KILIAN KÜHN, LEON MANFRED LINGSTÄDT, LINUS LEANDER, TIEN HOANG MINH NGUYEN, JADEN RICHTER, NELE-CHARLOTT ROGOWSKI, JONAS FYNN SCHÖNBERG, MAXIMILIAN SEEBER, EMELIE SEELE sowie ANTON EMANUEL SEIDNER. Die Schülerinnen und Schüler hatten zunächst verschiedene Skizzen erstellt, die sie dann mit verschiedensten Computerprogrammen digitalisierten. Die Buchhandlung »Schatzinsel« wählte anschließend einen Siegerentwurf aus, welcher nun auf den Talern verewigt wurde.

Alle Informationen zum Hussitaler sind auch unter www.bernauer-innenstadt.de zu finden. Er ist ab sofort in der Tourist-Information Bernau, der Buchhandlung »Schatzinsel« und in weiteren Verkaufsstellen erhältlich.

NILS LÖNNIES

SPD-Vertreter gegen Kita-Beitragsfreiheit

Der Bürgermeister von Panketal, MAXIMILIAN WONKE (SPD), wettete Ende Mai auf Facebook gegen die Kita-Beitragsfreiheit. Dabei fordert seine eigene Partei doch öffentlich seit Jahren genau dies. Und eigentlich hatte die Koalition auch beschlossen, dies ab 2024 umzusetzen, was wir auch umfassend unterstützt. Doch ausgerechnet der SPD-Bürgermeister lehnt die Kita-Beitragsfreiheit nun ab? Seiner Meinung nach würde eine Beitragsfreiheit die Reichen privilegieren. So erklärt Wonke auf Facebook: »Eine Kita-Beitragsfreiheit ist ein schönes Geschenk an Besserverdiener«. Sein SPD-Parteikollege UWE VOSS, Vorsitzender der Gemeindevertretung Panketal, steigert sich noch mehr in diesen Angriff auf eine familienfreundliche Maßnahme. Voß bezeichnet die Kita-Beitragsfreiheit als Resultat von »Lobbyismus«, der »Ansprüche an den Staat« steigere. Diese Tirade gipfelt in der Aussage: »Dieses Land besteht nicht nur aus Familien und Kindern«. Und es geht noch weiter: EX-Bildungsminister GÜNTER BAASKE – ebenfalls SPD – behauptet, nur Reiche

würden davon profitieren. So erklärt Baaske auf Facebook sogar, daß er sich von der Ersparnis ein Motorrad gekauft habe.

Es ist makaber, daß ausgerechnet SPD-Vertreter Beitragsfreiheit und Versorgungsqualität in derart familienfeindlicher Weise gegeneinander ausspielen. Die dabei angeschlagene Rhetorik ist erschreckend. Die SPD-Genossen Wonke, Voß und Baaske starten hier eine Neiddebatte gegen die Kita-Beitragsfreiheit.

Bürgermeister Wonke begründet die Ablehnung der Beitragsfreiheit explizit mit dem Wunsch nach mehr Geld für qualitativ bessere Kitas. Doch seine Sorge um die Qualität der Kitas klingt dabei wenig glaubwürdig. Denn er war derjenige, der kürzlich die Abschaffung des privaten Kindersports in der Kita Panke Kinder veranlaßt hat.

Wer allerdings wie Bürgermeister Wonke an den Kita-Beiträgen festhält, der will auch die regelmäßige Festlegung von Kita-Beitragstabellen. Der will die regelmäßige Prüfung der Einkommenssituation der Eltern und die in-

Kostenausgleich

Eberswalde (bbp). Seit kurzem gibt es eine Richtlinie für den Kommunalteil des Brandenburg-Pakets. Damit ist der Weg frei für rund 361 Millionen Euro an Unterstützung für die Landkreise und Gemeinden.

Im Landkreis Barnim gibt es unter anderem finanzielle Entlastungen für das Freizeitbad »baff« in Eberswalde in Höhe von 340.000 Euro und für das Schwimmbad Bernau-Waldfrieden in Höhe von 60.000 Euro, teilt die SPD Barnim mit, die dafür die SPD-geführte Landesregierung lobt. Weitere Unterstützungen durch das Land gebe es bei Preissteigerungen und hohen Energiekosten im Bereich der Jugendhilfe, der Kindertagesstätten, bei kommunalen Sportanlagen sowie kommunalen Verkehrsunternehmen, bei gestiegenen Sozialausgaben und Zuweisungen für Geflüchtete sowie bei Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen. Rund 9 Millionen Euro sind das insgesamt im Landkreis Barnim, davon 1,07 Millionen Euro für Eberswalde.

An der Haushaltssituation in Eberswalde ändern die Entlastungen indes wenig, bekräftigte der Verwaltungsdezernent Maik Berendt am 16. Juni im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. Es werde nur ein kleinerer Teil der Mehrbelastungen ausgeglichen. Um bis Herbst einen genehmigungsfähigen Nachtragshaushalt vorlegen zu können, müsse es bei der derzeitige Haushaltssperre bleiben.

Der SPD-Kreisvorsitzende Kurt Fischer, der zugleich Stadtverordneter in Eberswalde ist, sieht das ähnlich. Es gelte in Eberswalde »Erträge und Ausgaben klar zu analysieren.«

dividuelle Festlegung der Beitragshöhe. Der will die Kontrolle über den Eingang der Beiträge und gegebenenfalls Mahnverfahren gegen säumige Eltern. Und der will eine Verwaltungsbürokratie, die all das kontrolliert und umsetzt. Kurzum: Wonkes Begeisterung für Kita-Beiträge bedeutet für alle Eltern unnötige Bürokratie und in der Verwaltung unnötigen Personaleinsatz.

Die Abschaffung der Kita-Beiträge ist daher eigentlich bei allen Parteien Brandenburgs Konsens. Und die SPD selbst hatte die Kita-Beitragsfreiheit 2019 im Wahlkampf versprochen. In Regierungsverantwortung hat sie nach der Wahl die Umsetzung allerdings auf 2024 verschoben. Und kaum rückt dieses Datum näher, fangen SPD-Politiker wie Wonke und Baaske an, die Kita-Beitragsfreiheit öffentlich zum Fehler zu erklären?!

Wir verlangen, daß sich die SPD von den Aussagen Wonkes und Baaskes klar distanziert und sich zur Beitragsfreiheit der Kitas bekennt. Andernfalls verliert die SPD auch in diesem Punkt jegliche Glaubwürdigkeit.

Steffen Peltsch verbrachte viele Jahre seines Lebens in Eberswalde. Er wohnte anfangs in der südlichen Hälfte der Stadt Finow, die damals noch nicht zu Eberswalde gehörte, später dann in der Eberswalder Goethestraße 24. Seine Tätigkeit als Lehrer begann Anfang der 60er Jahre an der 1. Oberschule Finow. Gemäß dem Personenstandsgesetz der BRD muß hinter dem Dr. sc. noch die Art des Doktorgrades stehen. Es ist dem Autor bisher nicht gelungen, diesen zu ermitteln. Tatsache ist, daß Steffen Peltsch im Jahre 1973 an der Pädagogischen Hochschule Dresden eine A Dissertation und 1985 eine B Dissertation einreichte, und beide erfolgreich verteidigte. Er selber benutzte neben dem akademischen Grad Dr. sc. auch den in der BRD üblichen Grad Dr. habil. Es mußte folglich in der BRD bei seinem Namen eine Umwidmung gegeben haben.

Steffen Peltsch war irgendwie anders als die anderen Lehrer. Anfangs natürlich schon allein deshalb, weil er jünger war. Aber er konnte auch viel besser die Gedanken seiner Schüler für den Unterricht nutzen. Mitte der 60er Jahre wechselte er dann an die Erweiterte Oberschule (EOS) »Alexander von Humboldt« nach Eberswalde.

Von seiner Erscheinung her war Steffen Peltsch groß, von athletischer Statur und etwas überernährt. Das war schon rein äußerlich ein Grund, als Respektperson wahrgenommen zu werden. Besonders auffallend waren sein Simpelfransenhaarschnitt und seine stärkere Mimik bezüglich der Augenbrauen, welche er geschickt auch im Unterricht bei der Vermittlung von Kenntnissen einsetzte. Er sprach ein perfektes Hochdeutsch, konnte jedoch trotz aller Bemühungen seine sächsische Herkunft akustisch nicht ganz verbergen. Seine Kleidung war unkonventionell, stets sauber und ordentlich, aber recht leger. Auch das beeindruckte seine Schüler.

Sein Unterricht war keineswegs langweilig. Er trug überzeugend den zu vermittelnden Lehrstoff vor, und er animierte die Schüler zur aktiven Mitarbeit. Disziplinarische Verfehlungen von Schülern im Unterricht gab es sehr selten. Sollte dennoch ein Schüler ein Fehlverhalten begangen haben, so wurde das von ihm im Rahmen des Unterrichts recht humorvoll angesprochen und ausgewertet. So berichtete ein ehemaliger Schüler, daß eine Schülerin, pummelig und zurückhaltend, sich

Hinweis: Nach der Umstellung auf ein neues Satzprogramm gab es vereinzelte Meldungen von eMail-Abonnenten, daß sie die PDF mit der BBP-Ausgabe auf ihren Mobiltelefonen nicht lesen konnten. Wie sich herausstellte, ist dies von der verwendeten App abhängig. Betroffen war zum Beispiel Adobe Acrobat. Um die BBP-Ausgabe korrekt anzuzeigen empfiehlt sich der

Alternative Prominente (Folge 28): Dr. sc. Steffen Peltsch

Der letzte Fußgänger

Steffen Peltsch war Lehrer, Kabarettist, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalist, Politiker und letzter Fußgänger. Aber dazu kommen wir später. Seine Texte über Eberswalde und Finower Originale waren der Anlaß, diese Artikelreihe fortzusetzen. Der Vollständigkeit halber muß an dieser Stelle auch der Verfasser Steffen Peltsch als Original genannt werden. Auch wer kein Original ist, könnte gerade deshalb ein Original werden.

damals einmal im Unterricht hervortat, indem sie sagte: »Im Garten wachsen Kürbisse und andere Blumen«. Alle Mitschüler lachten, doch Steffen Peltsch sagte nur: »Soso«. Wie sollte ein Lehrer darauf reagieren? Nun hatte diese zurückhaltende Schülerin mal etwas gesagt und es ging daneben.

Ein anderer Schüler aus der Finower Zeit erinnert sich an einen leistungsschwachen Mitschüler, der die Schule so schnell wie möglich verlassen wollte, um Geld zu verdienen. Nur einmal stand er im Mittelpunkt der Klasse, als Peltsch behauptete, man könne auch leichte Gegenstände wie eine Flasche Bier nicht lange mit dem ausgestreckten Arm halten. Das war die Aufforderung für diesen Schüler, um es zu probieren. Sehr geschickt begeisterte Peltsch diesen Schüler, der aufmerksam dieses Experiment mitgestaltete. Das war sehenswert, und ehemalige Schüler dieser Klasse erinnern sich heute noch daran. Ebenso bemerkenswert, keiner dieser Schüler kann sich daran erinnern, woher die Bierflasche kam.

Im Laufe der Zeit als Lehrer an der EOS veränderte sich sein Kleidungsstil. Lange Anzughose und Sakko wichen schließlich Jeans, T-Shirt und Turnschuhen. So wirkte er äußerlich solidarisch zu seinen Schülern. Und auch sein Unterrichtsstil änderte sich. Oft provozierte er die Schüler und ließ sie verstärkt über Literatur diskutieren. Das kam bei seinen Schülern gut an. Er war einfach ein toller und sehr beliebter Lehrer. Dabei hatte er es als Deutschlehrer, beispielsweise im Vergleich zu einem Mathematiklehrer, durchaus schwerer, Kenntnisse erlebnisbetont zu vermitteln.

In diese Zeit fällt auch der Versuch, mit Lehrerkollegen ein Kabarett zu gründen. Das Projekt scheiterte. Steffen Peltsch hat selber recht humorvoll darüber im Eberswalder Jahrbuch geschrieben.

Neben seiner Tätigkeit als Lehrer verfaßte er mehrere Schriften zum Thema Kinder- und Jugendliteratur. Er war Mitglied im Schriftstellerverband der DDR. Auch von dort gibt es eine lustige Geschichte mit ihm. Er sollte dort einmal ans Podium treten und eine Rede halten. Kurz vorher hatte er sich ein Hosenbein seiner hellen Hose mit Kaffee bekleckert. Er löste das Problem, indem er seinen Finger in die Kaffeetasse tauchte und das bekleckerte Muster auf dem anderen Hosenbein mit dem Finger aufmalte. Mit Ausnahme eines Zeugen

aus den Teilnehmern dieser Veranstaltung hat sonst niemand etwas bemerkt. Er wußte sich offensichtlich zu helfen.

Im Jahr 1990 war Steffen Peltsch Mitglied der letzten frei und demokratisch gewählten Volkskammer in der DDR, worauf er anfangs stolz war. Diese letzte DDR-Volkskammer wurde nach einem Wahlsystem gewählt, das dem der BRD ähnelte. Mit der Folge, daß nun ganze Berufsgruppen in der Volkskammer nicht mehr vorhanden waren und deren Interessen niemand mehr berücksichtigte. Die Bevölkerungsstruktur der DDR wurde in dieser frei und demokratisch gewählten Volkskammer nicht abgebildet. Sie war außerdem, was die Berufe der Abgeordneten anbetrifft, intellektuell kopflastig.

Von der nun höheren Bildung der Abgeordneten merkten die DDR-Bürger allerdings nichts. Im Gegenteil, das geistige Niveau dieser Volksvertretung sank. Schon nach einem halben Jahr erfolgte deren Kapitulation. Ob Unfähigkeit oder die Geldgier, möglichst schnell Bundestagsabgeordneter zu werden und von entsprechenden Diäten zu profitieren, die Ursachen dafür waren, ist nicht mehr nachvollziehbar. Steffen Peltsch sah diese Veränderung und er machte gegenüber anderen Mitgliedern im DDR-Schriftstellerverband oft bissige und böse Bemerkungen über das geistige Niveau in der demokratisch gewählten Volkskammer und im Bundestag.

Vielleicht noch eine wenig bekannte Tatsache: Steffen Peltsch bezeichnete sich selber gelegentlich als den letzten Fußgänger. Bekanntermaßen war die Anschaffung eines PKW in der DDR ein Vorgang, der schonmal zehn Jahre lang vorgeplant werden mußte. Aber nicht nur die Anschaffung des PKWs, sondern auch die Ausbildung, einen PKW zu führen, war nur nach langem Warten zu realisieren. Die Jüngeren konnte relativ bequem einen Führerschein bei der GST oder bei der NVA erwerben. Für ältere Berufstätige war es schwieriger, wenngleich nicht unmöglich. Steffen Peltsch jedenfalls hatte nie einen Führerschein im Besitz. Vielleicht wegen der genannten Probleme. Trotzdem gelang es ihm, seinen vielen gesellschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Und das waren einige, darunter durchaus problematische. Er schaffte das ohne Kraftfahrzeug.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

»Mitteldeutschland« = Nazi-Jargon?

Da hat doch die olle Weidel¹ fast alle Bundesländer, in denen die AFD in aktuellen Umfragen mal gerade auf 32% der Stimmen kam, Mitteldeutschland genannt! Den Begriff Mitteldeutschland für den Osten der wiedervereinten Zonen verwendet ja auch der stramm rechte Sender mdr (Mitteldeutscher Rundfunk). Der Ost-Sender kriegt dank des starken Einflusses der AFD in entscheidenden Gremien sogar noch GEZ-Gebühren dafür und indoktriniert mit seinem Sendernamen die Sachsen und Thüringer, daß sie auch Danzig, Breslau, Lemberg und Königsberg als mindestens so deutsch betrachten sollten wie (...) Köln, Berlin und Hamburg. Furchtbar!

Grenzen sind ja übrigens – das sehen wir in Syrien und auch entlang unserer stolzen Mauer sowie gerade in der Ukraine – genauso flexibel, wie die Versprechen von FDP-Funktionären. Das gilt auch für die NATO-Osterweiterung. Wenn wenigstens eine Seite ihren Teil bei internationalen Abmachungen erfüllt und die Rote Armee heimschickt, dann ist das doch immer noch besser, als wenn nun gar nichts in der richtigen Richtung passiert wäre, nicht wahr?

Sollte der Putin also weiter grundlos auf harmlose Leoparden in der Ukraine ballern lassen, dann muß die NATO sowieso noch mal neu über die Grenzen Deutschlands von 1937 nachdenken! Wobei natürlich immer noch etwas Luft für Verhandlungen bleiben muß, so daß also auch nicht ganz so alte und historisch überholte Landkarten wie etwa die von 1940 oder auch gern die von 1941 immer mit auf dem Tisch liegen werden! Oder was glaubt ihr, wieso unsere besten deutschen Waffen –

darunter sogar die fast neuesten Leopard 2A6 – plötzlich in der Ostukraine unter Gefechtsbedingungen probefahren? Ja, natürlich auch, um schon mal Platz in den Heimatstandorten für die neuen Abrams-Panzer aus den USA zu machen, die sich sicher so einfach wie eine deutsche Heizung von russischem Gas auf Elektro umrüsten lassen. Aber haben unsere deutschen Sozialdemokraten nicht auch schon mal unsere Freiheit am ganz fernostdeutschen Hindukusch verteidigt? Das ist gerade mal 20 Jahre her! Manchmal vergißt man glatt, seit wann die AFD hier schon in allen Regierungs-Koalitionen voll dabei ist, nicht wahr? (...)

Überall nur Nazis! Jetzt soll sogar den deutschen Transfrauen im Kriegsfall der Wehrdienst aufgedrückt werden! So steht das jedenfalls im neuen Selbstbestimmungsgesetz². Und irgendeine deutsche Partei muß ja wohl beantragt haben, im Ernstfall wirklich alle XY-Männer mit oder ohne Pronomen gesetzlich zu wehrpflichtigen Männern zu erklären, egal für was sich diese Sonderexemplare selbst halten! Das paßt auch nur zur AFD, denn die hat bestimmt auch schon gleich nach der Wende dem mdr den stramm rechtsradikalen Namen verpaßt.

Oder was glaubt ihr, wer hier schon wieder Weltkrieg spielen will?

PETER SPANGENBERG (redaktionell gekürzt)

1 – Alice Weidel – Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion.

2 – www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/queerpolitik-und-geschlechtliche-vielfalt/gesetze-ueber-die-selbstbestimmung-in-bezug-auf-den-geschlechtseintrag-sbgg-199332

Vorratsdatenspeicherung nicht anwendbar

Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, daß die Vorratsdatenspeicherung nicht anwendbar ist. Das ist ein Erfolg für uns und unsere Verfassungsbeschwerde. Wir freuen uns und feiern diesen Sieg der Zivilgesellschaft. Wir danken allen, die diesen Weg mit uns gegangen sind und unsere Verfassungsbeschwerde als Mitglieder oder mit Spenden unterstützt und ermöglicht haben.

Im November 2016 haben wir unsere Verfassungsbeschwerde eingereicht, über die das Bundesverfassungsgericht nun endlich entschieden hat.

Wir kämpfen schon seit vielen Jahren gegen diese Überwachungsmaßnahme und waren bereits an der erfolgreichen Verfassungsbeschwerde des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) beteiligt, die 2010 die Vorratsdatenspeicherung zum ersten Mal zu Fall gebracht hat.

Mit der Vorratsdatenspeicherung sollten sämtliche Verbindungsdaten von Anrufen,

SMS und IP-Adressen samt Standortinformation gespeichert werden. Und zwar nicht von Verdächtigen, sondern von der gesamten Bevölkerung!

Für uns war von Anfang an klar: Die Vorratsdatenspeicherung ist eine Gefahr für unsere Freiheit – sie hat keinen Platz in einer Demokratie.

Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht unsere Verfassungsbeschwerde beendet und diese Entscheidung damit begründet, daß der Europäische Gerichtshof die deutsche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung bereits im September 2022 nach einer Klage des Providers SpaceNet für grundrechtswidrig erklärt hat. Damit haben wir es jetzt noch einmal schwarz auf weiß: das deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung kann nicht mehr angewendet werden. Es ist damit zur Gesetzesleiche geworden – die die Regierung jetzt schnell streichen muß.

RENA TANGENS, Digitalcourage e.V.

Gagarin-Denkmal entfernt



FOTO: PAWEŁ BEDNIAKOW

Die Büste des ersten Kosmonauten der Welt, des Helden der Sowjetunion Juri Gagarin, ist in Kiew demontiert worden. Dies berichtet die Lokalzeitung »Nasch Kiew«. Die Gagarin-Büste befand sich im Hof des Zentrums für technische Kreativität und Berufsberatung der Schuljugend des Bezirks Darnitzkij. Sie besteht aus Granit und in den späten 60er Jahren aufgestellt.

Mandoline bis Mondschein

Am Sonnabend, den 24. Juni, verwandelt sich der Hof der Grundschule Zepernick erneut in einen großen Freiluft-Konzertsaal. Unter der musikalischen Leitung von Niels Templin ist das »collegium musicum Panketal« nebst Gästen zu erleben. Ab 16 Uhr erklingen lockere und leichte Stücke aus der Feder so bedeutender Komponisten wie W.A. Mozart, Antonio Vivaldi, Myroslaw Skoryk oder Benjamin Britten.

Die Mandoline ist das Instrument des Jahres 2023. Ingo Kroll wird mit seiner virtuoson Spielfreude das Publikum begeistern.

THORSTEN WIRTH

Gemeinsam gestalten!



FOTO: ANDREA NOTROFF

Lichterfelde (an/bbp). Der Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. engagiert sich in allen Bereichen der Gemeinde Lichterfelde (Schorffheide). Umso mehr freut es Andrea Notroff von der Einrichtungsleitung der ProCurand Seniorenresidenz Eberswalde in Lichterfelde, daß der Verein die Seniorenresidenz bei der Gestaltung des Gartens unterstützt. Mit den vom Verein gespendeten der Anhängerladungen Rindenmulch und Muttererde konnte die Pflanzaktion vorbereitet werden. Bei der Pflanzaktion kamen trotz frischer Temperaturen auch hier helfende Hände von Mitgliedern des Vereins Gemeinsam Lichterfelde e.V. zur gemeinsamen Gartengestaltung.

Kurzzeitpflege für die Ferien

Vermehrt stellen wir fest, daß pflegende Angehörige sehr kurzfristig einen Kurzzeit- oder Verhinderungspflegeplatz suchen. Doch solche Kurzzeitpflegeplätze stehen auch im Land Brandenburg nur unzureichend zur Verfügung. Um Familien mit dringendem Bedarf schnell und unbürokratisch helfen zu können, rät die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof Angehörigen, einen absehbaren Platzbedarf zur Ferienzeit schon jetzt zu reservieren.

Bei Reisen, wichtigen Terminen oder bedingt durch einen Ausfall der privaten Pflegeperson sind für viele Familien Kurzzeit- oder Verhinderungspflegeplätze sehr wichtig. Daher sind alle freien Plätze in der Alloheim-Gruppe bundesweit vernetzt. So können wir freie Pflegeplätze vermitteln und bei der Koordination helfen. Auch wenn aktuell bei uns nichts mehr frei sein sollte, suchen wir Alternativen, um zu helfen. Liegt der geplante Urlaubsort nicht im Ausland, ließe sich damit sogar auch einfach und unkompliziert ein freier Platz in der Nähe des Urlaubsortes der Angehörigen finden.

Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege ist regulär auf 56 Tage im Jahr befristet und setzt das Vorliegen eines Pflegegrades mindestens der Stufe II voraus. Immer dann, wenn Pflegebedürftige zeitweise nicht privat betreut werden können oder beispielsweise einen längeren Krankenhausaufenthalt hinter sich haben, kann man einen Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflegeplatz in Anspruch nehmen. Die Pflegekassen beteiligen sich dabei an den Kosten. Die meisten Alloheim-Einrichtungen bieten Kurzzeitpflege stationär in einer Pflege-Residenz, als mobile Pflege zu Hause oder auch im Rahmen einer Tagespflege an.

ANGELA MATTHES

**Samstag
1. Juli 2023
ab 14:00 Uhr**

**TAG DER
OFFENEN TÜR**

Wir freuen uns, Sie in unserem Haus begrüßen zu dürfen und haben ein buntes Programm für große und kleine Menschen zusammengestellt.

Musik • Hausführungen • Alpakabesuche • Riesenraffeln • Kuchenbuffet • Infostand u. v. m. ... auch für das leibliche Wohl ist mit Getränken und Bratwurst vom Grill gesorgt.

Alloheim Senioren-Residenz „Haus am Werbellinsee“
Kunze Straße 5 • 16244 Schorfheide, OT Kleinrot • Telefon: 033303 523-0
www.alloheim.de/flags-schorfheide

Der »altenhofer kulturverein« wird 30

Es war das Jahr 1993. Nach der Euphorie der Wende folgte auch hier im ländlichen Raum Ernüchterung. Aber es war auch eine Zeit, vieles neu zu erfinden und Ideen zu entwickeln, um nicht tatenlos dem Niedergang unserer Gemeinden zuzusehen.

Genau aus diesem Grund trafen sich in jenem Jahr ein Dutzend Bürgerinnen und Bürger aus Altenhof, um etwas in Gang zu setzen. Kultur muß nach Altenhof, die Gastronomie braucht einen neuen Schwung und überhaupt sind wir doch zu Hause am Ufer des schönsten Sees im Barnim oder vielleicht in ganz Brandenburg. Nach mehreren Beratungen kam dann die Idee: Am 12. März 1993 gründete sich der »altenhofer kulturkreis e.V.«.

Mitunter waren wir verzagt, weil nicht alle mit wehenden Fahnen zu den Veranstaltungen gelaufen kamen. Es war neu und vor allem Einheimische waren skeptisch. Aber dann von Jahr zu Jahr kamen immer mehr Besucher. Weit über Altenhof hinaus wurde der Ort zu einer bekannten Adresse.

Und wenn der Verein heute nach 30 Jahren zurückblickt, staunt man, was da so alles zusammenkommt. So wurden über 30 Lesungen, circa 100 Konzerte und etwa 40 Ausstellungen organisiert, Modenschauen und Kabarettabende durchgeführt und Kinderweihnachtsfeiern kulturell umrahmt.

Manchem sind vielleicht noch die Konzertabende zum Sommeranfang auf dem Werbellinsee mit dem großartigen Cellisten Sony Thet oder die Pfingstkonzerte mit Gerhard Gundermann, Reinhard Lakomy, Wachholder, Di grine Kusine, Trio Sho oder aber auch die Reihe jazz & lake im Gedächtnis. Bei den Lesungen sei an Volker Braun, Alexander Osang, Mathias Wedel, Edgar Kühlow, Otto Hauser, FC Delius oder Florian Havemann erinnert – um nur einige zu nennen.

Seit 2004 gibt es den Altenhofer Liedersommer, der sich zu einem kleinen, aber nicht unbedeutenden Liederfestival im Nordosten gemauert hat und der Mittelpunkt der Arbeit des Vereins geworden ist. Von Hans Eckhard

Wenzel, Manfred Maurenbrecher, Ulla Meineke, Bayon bis zur Seilschaft von Gerhard Gundermann, Dota und den Folkländern reicht die Gästeliste. Dabei kam auch der Humor nie zu kurz, dafür sorgten schon die Surfpoeten (Tube, Spider, Marc Uwe Kling, Sebastian Lehmann) oder Ahne und Toni Mahony.

Bei den Ausstellungen bot der Verein neben bekannten Berliner und Potsdamer Künstlern auch immer den künstlerisch tätigen Menschen aus der Region eine Plattform, ihre Werke zu präsentieren.

Wer hätte schon gedacht, daß wir in unserem kleinen Ort Holzbildhauer, begabte Maler, Keramiker, Musiker, Fotografen, aber auch Literaten haben. Höhepunkte waren auch die drei Fotoausstellungen von Harald Hauswald.

Frei nach dem Gedicht von Bertold Brecht die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren wir das Jubiläum am 11. und 12. August mit dem 19. Altenhofer Liedersommer. Unter dem Motto »... rein ins Vergnügen und raus aus'm Krieg ...« (Alle oder keiner Gerhard Gundermann) sind dieses Jahr für den Freitag Sonny Thet feat Danny Priebe, Maria Zimke und am Samstag Paul Bartsch & Band, Tobias Thiele und Tempi Passati eingeladen. Weitere Infos: www.altenhoferliedersommer.de. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen (per eMail: altenhoferkulturkreis@gmx.de).

Seit dreißig Jahren lebt Kultur in Altenhof am Ufer des Werbellinsees. Dank des Kulturvereins und seiner Helfer ist es gelungen, eine Idee, die vor dreißig Jahren geboren wurde, immer wieder mit neuem Leben zu füllen. Übrigens gab es zum 30sten am 9. Juni für die Freunde und Förderer des Vereins eine kleine Feier in Altenhof.

GÜNTER LANDMANN
altenhofer kulturkreis e.V.

Strom vom Fesseldrachen

Eberswalde (prest-ew). In Halle 64 auf dem Gelände des Eberswalder Technoparks an der Heegermühler Straße ist der Gesellschaftssitz der EnerKite GmbH zu finden. Das 2010 in Kleinmachnow gegründete Unternehmen beschäftigt aktuell 10 Mitarbeitende in der Waldstadt. Die Vision der Firma ist es »grüne und erschwingliche Energie für alle verfügbar zu machen. Und das auf dem gesamten Globus«, so der Geschäftsführer Florian Breipohl.

Die Resultate dieser Vision manifestieren sich in technischen Innovationen, wie dem sogenannten EnerKite. Damit plant das gleichnamige Unternehmen eine ressourcenschonende Flugwindkraftanlage, welche in

Gestalt dynamisch gesteuerter Fesseldrachen Strom erzeugen kann. Diese futuristisch anmutenden Flugkörper sollen in Höhen ab 200 bis 300 Metern operieren und herkömmliche Windkraftanlagen ergänzen, da sie zusätzlich Anwendungen und Märkte erschließen.

Am 1. Juni war Bürgermeister Götz Herrmann im Rahmen seiner regelmäßig stattfindenden Unternehmensbesuche bei der EnerKite GmbH zu Gast, um sich ein Bild von der Arbeit und den Prozessen des vielversprechenden Unternehmens zu machen. »Die hier geplanten technischen Innovationen und Raffinessen kann man nur als beeindruckend bezeichnen«, so der Bürgermeister.

In eigener Sache:

Zur Bezahlung der BBP-Abonnements

Die Buchhaltung gehört unter unseren Stiefkindern zu jenen, denen am wenigsten Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist nicht das fünfte Rad am Wagen, sondern eher das sechste oder siebente. Meist gibt es Wichtiges zu tun, als sich mit der leidigen Buchhaltung zu beschäftigen. Dabei geht es in diesem Bereich nicht zuletzt darum, die ökonomische Handlungsfähigkeit unserer »unabhängigen Leserzeitung« (übersetzt: abhängig von den Leserinnen und Lesern) zu gewährleisten.

Glücklicherweise gehört der weitaus überwiegende Teil unserer Abonnentinnen und Abonnenten zu jenen, die die Abo-Rechnungen unverzüglich und zum Teil mit einer zusätzlichen Spende begleichen. Dies sichert die ökonomische Existenz unserer Zeitung trotz der mangelnden Aufmerksamkeit fürs Stiefkind Buchhaltung. Ziemlich lästig ist hingegen das Erinnerungs- und Mahnwesen. Aus verschiedensten Gründen werden Abo-Rech-

nungen nicht gleich bezahlt. Manchmal gehen Rechnung unterwegs verloren oder die Überweisung wird schlicht vergessen. Sowas kommt vor. Es sind Ausnahmen, daß auch nach mehrfacher Erinnerung eine Reaktion ausbleibt. Sofern die Gründe darin liegen, daß die »Barnimer Bürgerpost« nicht mehr gefällt, wäre es schlicht fair, dies dann auch mitzuteilen. Niemand ist gezwungen, zeitlebens ein BBP-Abo ertragen zu müssen. Wir reagieren prompt und haben weder Lust noch Zeit, Gerichtsvollzieher loszuschicken.

Wie dem auch sei. Den Versand von Abo-Rechnungen haben wir in den vergangenen Jahren zwecks effektiverer Bearbeitung auf zwei Termine pro Jahr konzentriert. Mit der vorliegenden Ausgabe ist es wieder einmal so weit. Ein Teil der Abonnentinnen und Abonnenten erhalten ihre Jahresrechnung.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

AG SPAK Bücher: Neuerscheinungen

Von 1970 bis 2000 war die AG SPAK eines der großen sozialpolitischen Netzwerke. Soziale Bewegungen wie die der selbstverwalteten Jugendzentren, des Krüppelforums, der Jugendumweltbewegung sowie alternativer Sozialarbeit und -politik organisierten sich selber innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Seit 2000 ist die AG SPAK ein informelles Netz von circa 100 Akteurinnen, Akteuren und Projekten. Gelegentliche Treffen dienen dem Austausch.

Allen gemeinsam ist der Verlag AG SPAK BÜCHER, der mit seinen Büchern Archiv und Anregung für die heutigen Bewegungen ist. Schwerpunkte der Veröffentlichungen sind Solidarische Ökonomie und selbstbestimmtes Leben. Prägend sind Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbsthilfe, Stärkung von Betroffenen, Empowerment und Bewegung sowie Dezentralität und Autonomie.

Unterstützen könnt ihr die AG SPAK durch die Mitgliedschaft in der Sozialpolitischen Gesellschaft e.V. und/oder durch Spenden für unseren Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit e.V. (IBAN DE15 7002 0500 0008 8221 00, Bank für Sozialgemeinschaft, BIC BFSWDE33MUE).

Unterstützung braucht die AG SPAK und ihr Verlag aktuell vor allem aufgrund der Insolvenz der SOVA-Verlagsauslieferung mitten im Weihnachtsgeschäft 2022. Von den Verspätungen, Lieferausfällen und damit zusammenhängenden Umsatzeinbußen abgesehen kostete die Umstellung auf den neuen Auslieferer DIE WERKSTATT VERLAGSAUSLIEFERUNG viel Zeit, Energie und Geld. Außerdem verlor die

AG SPAK durch die Insolvenz auch einen höheren vierstelligen Betrag. Daher freut sich die AG SPAK über jede Spende.

Inzwischen erschien (www.agspak-buecher.de): *Utta Isop (Hg.): Lernen im Überwachungskapitalismus. Schulen und Universitäten für digitale Autonomie!* Damit wir alle demokratisch entscheiden, wer was über uns weiß und was wir mit diesem Wissen tun wollen, ist der Aufbau öffentlicher digitaler Infrastrukturen unerlässlich! Demokratisieren wir die Digitalisierung! Was wird entstehen, wenn Bildungseinrichtungen weiterhin nur die bequemen Lösungen der digitalen Weltmarktkonzerne vermitteln? Wo bleibt die Entdeckung eigener digitaler Wege, das autonome Programmieren und der Aufbau eigener digitaler Umwelten? Der Band stellt Fragen, und er stellt auch eine Reihe interessanter Projekte im schulischen Bereich vor.

Im September erscheint *PLURIVERSUM. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle*. Das Lexikon ist eine spannende Sammlung von transformativen Alternativen, die sich gegen die gegenwärtig vorherrschenden Prozesse der globalisierten Entwicklung stellen, einschließlich ihrer strukturellen Wurzeln in der Moderne, im Kapitalismus, in staatlicher Bevormundung, in den maskulinen Werten usw. In weit über 100 Beiträgen von Autor*innen aus der ganzen Welt wird die ganze Bandbreite der Auseinandersetzung behandelt, aber vor allem werden viele praktizierte Projekte des Wandels vorgestellt. Sehr lesenswert! Wir würden uns über Vorbestellungen freuen (ca. 450 Seiten, ca. 15 Euro).

BBP-Bücherkiste

Seit 28 Jahren gibt es die »Barnimer Bürgerpost«. Eine lange Zeit, in der es leider nicht ausblieb, daß wir uns von Mitstreiterinnen und Mitstreitern verabschieden mußten. Niemand lebt ewig, aber oftmals hat sich im Bücherregal so einiges angesammelt. Oft spiegelt sich in den hinterlassenen Büchern die Gedankenwelt der einstigen Besitzer und läßt sie dadurch weiterleben. Keinesfalls sollten diese Bücher in einem Altpapiercontainer landen.

Wir wollen daher die BBP-Bücherkiste, die wir in früheren Jahren zuweilen mit Büchern unserer Autoren (wie z.B. Kurt Kretschmann und Rainer Thiel) zu diversen Infoständen mitgenommen hatten, aktivieren und um die Büchersammlungen aus Nachlässen unserer verstorbenen Mitglieder, Autoren und Unterstützer erweitern, soweit diese das vorab verfügt haben oder die Erben das so wollen.

Über Räumlichkeiten, in denen wir diese Bücher ausstellen können, verfügen wir nicht. Daher wollen wir künftig in jeder Ausgabe ein Buch mit ein paar Zeilen vorstellen und auf einige weitere hinweisen. Die gesamte Liste soll als PDF-Datei auf unserer Internetseite (www.barnimer-buergerpost.de) zugänglich gemacht werden. Manche Bücher haben ihren Preis, für andere wird eine Spende erbeten. Bei Postversand müssen zumindest die Kosten dafür gedeckt werden.

Aktuell ist die BBP-Bücherkiste vor allem mit den Büchern aus dem Nachlaß von Norbert Glaske gefüllt. Weitere Nachlässe sind angekündigt, wobei hier die Bücher zunächst noch erfaßt werden müssen.

Interessenten wenden bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 32). Für die Auslieferung wollen wir die Liefertermine für die BBP-Ausgaben nutzen. Das ist ein Aufwusch. Denn für diesen Service stehen keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung. Es muß also in die bestehenden Organisationsstrukturen unserer Leserzeitung eingeordnet werden. Falls eine schnellere Lieferung gewünscht wird, bitte extra vermerken. Wir versuchen das Unmögliche, schaffen aber meist nur das Mögliche. Manchmal nicht mal das.

BBP-Redaktion

Hier die erste Liste mit völlig willkürlich aus der BBP-Bücherkiste herausgesuchten Büchern. Die Buchvorstellung muß noch warten. Das haben wir leider noch nicht geschafft.

- Anatoly N. Tkachuk: Ich war im Sarkophag von Tschernobyl, styria premium. Spende
- Horst Joachimi: Resident der HV A in New York, Verlag Am Park. Spende
- W. M. Bereshkow: Jahre im diplomatischen Dienst, Berlin 1940-41, Teheran 1943, Washington 1944. Spende
- Ralf Georg Reuth/Günter Lachmann: Das erste Leben der Angela M., piper-Verlag. Sp.

Nachbarschaftspicknick

Eberswalde (bbp). Anlässlich des bundesweiten »Tag der Nachbarn« hatte das Quartiersmanagement am 26. Mai zu einem Nachbarschafts-Picknick in den Märkischen Park, eingeladen.

Verschiedene Vereine und Initiativen aus dem Kiez hatten ein abwechslungsreiches und üppiges Buffet für das Picknick zusammengestellt. Jeder konnte bei dieser »Mitbringsparty« etwas beisteuern. Dabei wurde nicht nur gemeinsam gegessen, sondern auch musiziert und gespielt. Die AWO hatte einen Clown mitgebracht, die Gitarrengruppe um Torsten Schröder trat auf, es gab Riesen-Mikado und Riesen-Jenga und vieles mehr. Eine lange Schlange bildete sich vor dem Siebdrucktisch von Julia Klemm und Katharina Brunnert vom Quartiersmanagement. Hier konnten T-Shirts mit verschiedenen Motiven in verschiedenen Farben bedruckt werden. Insgesamt gingen 68 T-Shirts sowie mehrere Stoffbeutel über den Tisch.



FOTO: GERD MARKMANN

SPD-Sommerfest

Am 1. Juli, ab 17 Uhr, veranstaltet die SPD Barnim ihr traditionelles Sommerfest – dieses Jahr auf dem Gelände des historischen Guts Hobrechtsfelde. Die Barnimer Sozialdemokraten freuen sich auf einen geselligen Abend bei gutem Essen, kühlen Getränken, einem kurzweiligen Programm und vor allem viel Zeit für gute Gespräche. Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Barnim sind ebenfalls ganz herzlich eingeladen.

Als SPD Barnim freuen wir uns sehr, daß als Ehrengäste der Generalsekretär der SPD Brandenburg David Kolesnyk und der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Daniel Keller zugesagt haben. Auch unser Landrat Daniel Kurth sowie unsere Bundestagsabgeordneten Simona Koß und Stefan Zierke haben zugesagt.

Zudem wird es ebenso die Möglichkeit geben, während des Sommerfests gegen eine kleine Gebühr von drei Euro eine Führung durch den historischen Kornspeicher auf dem Gut Hobrechtsfelde zu bekommen. Wer Zeit, Lust und Interesse hat, kann außerdem bereits eine Stunde früher kommen und um 16 Uhr an einer kostenfreien und sachkundigen Natur-Führung durch Deutschlands größte Waldweidelandschaft rund um das Gut Hobrechtsfelde teilnehmen.

Melden Sie sich gerne zu unserem Sommerfest an. Wir freuen auf gute Gespräche.

KURT FISCHER, Vorsitzender der SPD Barnim.

BBP-Dankfestivität

Nach längerer Ruhepause traf sich der Vereinsvorstand im Januar und im Mai, um über die Zukunft von Verein und Zeitung zu reden. Dabei wurde die Idee geboren, für unsere Helfer und Unterstützer eine Dankveranstaltung zu organisieren. Das Pressefest zum 20. Jahrestag fand damals guten Anklang. Leider fehlte danach die organisatorische Kraft, dies fortzusetzen. Die nun geplante Dankveranstaltung richtet sich daher nicht an die breite Öffentlichkeit. Eingeladen werden unsere regelmäßigen Autoren, die Mitglieder des Korrekturkollektivs, die Verteilerinnen und Verteiler sowie weitere Unterstützer. Wir treffen uns am 19. August nachmittags im Grillpavillon des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Die notwendige Anmeldung sollte bis zum 14.8. bei der BBP-Redaktion eingehen.

BBP-Redaktion



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 13. Juni 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. August 2023.